



LIPortal

Das Länder-Informations-Portal

Burundi

Das am Äquator gelegene kleine Land Burundi – auch als Herz Afrikas betitelt – gehört zu den am dichtesten besiedelten Staaten der Welt und zeichnet sich durch vielfältige Gegensätze aus. Trotz des relativ feuchten tropischen Klimas ist Burundi eines der ärmsten Länder weltweit. Ethnisch-soziale Konflikte prägen die Geschichte Burundis.

- Landesübersicht & Naturraum
- Geschichte & Staat
- Wirtschaft & Entwicklung
- Gesellschaft & Kultur
- Alltag & Praktische Informationen

Das Länderinformationsportal



LIPortal

Das Länderinformationsportal

Im **Länderinformationsportal (LIPortal)** geben ausgewiesene Landesexpertinnen und Landesexperten eine Einführung in eines von ca. 80 verschiedenen Ländern. Das LIPortal wird kontinuierlich betreut und gibt Orientierung zu Länderinformationen im WorldWideWeb. **mehr**

Die Autorin

Die Autorin Dr. Eva Biele hat in Geographie promoviert und war insgesamt sieben Jahre als Koordinatorin in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit in Ruanda tätig. Außerdem lehrte sie als Hochschuldozentin an den Nationaluniversitäten in Burundi und Ruanda. Seit 2009 arbeitet sie als Consultant in Deutschland, ist interkulturelle Trainerin mit Schwerpunkten in der wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Ostafrika und leitet die Landesanalysen für Burundi und Ruanda bei der AIZ.

Landesübersicht & Naturraum

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im März 2019 aktualisiert.)

Flächenmäßig sehr klein, zeichnet sich Burundi durch starke Landschaftsgegensätze aus, die durch Klima und Topographie bedingt werden. Naturräumliche Zonen Burundis sind der Tanganyikasee im Westen, der gebirgige Norden, die Hügellandschaft im zentralen Teil und die trockenere Savannenlandschaft im Osten.



Der Tanganyikasee, © Eva Biele

Offizieller Name
Republik Burundi

Fläche
27.834 km²

Einwohner
ca. 12,4 Mio. (2018)

Bevölkerungswachstum

3,25 % (2017, geschätzt)

Regierungssitz

Bujumbura (Hauptstädte Bujumbura / Gitega)

Amtssprachen

Kirundi, Französisch

Regionalsprache

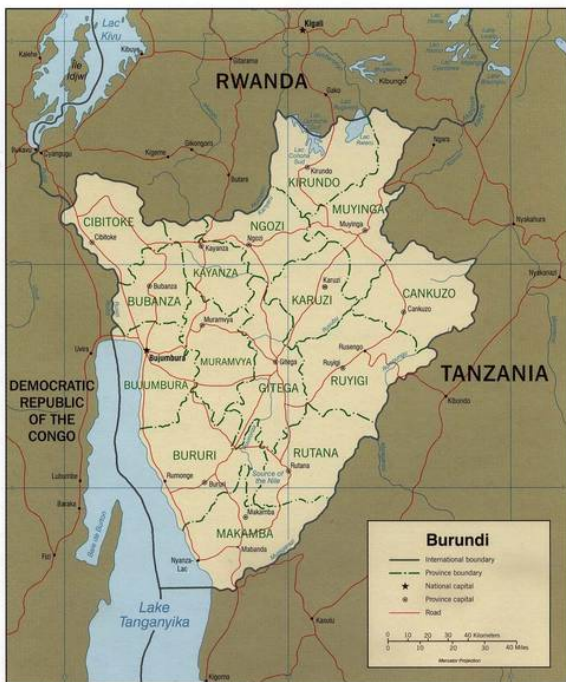
Swahili (in Bujumbura und am Tanganjikasee)

Generelle Angaben



Die Lage Burundis in Afrika, © Rei-artur (CC BY-SA 3.0)

Im östlichen Zentralafrika zwischen 2 und 4° südlich des Äquators gelegen, ist Burundi ein Binnenstaat ohne unmittelbaren Zugang zum Meer. Das Land grenzt im Norden an **Ruanda**, im Osten an **Tansania** und im Westen an die **Demokratische Republik Kongo** und hat im Südwesten Anteil am Tanganjikasee. Burundi ist damit ein Teil der Region der Großen Seen. Mit 27.834 km² Fläche rechnet Burundi zu den Zwergstaaten Afrikas. Die **Geographie Ostafrikas** ist durch vielfältige Besonderheiten im Landschaftsbild gekennzeichnet.



Übersichtskarte Burundi, © CIA (public domain)

Siedlungsgeografisch ist Burundi in 18 **Provinzen** unterteilt, die sich jeweils wiederum in 116 Distrikte aufgliedern. Kleinste Verwaltungsgrößen sind die Collines, die Hügel, die häufig nur einige Dörfer oder Siedlungsgruppierungen umfassen.

Generelle Grunddaten zu Burundi liefern das **CIA World Factbook**, die **Weltbank** und die **UN**. Daten, die sich hauptsächlich auf demographische und bevölkerungsrelevante Verhältnisse beziehen, nennt die **worldstat-Seite**. Das **UNDP** liefert **aktuelle** Informationen zum Human Development Index Burundis. Interessante statistische Informationen zu Burundi liefert auch die **einheimische** Seite der ISTEERU (Institut de Statistiques et d'Études Economiques du Burundi).

Sehr interessant - auch vom interkulturellen Standpunkt aus gesehen - ist ein Video: **What is Burundi?**

Übersichtskarten

- Übersichtskarte
- Interaktive Karte mit Zoomfunktion
- Reliefkarte
- Satellitenkarte
- Administrative Karte
- Kartensammlung der University of Texas
- Stadtplan von Bujumbura
- Distriktkarte von Burundi
- Kartensammlung zur humanitären Situation

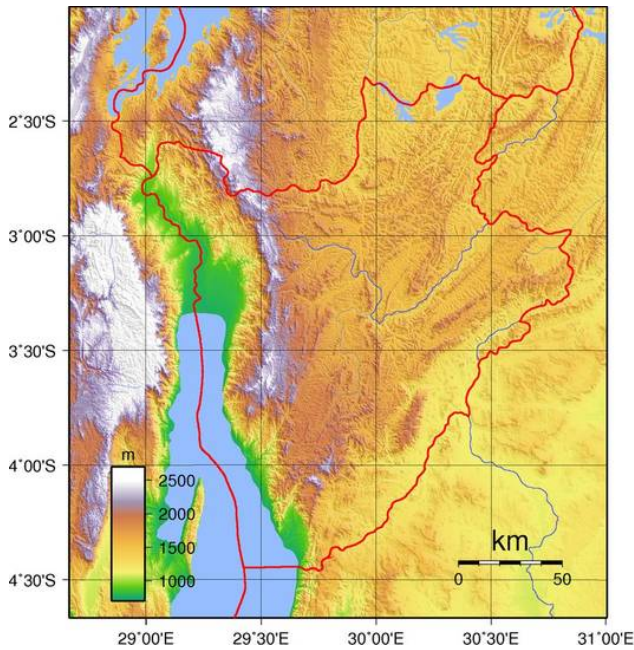
Naturraum



Landschaft in Burundi, © Dave Proffer (CC BY 2.0)

Landschaftsbild

Naturräumlich liegt Burundi auf einem Hochplateau



Die Landschaft Burundis, © Sadalmelik (public domain)

(1400 - 1800 m), das im Westen zur kongolesischen Wasserscheide auf bis zu 2700 m ansteigt. Der steile Abfall zum **Tanganjikasee** als einem Teil des **Ostafrikanischen Grabenbruchs** ist typisch für die Tektonik der Region. Die Gebirgskette in Burundi bildet die Wasserscheide zwischen dem Nil im Osten und dem Kongo im Westen. Der zentrale und v.a. der nördliche Teil Burundis sind durch eine Hügellandschaft geprägt, die **geomorphologisch** hauptsächlich durch fluviale Morphodynamik, d.h. durch die Kraft von Flüssen nach der Hebung Ostafrikas, entstanden ist. Nach Osten hin fällt die Oberfläche ab und wird zu einer savannenartigen Rumpffläche, die auch klimatisch bedingt ist. Der längste Fluss des Landes (Ruvubu) ist einer der Quellflüsse des **Nils**, dessen **Quelle** sich etwa 45 Kilometer östlich des Tanganjikasees befindet. Der Tanganjikasee ist einer der tiefsten Seen der Welt (bis 1435 m) und bedeutend als Süßwasserreservoir der Region und als wirtschaftlicher **Transportweg**. Während der deutschen Kolonialzeit waren hier auch **deutsche Schiffe** unterwegs. Er ist ca. 660 km lang und bis zu 80 km breit und liegt 773 m über dem Meeresspiegel. Mit einem Alter von über 12 Millionen Jahren ist er der älteste See Afrikas. Außer Burundi haben auch noch die Staaten Tansania, Sambia und die Demokratische Republik Kongo Anteil am See. Im Tanganjikasee existieren viele endemische Pflanzen- und Tierarten wie z.B. viele **Zier-** und **Essfische**. Der **Mukeke** gehört zu den schmackhaftesten Fischen der Region. Daneben leben auch andere lokale Fischarten wie der Ndagala, Singala oder Singa im See. Für **viele Fischer** sind sie die Haupteinnahmequelle und ein wertvoller Eiweißlieferant. Die Hauptstadt Bujumbura liegt am Ufer des Tanganjikasees im Südwesten des Landes. Das Landschaftsbild wird im Wesentlichen durch eine intensive landwirtschaftliche Nutzung geprägt; die **natürliche Vegetation** ist bis auf wenige Ausnahmen fast vollständig zurückgedrängt worden.



Kirundo-See, © Trade for Development (CC BY-NC-ND 2.0)



Landschaft in Burundi, © Eva Biele

Klima

Aufgrund der geographischen Lage nahe dem Äquator herrscht in Burundi tropisches Klima mit zwei Regenzeiten (März/April: große Regenzeit und September/Okttober/November: kleine Regenzeit). Das Klima wird insgesamt stark durch die Höhenlage charakterisiert und variiert demnach mit der Topographie. Die Trockenzeit in den Sommermonaten Juni bis September ist relativ stark ausgeprägt. Während dieser Trockenzeit fallen sehr oft durchschnittlich nur 7 mm Regen im Monat. Eine weitere Trockenzeit gibt es im Januar und im Februar. Diese ist jedoch im Vergleich zur ersten Trockenzeit sehr kurz. Der meiste Regen fällt im April, dabei erhalten die Osthänge der Gebirge die meisten Niederschläge (durchschnittlich 1500 mm), mindestens 1000 mm sind es auf der Hochfläche und in der Senke des Tanganjikasees. Typisch wie für alle tropischen Regionen sind konvektive Starkregen, die häufig in ländlichen Regionen - aber auch in der Hauptstadt - zu zeitweisen **Überschwemmungen** führen können. Das erhöht auch die Gefährdung durch Rutschungen und generell die Bodenerosion. Die wenigsten Niederschläge werden in der östlichen Savannenregion gemessen. Hier kann es durchaus zu 4-5 Monaten Trockenzeit kommen. Die Temperaturen sind - typisch für tropische Klimate - im Jahresmittel gleichbleibend hoch (**Tageszeitenklimate**) und werden nur durch die Höhenlage differenziert. Im Durchschnitt ist es auf den Hochflächen 16° C bis 20° C warm und am Tanganjikasee ca. 24° C (**Wettervorhersage zu Bujumbura, Klimadiagramm zu Bujumbura**); auf den Gebirgszügen kann es nachts empfindlich kühl werden.



Regenzeit in Burundi, © Eva Biele



Trockenzeit in Burundi, © Eva Biele

Flora und Fauna



Landschaft im Rusizi-Nationalpark, © Dave Proffer
(CC BY 2.0)

Gemäß den topographischen und klimatischen Verhältnissen variiert die **Vegetation und damit die Tierwelt** in Burundi je nach Region und Höhenlage. Übergeordnet bestimmen das Tropenklima und damit auch die Bodenbeschaffenheit Pflanzen- und Tierausrprägungen im Land. Insgesamt ist die natürliche potenzielle Vegetation in Burundi aufgrund der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung und einer **starken Abholzung** fast gänzlich verschwunden. Generell kann man je nach Höhenlage die schattenliebenden Bergwälder (1600m-2600m), die Wälder mittlerer Höhenlage (1000m - 1600m) und die Trockenwälder der unteren Landschaftsstufe (750m - 1000m) unterscheiden. Auf der Hochebene dominiert eine Feuchtsavanne mit Eukalyptusbäumen, stellenweise Akazien und Ölpalmen. Hier ist die



Bananenstaude, © Laurette Biashare

natürliche Vegetation bereits durch den anthropogenen Einfluss stark überprägt worden. Es sind kaum noch zusammenhängende Waldgebiete vorhanden, nur an den Osthängen der Gebirgszüge finden sich noch Gebiete mit tropischem Regen- bzw. Bergwald. Die tiefer gelegenen, niederschlagsärmeren Gebiete sind dort, wo keine landwirtschaftliche Nutzung vorliegt, durch **Trockensavanne** gekennzeichnet.

Die dichte Besiedlung und eine dadurch bedingte intensive landwirtschaftliche Nutzung und starke Abholzung haben den Lebensraum vieler Tierarten stark eingeschränkt bzw. zerstört. In verschiedenen, jedoch kleinen **Nationalparks und Naturreservaten**, die sich hauptsächlich auf die nordwestlichen Gebirgsregionen und die Seen beschränken, bemüht sich Burundi um den Erhalt von Zebras, Antilopen, Büffeln, Warzenschweinen, Pavianen und Leoparden (v.a. Ruvubu National Park) oder Krokodilen, Flusspferden und einer **vielfältigen Vogelwelt**. Die wichtigsten **geschützten Gebiete** sind das **Lake Rwihinda National Reserve**, das Kigwena Nature Reserve oder der **Kibira National Park**. Verschiedene Landschaften und Schutzgebiete stehen auf der **Vorschlagsliste** zum UNESCO-Weltnaturerbe. Aber der Erhalt der **Biodiversität** in Burundi ist gefährdet: zu umfangreich ist die Abholzung, die Erosion der Böden, die anthropogene Einflussnahme insgesamt.

Bei den Getreidearten überwiegen tropische Getreide: **Hirse** ist hier als die wichtigste zu nennen. Um die steigende Nachfrage nach Brot v.a. in der Hauptstadt Bujumbura zu decken, wird auch zunehmend versucht, **Weizen** anzubauen. Tropische Früchte und Gemüse sind sowohl ernährungsphysiologisch als auch wirtschaftlich von Bedeutung. Hier sind Avocado und die "Jack-Frucht" zu nennen. Ganz besonders wichtig ist die Banane. Sie wird sowohl gegessen als auch als Basis für die Alkoholherstellung verwendet, ist also auch von wirtschaftlicher Bedeutung.



Hippos am Tanganijkasee, © Laurent De Ruyt



Bambus, das "Riesengras", © Eva Biele



Ndagala-Fische, © Peter Eichenauer (CC BY-NC-SA 2.0)

Ökologische Probleme

Burundi hat mit erheblichen **ökologischen Problemen** zu kämpfen. Die **hohe Bevölkerungsdichte** hat in Burundi insgesamt dazu geführt, dass der größte Teil der Fläche landwirtschaftlich genutzt wird. Durch das hohe Bevölkerungswachstum und dem damit verbundenen Nutzungsdruck wird sich die Lage im Nahrungsmittelsektor weiter verschärfen, da die Böden dort, wo es möglich ist, bereits **intensiv** bearbeitet werden. Brachen sind kaum noch möglich, wären aber bei den vorliegenden nur **schwach fruchtbaren** Böden notwendig und sinnvoll, um die Produktion zu garantieren. **Subsistenzwirtschaft** kennzeichnet die ländlichen Bereiche, nur Kaffee und Tee werden für den Export produziert. Der **Klimawandel** verschärft die Situation, **Dürren** werden häufiger. Eine **Reform der Landpolitik** in Burundi ist dringend notwendig. Man versucht in letzter Zeit, auch zunehmend die **Talauen** zu bewirtschaften und sich insgesamt auf den Klimawandel einzustellen. Aber umfassende Programme fehlen.

Ein weiteres Problem ist die zunehmende **Verschmutzung des Tanganjikasees** durch industrielle Abwässer. Hier ist dringend Handlungsbedarf gegeben, um die wichtige Süßwasserressource nicht zu gefährden. In diesem Zusammenhang ist auch die **Überfischung** des Sees ein immer größer werdendes Problem, das einerseits ökologische als auch wirtschaftliche Auswirkungen und darüber hinaus ernährungsphysiologische Konsequenzen (Fisch als Eiweißquelle für die Bevölkerung) beinhaltet.

Beim EPI (Environmental Performance Index) erreichte Burundi 2014 den Rang 167 von 180 Ländern, **vier Jahre später** (2018) den letzten Rang (Rang 180/180 Ländern!). Es steht zu befürchten, dass auch in nächster Zukunft bei der Konzentration der Regierung auf den Machterhalt und einer Vielzahl drängender anderer Probleme der Schutz der Umwelt weiterhin an einer der letzten Stellen stehen wird.

Entwaldung und Bodenerosion

Die im zentralen Landesteil vorherrschende Hügellandschaft mit Steilhängen favorisiert bei unangepassten Bewirtschaftungsmethoden die **Bodenerosion**. Die hohe Abholzungsrate für **Brenn- und Bauholz** vergrößert die Gefahr des Bodenverlustes auf den Hängen und wird in Zukunft zu einem Mangel an Energierohstoffen führen, da Holz bzw. Holzkohle der bedeutendste Energieträger in den ländlichen Regionen Burundis ist. Schon jetzt sind die meisten Waldgebiete **stark gerodet** worden; Aufforstung mit einheimischen Hölzern findet kaum statt. Zwischen 1990 und 2010 verlor Burundi 40% seiner Waldfläche. Die Nutzung von **Eucalyptusholz** ist verbreitet, so dass Anpflanzungen mit dieser - ursprünglich aus Australien stammenden Baumart - andere Aufforstungsinitiativen überlagern. Der **Klimawandel** trifft die ländlichen Regionen in Burundi besonders stark. Ökologische Landwirtschaft zur Reduzierung der Landschaftsdegradation und zum Erhalt der Biodiversität sowie die Terrassierung der Steilhänge wird nur sehr vereinzelt durchgeführt. Das größte Problem ist die intensive Nutzung der landwirtschaftlichen Nutzfläche, wobei höhere Produktionsraten insgesamt nur durch den erheblichen Einsatz von Düngemitteln und chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln erreicht werden können. Die starke **Entwaldung** hat auch Auswirkungen auf das Mikroklima und damit auch auf **andere Faktoren** wie z.B. die Erhöhung der Malaria-gefahr. Zusammenhängende Waldgebiete werden immer **kleiner**. Unregelmäßige Niederschläge, geringere Regenmengen und eine dadurch erhöhte Zahl von Missernten sind weitere Konsequenzen. Schon in den 90er Jahren war man sich darüber **bewusst**, dass die **Wälder schützenswert** sind. Aufforstungsaktivitäten fanden statt, aber nicht nur mit einheimischen Arten, sondern vor allem mit schnellwachsenden **exotischen Baumarten**, deren Eigenschaften nicht dieselbe ökologische Wertigkeit besitzen wie die einheimische Vegetation. Der **Erosionsschutz** tritt aber immer mehr in den Blickpunkt verschiedener - vor allem internationaler - Aktionen gegen Hunger und Armut in Burundi.



Bodenerosion - ein großes ökologisches Problem in Burundi, © Eva Biele



Hangrutschungen als Folge unangepasster Landwirtschaftsmethoden, © Dave Proffer (CC BY 2.0)



Bodenerosion - ein großes ökologisches Problem in Burundi, © Eva Biele



Hangrutschungen als Folge unangepasster Landwirtschaftsmethoden, © Dave Proffer (CC BY 2.0)

Klimawandel

Burundi ist außerdem besonders betroffen von möglichen Auswirkungen der **Klimaveränderungen**. Angesichts der hohen Abhängigkeit von der Subsistenzlandwirtschaft, einer landwirtschaftlich schwierig nutzbaren Topographie und der hohen Bevölkerungsdichte ist Burundi von der Ausweitung extremer Wetterereignisse wie der Zunahme von Dürren oder Überschwemmungen stark betroffen. Der Klimawandel scheint insbesondere für eine **Verlängerung der Trockenzeit** im Sommer verantwortlich zu sein. Das Problem der **Desertifikation** zeigt sich bereits in einigen Landesteilen. Durch die intensive Abholzung der Wälder, unangepasste Landnutzungsmethoden, Bodenerosion und der Zunahme von Trockenperioden hat Burundi mehr und mehr auch mit diesem Phänomen zu kämpfen, was sich auch auf die Produktivität der Landwirtschaft nachteilig auswirkt. Durch verstärkte Dürren sind außerdem **Brände** für die Zerstörung weiter Teile von schützenswerten Gebieten verantwortlich. Die Bevölkerung kann momentan nur sehr unflexibel auf länger andauernde Trockenperioden, periodische Überschwemmungen oder zeitlich versetzte Regen- und Trockenzeiten reagieren.



Große Überschwemmung in Bujumbura im Februar 2014, © Laurent De Ruyt

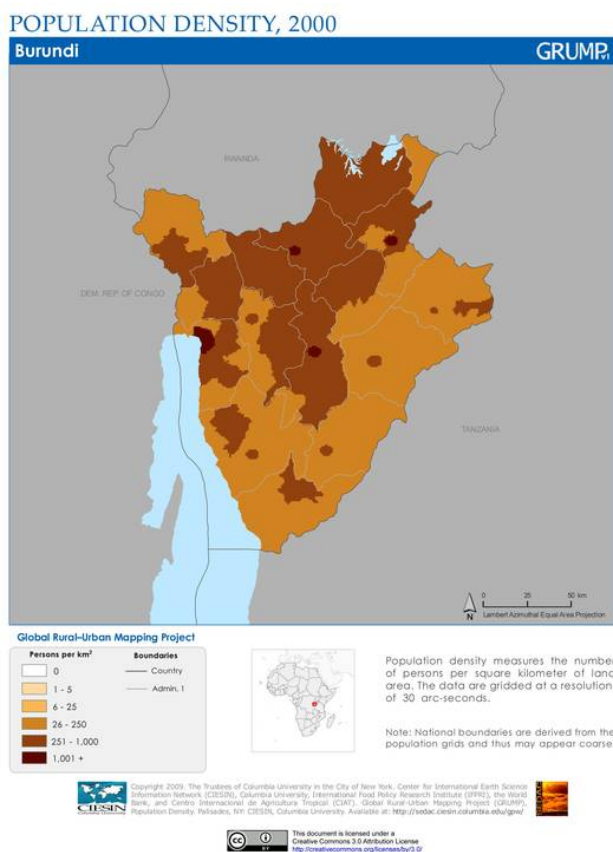
Staatliche Bemühungen und Schutzmaßnahmen

In letzter Zeit versucht man neuere Bestimmungen umzusetzen. Die Verringerung unerlaubter Abholzungsaktivitäten, die Verbesserung landwirtschaftlicher Praktiken und die Einführung ökologischer Bewirtschaftungsmaßnahmen sind wichtige Herausforderungen für die Regierung und die **Entwicklungszusammenarbeit** im ländlichen Bereich. Der Schutz der Böden ist ein wichtiges Ziel. Außerdem sind **Strategien** im Kampf gegen Armut und Bodendegradierung zu entwickeln und neue Tätigkeitsfelder außerhalb der Landwirtschaft zu schaffen. In der letzten Zeit sind auch durch internationale Einflüsse Aktivitäten zu beobachten, die die starke Entwaldung eindämmen sollen. Dabei werden jedoch die Konsequenzen einer rigiden Verbotspolitik im Bereich der Forstwirtschaft schnell übersehen. So sind die lokalen Holzkohlehändler von einem Verbot der Abholzung stark betroffen und reagierten auch mit **Streik**. Die staatlichen Bemühungen reichen aber bei weitem nicht aus. Solange es keine klare nationale Landpolitik gibt, wird der Druck auf die burundische Umwelt zunehmen, da die Bevölkerung weiter wächst. Es gibt dabei einen klaren **Zusammenhang** zwischen **Umweltdegradation und Landkonflikten**.

Das United Nations Development Program (UNDP) hat insgesamt ehrgeizige Pläne zur Unterstützung Burundis in verschiedenen Bereichen, unter anderem auch im **Umweltsektor**. Die burundische Regierung hat zwar erkannt, dass nur durch den Erhalt der Landschaft und Biodiversität langfristig eine Entwicklung gewährleistet werden kann, doch befinden sich nachhaltige Aktivitäten im Umweltschutzbereich noch in den Anfängen. In der Vision Burundi 2025 und der **Convention sur la diversité biologique** sowie in der Initiative zum **Erhalt der Vogelwelt** werden ehrgeizige Ziele zum Naturschutz gesetzt, aber der Mangel an personellen Ressourcen und ein insgesamt **relativ niedriges Bewusstsein** für Umweltthemen verzögern Aktivitäten zum Erhalt der Biodiversität in Burundi. Auch

ein eigens zum Erhalt der Biodiversität eingerichtetes **Zentrum** in Bujumbura beschränkt sich bisher weitgehend auf die Darstellung der Gründe für die besorgniserregenden Umwelt- und Ökologieprobleme im Land und zeigt wenig aktuelle Aktivitäten. Ebenso agiert auch das 2014 gegründete Office Burundais pour la Protection de l'Environnement (**OBPE**). Hier sollen Strategien entwickelt werden, um die Umwelt zu schützen. 2011 hat die FAO einen **Management-Plan** ins Leben gerufen, um die wichtigen aquatischen Ressourcen in Burundi zu schützen. Aktuell werden in verschiedenen Regionen Maßnahmen zur Sensibilisierung der Bevölkerung durchgeführt, die die Landwirte zur Wiederaufforstung degradierter Böden bewegen sollen. Außerdem ist die **COMIFAC** (=Commission des Forêts d'Afrique Centrale) in Burundi aktiv. Aufgrund der schwierigen politischen Situation seit 2015 werden die Aktivitäten im Naturschutzsektor als weniger wesentlich eingestuft als andere dringlichere Maßnahmen und dementsprechend wenig umgesetzt. Als positiver Vorstoß eines umweltrelevanten Bemühens kann das vorgesehene Verbot von **Plastiktüten** 2019 gelten, das im August 2018 beschlossen wurde.

Bevölkerung



Räumliche Bevölkerungsverteilung in Burundi, © SEDACMaps (CC BY 2.0)

Burundi gehört mit einer **Bevölkerung** von aktuell (2018) ca. 12,4 Mio Einwohnern zu den am dichtesten besiedelten Ländern in Afrika (Stand 2000: ca. 6 Mio. Einwohner). Das geschätzte Bevölkerungswachstum ist 2017 mit ca. 3,25 % eines der höchsten der Welt, jede Frau bekommt im Durchschnitt 6 Kinder. Die Bevölkerungsdichte erreicht durchschnittlich **ca. 412 Einwohner pro km²** (2017), eine Dichte, die ein Agrarland wie Burundi kaum noch ernähren kann. Dabei sind die östlichen Landesteile aufgrund der Trockenheit dünn besiedelt, so dass in den übrigen Landesteilen von einer Bevölkerungsdichte von weit über 400 Einwohnern pro km² ausgegangen werden muss. Verarmung, v.a. in den ländlichen Bereichen, ist die Folge. Die Verlangsamung des Bevölkerungswachstums ist zwar ein **Ziel der Regierung** in der „Vision 2025“ Burundis, doch bisher wurde hier kein nachhaltiger Erfolg erzielt. Bevölkerungsszenarien gehen eher von einem ungebremsten Bevölkerungswachstum aus, was die Entwicklung langfristig stark **einschränken** würde. Das sogenannte Medianalter teilt die Bevölkerung eines Landes in zwei Hälften: die eine Hälfte wird jünger, die andere Hälfte älter sein als dieser Wert. Im Jahr 2050 wird das Medianalter in Burundi bei 21 Jahren liegen, der kleinste Wert der Welt. Ende 2019 wird die Bevölkerung Burundis bei über 13 Mio. Menschen liegen. Die Bevölkerungsverteilung zeigt für die nördlicheren, feuchteren Regionen eine höhere Dichte als für den trockeneren Süden und Osten.

Der Anteil der **städtischen Bevölkerung** in Burundi

liegt bei einem der weltweit niedrigsten Werte; der überwiegende Teil der Bevölkerung lebt demnach nach wie vor im ländlichen Bereich. Aber die Entwicklung zeigt, dass die städtische Bevölkerung **ansteigt**.

Die Hauptstadt Bujumbura zählt ca. 700.000 Einwohner (Stand 2014). Bujumbura wurde 1889 als Militärposten von der deutschen Kolonialmacht gegründet und hieß Marienheim. Nach dem ersten Weltkrieg wurde es zum Verwaltungszentrum des belgischen Völkerbund-Mandats über Ruanda-Urundi in Usumbura umbenannt, nach der Unabhängigkeit in Bujumbura. Die Einwohnerdichte in manchen Vierteln übersteigt 4000 Einwohner pro km², außerdem sind die Einwohner in den verschiedenen Vierteln ungleich verteilt.

Weitere **Städte** sind Bubanza, Bururi, Cibitoke, Gitega, Kayanza, Kirundo, Ngozi und Ruyigi.

In Burundi lebt der Großteil der Bevölkerung in Streusiedlungen. Dörfer oder Weiler, wie wir sie kennen, gibt es in dieser Ausprägung in Burundi nicht. Das typische, auch als „**rugo**“ bezeichnete Gehöft, steht inmitten eines Bananenhains, traditionell auf der Spitze eines Hügels, an dessen Hängen sich die Felder bzw. Parzellen befinden. Die Häuser sind durch Pisten und Wege miteinander verbunden. Von Vorteil ist diese Siedlungsstruktur für die einzelnen Familien, die keine langen Wege zu ihren Feldern zurücklegen müssen. Durch die starke Bevölkerungszunahme ist es aber heute kaum noch möglich, diese Siedlungsweise einzuhalten. Außerdem behindern die weit auseinander liegenden Hütten eine **infrastrukturelle Entwicklung** bzw. Modernisierung, z.B. die Versorgung mit Strom. Das "**neue rugo**" ist ein innovatives architektonisches Projekt der neueren Siedlungsplanung in Burundi.

Typisch für die burundische Bauweise sind Rundhütten, die auch heute noch häufig anzutreffen sind. Daneben baut man jedoch auch rechteckige Häuser. Als Dach verwendet man traditionell Bananenblätter, heute aber auch Ziegel oder Wellblech. Verbreitet ist die Gerüstbauweise, bei der Längs- und Querstangen aus Holz miteinander befestigt und die Wände aus Lehm gestaltet werden. Daneben existiert häufig ein Mauerwerk aus luftgetrockneten Ziegeln, die dann gelegentlich als Schutz vor Feuchtigkeit mit einem Außenputz versehen werden.



Typisches Landschaftsbild mit Häusern in Streusiedlungsweise in Burundi, © Eva Biele



Typische Rundhütte auf den Hügeln Burundis, © Eva Biele



Typisches Landschaftsbild mit Häusern in Streusiedlungsweise in Burundi, © Eva Biele



Typische Rundhütte auf den Hügeln Burundis, © Eva Biele



Typische Bauweise: Haus auf dem Land, © Eva Biele



Haus auf dem Land nahe Gihanga, © Eliane Rusanganwa



Typische Bauweise: Haus auf dem Land, © Eva Biele



Haus auf dem Land nahe Gihanga, © Eliane Rusanganwa

Transport und Verkehr



Verkehr im Norden des Landes, © Eva Biele



Internationaler Flughafen in Bujumbura 2017, © Eva Biele

Die Dichte des **Straßennetzes** in Burundi wird mit 12.000 km angegeben. Davon sind nur die **Hauptachsen** zwischen den Städten asphaltiert (ca. 1000 km). Im übrigen Land herrschen Pisten vor, die in der Regenzeit nur schwer befahrbar sind. Auch die asphaltierten Straßen sind häufig in einem desolaten Zustand. Durch das tropische Klima sind sie anfällig für Schäden wie Schlaglöcher, Absplitterung oder Abbruch. Der einzige **internationale Flughafen** befindet sich in der Hauptstadt Bujumbura und wird regelmäßig von den Nachbarländern (Ruanda, Uganda, Tansania) oder z.B. Äthiopien angefliegen. Neben dem internationalen Flughafen gibt es noch **zwei Kleinflughäfen** in Gitega und Kirundo. Die Verkehrsführung ist - v.a. in Bujumbura - häufig **chaotisch**. Auf dem Land fährt die Bevölkerung Fahrrad oder geht zu Fuß. Auf dem **Fahrrad** werden oft große Lasten transportiert, oft über viele Kilometer. Häufig sind diese Fahrradfahrten recht **gefährlich**. Das Fahrrad bleibt ein sehr **bedeutendes Transportmittel** für die Mehrheit der burundischen Bevölkerung. Die traditionellen Holzroller auf dem Land sind oft das einzige Lasten-transportmittel für die arme ländliche Bevölkerung. In den Städten und größeren Orten existieren Fahrrad- und Motorrad-Taxis sowie **Autotaxis**. Die Motorraddtaxis sind, zumindest in Bujumbura, mittlerweile aus Sicherheitsgründen verboten. Den Fahrraddtaxis kommt jedoch eine große Bedeutung zu. Im ganzen

Land sollen es ca. 23000 Fahrradtaxis geben. Der größte Hafen in Burundi befindet sich in Bujumbura. **Schiffsverkehr** besteht zwischen Bujumbura, Kigoma (Tansania), Kalémie (DR Kongo) und Mpulungu (Sambia), auch ein möglicher Schmuggelverkehr existiert hier.



Straße im Süden Burundis, © Eva Biele



Piste im Landesinnern von Burundi während der Regenzeit, © Eva Biele



Straße im Süden Burundis, © Eva Biele



Piste im Landesinnern von Burundi während der Regenzeit, © Eva Biele



Straße zwischen Gitega und Bujumbura, © Dave Proffer (CC BY 2.0)



Bananentransport in Gitega, © Eva Biele



Holzroller als Transportmittel auf dem Land, © Eva Biele



Umzug in Bujumbura, © Eva Biele

Landesimpressionen



Hochzeit in Bujumbura, © Eva Biele



Cafeteria (linguistische Besonderheit der Gleichstellung von l und r in Kirundi), © Eva Biele



Kinder auf dem Land, © Eva Biele



Kinder auf dem Schulweg, © Eva Biele



*Sonnenaufgang am Tanganjikasee,
© Eva Biele*



*Die Oberschicht am Tanganjikasee,
© Eva Biele*



Auf sein Auto ist man stolz, © Eva Biele



*Schuljunge neben seiner Hütte, ©
Eva Biele*



Landwirtschaftlicher Anbau in den Talauen, © Eva Biele



Treffen am Abend im Viertel, © Eva Biele



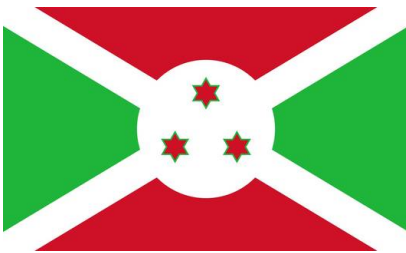
Straße zwischen Gitega und Bujumbura, © Dave Proffer (CC BY 2.0)



Erneuerung von Straßenabschnitten zwischen Bujumbura und Gitega, © Maurice Bugabekazi

Das **Leben in Burundi** zeigen **mehrere Videos**, auch zur Krise **2015**.

Nationale Symbole



Die Flagge von Burundi, © Public Domain

Die heutige Flagge Burundis existiert seit 1967, 1982 wurden nur noch die Seitenverhältnisse verändert. **Vorher** gab es ähnliche Flaggen mit gleichen Farben und Anordnungen, die sich jedoch durch die Symbole in der Mitte unterschieden. So zeigten sie entweder eine Sorghumpflanze, die königliche Standarte oder Trommeln.

Die Farben der Flagge werden folgendermaßen interpretiert: Rot steht für die Opfer im Kampf um die Unabhängigkeit, Grün symbolisiert Hoffnung und Fortschritt und Weiß steht für den Frieden. Die sechszackigen Sterne in der Mitte sollen den Wahlspruch Burundis symbolisieren, der außerdem im Wappen festgeschrieben ist: "Unité, Travail, Progrès" (Einigkeit, Arbeit, Fortschritt).

Das **Wappen** wurde 1962 zum Jahr der Unabhängigkeit eingeführt. Es zeigt einen roten Schild mit einem roten Löwenkopf, dahinter drei gekreuzte Speere. Das Staatsmotto wurde kurz nach 1962 von "Ganza Sabwa" - was soviel bedeutet wie "Herrschen - Regieren" in "Unité - Travail - Progrès" geändert.

Die Nationalhymne **Burundi Bwacu (Geliebtes Burundi)** besteht seit der Unabhängigkeit 1962.

Text auf Deutsch:

Geliebtes Burundi, du wunderschönes Land, Nimm deinen Platz unter den Nationen ein, Im Guten, in Ehre zur Unabhängigkeit gelangt. Versehrt und getötet wurdest du nun Meister deiner selbst. Die Stunde ist da, du hast dich erhoben, Und tapfer hast du dich zu den freien Völkern gesellt. Nimm nun das Lob der Nationen entgegen, Und lasse auch deine Kinder dich loben, Dass durchs gesamte Universum dein Name erschalle. Geliebtes Burundi, geheiligtes Erbe



Das Wappen Burundis, © Public Domain

unserer Ahnen, Als würdig erachtet, dich selbst zu regieren, Zum Mut ffügst du das Gefühl der Ehre, Singe das Lied deiner wiedererrungenen Freiheit. Liebes Burundi, würdiges Objekt unserer allerzärtlichsten Liebe, Dem edlen Dienst an dir weihen wir unsere Arme, Herzen und Leben. Gebe Gott, der dich uns geschenkt, dass du unserer Verehrung erhalten bleibst, Unter dem Banner der Einheit, In Frieden, Glück und Gedeihen.

Die Texte auf Kirundi und Französisch können [hier](#) gefunden werden.

Geschichte & Staat

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im März 2019 aktualisiert.)

Ursprünglich durch Königtümer regiert, wurde Burundi während der Kolonialzeit zuerst mit Ruanda Teil Deutsch-Ostafrikas. Nach dem 1. Weltkrieg fiel es an die belgische Kolonialmacht. Ethnisch-soziale Konflikte prägen bis heute das Land, das in seiner Bevölkerungsstruktur durch die Mehrheit der Hutu und die Minderheit der Tutsi gekennzeichnet ist.



Pierre Nkurunziza bei der ALDEPAC 2010 (Conference) Bujumbura, Burundi (CC BY-NC-SA 2.0)

Tag der Unabhängigkeit
1. Juli 1962

Staatsoberhaupt
Pierre Nkurunziza

Regierungschef
Pierre Nkurunziza

Politisches System

Präsidentialrepublik

Demokratie Status- Index (BTI)
Rang 93 (von 129) (2018)

Korruptionsindex (CPI)
Rang 170 (von 180) (2018)

Ibrahim Index of African Governance
39,8/100; Rang 43/54 (2018)

Geschichte



Frau mit Kind in der Vor- bzw. Kolonialzeit um 1900, © Tropenmuseum (CC BY-SA 3.0)

Präkolonialzeit

In der **Geschichte des Landes** existierten, ähnlich wie in Ruanda, auch in Burundi bis ins 19. Jh. hinein tutsi-regierte **Königtümer**. Das Territorium des **vorkolonialen Königreichs** „Urundi“ war dabei identisch mit dem heutigen Staatsgebiet Burundis. Es existierte eine in Königtümer untergliederte komplizierte Sozialstruktur. Die Monarchie wurde dabei weniger durch ethnische Konflikte zwischen Hutus und Tutsis bzw. deren Kampf um die Vormachtstellung als vielmehr durch Streitigkeiten innerhalb von Adelschichten geprägt, die dem König (Mwami) in einer Art Lehnsherrschaft unterstellt waren. Diese als Ganwa-Adel bezeichneten Herrschaftsstrukturen waren im Unterschied zum ruandischen Gebiet eine Besonderheit des vorkolonialen Burundi. Man könnte sie sogar als **eigene Ethnie** bezeichnen, da sie keine reinen Tutsi- oder Hutugruppierungen darstellten. **Soziale Mobilität** von Hutu zu Tutsi war möglich und Hochzeiten zwischen Hutu und Tutsi häufig. Die Ganwa-Prinzen beanspruchten die Führung der Provinzgouverneursposten und erhielten dadurch mit der Zeit immer mehr Macht. Die Ganwa-Geschlechter waren nach königlichen Vorfahren benannt. Als erster König Burundis kann Ntare III gelten, der von 1680 bis 1709 regierte, sein Nachfolger war Mwezi III (1709 - 1739). Die Nachkommen von König Ntare wurden als Tare, die Söhne von König Mwezi als Bezi bezeichnet. Als die Europäer nach Burundi kamen, standen sich zwei große Ganwa-Gruppen gegenüber, die auch Krieg untereinander führten und den König in seiner Position kontrollierten. Bis weit in das 20. Jh. hinein prägten Konflikte innerhalb des Ganwa-Adels das politische Geschehen Burundis durch die Zugehörigkeit verschiedener Präsidenten zu unterschiedlichen Adelsfamilien. Als die Deutschen Burundi erreichten, regierte König **Mwezi IV Gisabo** (1850-1908). Von ihm gibt es auch die ersten, von Missionaren aufgenommenen Fotos.



Warundi - Bogenschützen um 1910, © Bundesarchiv_Bild_105-DOA0157 (CC BY-SA 3.0-de)

Kolonialzeit

Ende des 19. Jahrhunderts wurde Urundi zusammen mit Ruanda auf der **Berliner Konferenz** Teil Deutsch-Ostafrikas. In der **Kolonialzeit** wurden teilweise bereits bestehende ethnisch-soziale Spannungen verstärkt, da die Kolonialherren die existierenden Sozialstrukturen nutzten und eine indirekte Herrschaft in Form einer Residentur entstand. 1897 wurde am Tanganjikasee die Militärstation Usumbura (das heutige Bujumbura) gegründet. Die **Deutschen** näherten sich dem Königreich jedoch nur **zögerlich**, da es als gefährlich galt und hatten hier sehr viel weniger Einfluss als in Ruanda. Die ersten Missionare wurden beispielsweise ermordet, so dass die Kirche mehr Widerstand der Bevölkerung überwinden musste als in Ruanda. Als die Deutschen nach Burundi **kamen**, regierte König Mwezi Gisabo das Land. Nach seinem Tod 1908 wurde sein Sohn Mutaga IV König. Nachdem dieser im Alter von 23 Jahren - angeblich bei einer Schlägerei - starb, wurde sein Sohn, der zweijährige Mwambutsa IV Bangiricenge, inthronisiert und regierte bis zur Übernahme der Monarchie durch seinen Sohn Charles Ndizeye (Ntare V) 1966. 1916 übernahm **Belgien** die **Kolonialherrschaft** in Urundi, von 1924 bis 1945 war das Land belgisches Völkerbundmandat, von 1947 bis



1957 wurde es von der **UNO Treuhandschaft** verwaltet. Wie schon die deutschen Kolonialherren vor ihnen ließen die **Belgier** die bestehenden Strukturen relativ unangetastet. Die Belgier führten den Kaffeeanbau in Burundi ein und verstärkten die Entwicklung der Infrastruktur. Die Ausbeutung des **Kongo** tangierte jedoch auch teilweise Burundi.

König Mwezi Gisabo, König von Burundi 1850 - 1908, © Eric Nsengiyumwa, Public Domain



Briefmarke mit Aufdruck „Belgische Besatzung Deutsch-Ostafrikas“ für das Gebiet Ruanda-Urundi (1916), © public domain



Der junge König Mwambutsa in Begleitung seiner Familie 1926, © MihPeh (CC BY-NC 2.0)



König Mwambutsa IV Bangiricenge (1912 - 26 April 1977), © Israel National Photo Collection, Public Domain

Nachkoloniale Entwicklung

Im Zuge der Entkolonialisierung wurden Ende der 1950er Jahre politische Parteien zugelassen und Burundi im Juli 1962 als konstitutionelle **Monarchie** in die Unabhängigkeit entlassen. Von diesem Zeitpunkt an dominiert die Minderheit der Tutsi das politische und wirtschaftliche Leben des zentralafrikanischen Kleinstaates. Die



König Charles Ndzizeye (Ntare V), © Eric Nsengiyumwa, Public Domain



Monument der Unabhängigkeit in Bujumbura, © Anastase Munezero

folgenden Jahre bis 1966 waren durch **politische Wirren** mit mehreren Regierungswechseln und anhaltenden **Konflikten zwischen Hutu und Tutsi** gekennzeichnet. Die **Monarchie** wurde jedoch von der Mehrheit der Bevölkerung nur sehr zögerlich aufgegeben; viele wollten die Weiterführung des Königreiches unter dem seit 1915 regierenden König **Mwambutsa**. Der älteste Sohn Mwambutsas, **Prinz Louis Rwagasore**, gründete 1960 die Partei UPRONA, trat für ethnische Ausgeglichenheit und die Unabhängigkeit Burundis ein. Er wurde jedoch bereits 1961 ermordet. Bis heute wird Rwagasore von der Bevölkerung Burundis **als Held der Unabhängigkeit verehrt**. Mwambutsa gibt 1966 die Macht an seinen Sohn **Charles Ndzizeye (Ntare V)** ab. Doch noch im gleichen Jahr beseitigte das Tutsi-Militär die Monarchie und festigte dadurch die Tutsi-Dominanz in Burundi. Ndzizeye floh ins Ausland, kehrte dann aber nach Burundi zurück, wo er 1972 ums Leben kam. Die Umstände seines Todes sind bis heute **ungeklärt** geblieben. Die tutsi-dominierte **UPRONA-Partei** stellte den ersten Präsidenten der **Republik**, **Michel Micombero**. Immer wieder kommt es zu grausamen Konflikten zwischen Hutu und Tutsi, besonders **1972**, wo im Zuge eines **Putschversuches** der Hutu fast die gesamte Hutu-Elite von der Tutsi-Regierung ermordet wurde und **Tausende Hutus das Land verließen**, v.a. in das Nachbarland **Tansania**. Bis heute bemühen sich die Hinterbliebenen, dass dieses Ereignis als **Genozid** anerkannt wird - ohne Erfolg. Von 1976 bis 1987 regierte der Tutsi **Jean-Baptiste Bagaza** (1947 - 2016) der von dem Tutsi **Pierre Buyoya** durch einen unblutigen Militärputsch abgelöst wurde. Ende der 80er Jahre wurden unter westlichem Druck politische Liberalisierungsprozesse verstärkt und das Mehrparteiensystem wieder eingeführt; 1993 gewann der Hutu **Melchior Ndadaye** die Wahlen. Schon sechs Monate darauf wurde er **ermordet**, was **blutige Auseinandersetzungen** mit mehreren Tausend Toten und einer neuen Flüchtlingswelle zur Folge hatte. Das Land war schockiert. Tausende Menschen - v.a. Hutu - flüchteten nach Ruanda und heizten dort den Konflikt gegen die Tutsi an. Ndadaye wurde zum Held der Demokratie in Burundi, die vielversprechend begonnen hatte, dann aber so schnell wieder im Keim erstickt wurde. Der neue Hutu-Staatschef **Cyprien Ntaryamira** kam 1994, zusammen mit dem ruandischen Präsidenten, bei einem **Flugzeugabsturz** ums Leben. Dieser Unfall gilt als Auslöser des Genozids in Ruanda. In den folgenden Jahren (1994 - 1996) kommt es auch in Burundi immer wieder zu blutigen Konflikten, bei dem schätzungsweise insgesamt **300.000 Menschen** getötet wurden, doch ein Genozid wie in Ruanda bleibt weitgehend aus.

Einen Überblick über die wichtigsten geschichtlichen Ereignisse seit der Unabhängigkeit Burundis bietet diese **Chronologie**.



Monument für Louis Rwagasore, © Dave Proffer (CC BY 2.0)



Michel Micombero, Präsident von Burundi 1966-1976, © unbekannt



Erinnerung an Melchior Ndadaye, © Maxence Peniguet (CC BY-NC-SA 2.0)





Pierre Buyoya, Präsident von Burundi (1987-1993, 1996-2003), © Chatham House (CC BY 2.0)

Von 1994 bis heute

1996 kommt der Ex-Präsident Pierre Buyoya wieder an die Macht. Er wollte mit einer Militärregierung die Spirale ethnisch und politisch motivierter Gewalt, ausgelöst durch die Ermordung des demokratisch gewählten Präsidenten Melchior Ndadaye 1993, unterbrechen. Die internationale Gemeinschaft reagiert mit einem **Handelsembargo**. Die Wirtschaft Burundis wird in den Jahren des Embargos extrem **geschwächt**. Aber der massive Druck der westlichen Staatengemeinschaft auf die Regierung trug auch zur Wiederaufnahme von Verhandlungen bei, die dann zum **Arusha-Friedensabkommen** führten.

Im August 2000 unterzeichnen die verfeindeten Gruppierungen (allen voran die UPRONA - Unité pour le Progrès National, und die FRODEBU - Front pour la Démocratie au Burundi) nach monatelanger Vermittlung durch den früheren südafrikanischen Präsidenten **Nelson Mandela** einen Friedensvertrag. Die beiden großen Parteien UPRONA



Pierre Nkurunziza 2008 in
Kapstadt, Südafrika. © World
Economic Forum (CC BY-SA 2.0)

und FRODEBU waren auch maßgeblich an der Bildung einer **Übergangsregierung** ab November 2001 beteiligt. 2001 unterzeichnen Hutu und Tutsi ein Abkommen über eine Rotation zwischen Hutu und Tutsi im Amt des Staatsoberhauptes. 2003 übernimmt daher **der Hutu Domitien Ndayizeye** dieses Amt vom Tutsi Buyoya.

Im Jahr **2003** beendete die Hutu-Rebellenorganisation CNDD-FDD ihren bewaffneten Kampf und legte damit den Grundstein für den Friedensprozess. Seit **2005** ist eine neue Verfassung in Kraft, die Burundi zu einer präsidentialen Republik macht. Im selben Jahr wurden **demokratische Wahlen** abgehalten, durch die Pierre Nkurunziza von der Partei CNDD-FDD zum **Präsidenten** gewählt wurde. Es folgen Jahre mit schwierigen politischen Verhandlungen. Als eine der wesentlichsten Reformen kann die Dezentralisierung und die kommunale Selbstverwaltung durch gewählte kommunale Organe (le conseil communal, le conseil collinaire u.a.) genannt werden.

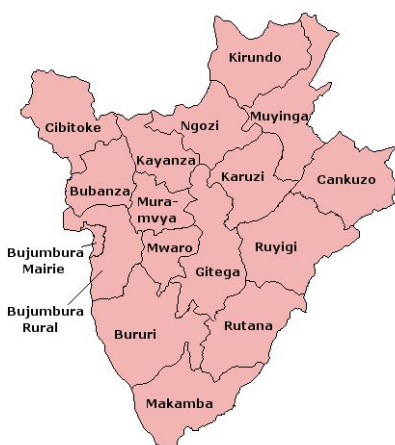
Erst **2009** gelang es, die letzte noch agierende Rebellengruppe Palipehutu-FNL (= Front National de la Liberté) zu **demobilisieren** und sie als politische Partei am Gestaltungsprozess teilhaben zu lassen. An Pierre Nkurunziza wurden anschließend **große Erwartungen** gestellt. 2010 wurde dieser - trotz Kritik im Vorfeld und des **Boykotts der Oppositionsparteien** - wiedergewählt. Die FNL begann daraufhin wiederum mit **Rebellenaktivitäten**, nachdem sich ihr Anführer Agathon Rwaswa wahrscheinlich in die Demokratische Republik Kongo abgesetzt hatte. 2011 gab es wieder mehr **politische Unruhen**, für die die FNL verantwortlich gemacht wird.

Das Konfliktpotenzial in Burundi ist bis heute aufgrund der gewaltreichen Vergangenheit, der Armutssituation und der nicht abgeschlossenen Integration der verschiedenen zurückgekehrten Vertriebenengruppen groß und die Sicherheit fragil, obwohl auch Friedenstendenzen zu beobachten sind. Seit es im Vorfeld der Wahlen 2015 Demonstrationen und Unruhen gegeben hat und der Präsident trotz massiver Proteste wiedergewählt wurde, kann man in Burundi bis heute nicht von Frieden sprechen.



Die Flagge Burundis, © Eliane Rusanganwa

Staat



Die administrative Gliederung in Burundi, © Acntx (CC BY-SA 3.0)

Staatsform und Verfassung

Burundi ist eine Präsidentialrepublik. Der Staatspräsident **Pierre Nkurunziza** – seit 2005 im Amt – ist gleichzeitig Staatsoberhaupt und Regierungschef. 2005 wurde eine neue **Verfassung** verabschiedet, die bis heute Gültigkeit besitzt. Die Legislative liegt beim Parlament, das aus zwei Kammern besteht: der Nationalversammlung und dem Senat. Hervorzuheben ist die Regulierung der ethnischen Vertretung in der Regierung bzw. in allen staatlichen Bereichen: Die Nationalversammlung besteht aus 100 Abgeordneten. Hier sind 60 % der Mandate für die Hutu, 40 % der Mandate für die Tutsi reserviert (Quotenregelung). Zusätzlich werden bis zu 21 Mandate an Frauen bzw. Vertreter der Twa vergeben. Der Senat besteht aus 54 Mitgliedern, davon sind 34 gewählte Senatoren, drei Frauen und drei Repräsentanten der Twa sowie Ex-Präsidenten, die automatisch zu Senatoren werden. Momentan gibt es vier ehemalige Präsidenten im **Senat**. Die Sitze werden auch hier zwischen Hutu und Tutsi verteilt und zwar im Verhältnis 50/50. 2010 wurde der Präsident

wiedergewählt. Im Parlament wurde eine Frauenquote von 30 % eingeführt. Burundis Regierung hält sich offiziell an diese Vorgaben. Doch in letzter Zeit werden Stimmen laut, die das Verhältnis der Ethnien in der realen Besetzung **anzweifeln**. Die **Wiederwahl** Nkurunzizas als Präsident **2015** war offiziell nicht zulässig. Bereits 2013 wurden Stimmen laut, dass Nkurunziza die Verfassung ändern würde, um ein drittes Mandat anzutreten. Die Kritik daran war auch schon zu diesem Zeitpunkt hoch - selbst in seiner eigenen Partei. Ein funktionsfähiges Parteiensystem existiert bisher nicht, die CNDD-FDD baut im Gegenteil ihre Machtposition immer mehr aus. Die Parteien werden trotz ihrer gemischt-ethnischen Zusammensetzung von der Bevölkerung immer noch als "Hutu"- oder "Tutsi"-Parteien wahrgenommen.

Burundi gliedert sich in 18 **Provinzen**, die sich in 116 Distrikte unterteilen lassen. Die Provinzen sind: Bubanza, Bujumbura Mairie, Bujumbura Rural, Bururi, Cankuzo, Cibitoke, Gitega, Karuzi, Kayanza, Kirundo, Makamba, Muramvya, Muyinga, Mwaro, Ngozi, Rumonge, Rutana, Ruyigi. Die Hauptstadt Bujumbura besaß vor 2014 13 Stadtteile, seitdem sind 3 "**Mega-Zonen**" ausgewiesen. Im Friedensabkommen von Arusha wurde die Dezentralisierung Burundis als ein wichtiger Punkt ausgewiesen. Die häufig passive Haltung der Bevölkerung gegenüber der Politik sollte sich ändern und zeigte in den Jahren nach 2005 erste Erfolge. Trotzdem sieht die ländliche Bevölkerung in der Dezentralisierung bis heute eher die Vergabe von Dienstleistungen als eine Chance auf politische Teilhabe am Regierungsgeschehen. Ende 2018 verkündet der Präsident Pierre Nkurunziza, dass künftig statt Bujumbura die Provinzhauptstadt Gitega **neue Hauptstadt** Burundis werden soll.

Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit

Regierungsparteien sind seit Juli 2015 die **CNDD-FDD** (die den Präsidenten stellt), die UPRONA und die FNL bzw. die neuere Parteigründung unter Agathon Rwaswa (Burundians Hope Independent). Die letztere hatte zwar die Wahl boykottiert, wurde aber trotzdem in die Regierung gewählt. Diese drei Parteien sind die einzigen noch im Parlament vertretenden Parteien, nachdem es Unruhen um die dritte Amtszeit von Präsident Nkurunziza gab und die Wahlen eigentlich offiziell nicht hätten abgehalten werden dürfen. Nach dem Referendum im Mai 2018 **verbietet** Nkurunziza die Partei von Rwaswa, so dass die Demokratie noch weiter beschnitten wird. Es gibt außerparlamentarisch eine Vielzahl von Parteien, die nur schwach in der Bevölkerung verankert sind und häufig nur lokale oder regionale Interessen verfolgen. Auch ist der innere Zusammenhalt der Parteien häufig wenig ausgeprägt, so dass auch die Funktionsfähigkeit der Regierung fragil ist und durch Abspaltungen von Parteien die Stabilität gefährdet werden kann. Die außerparlamentarische Opposition ist v.a. durch Abwesenheit gekennzeichnet, da deren Anführer 2010 abtauchten. Es werden ihnen jedoch bewaffnete Anschläge und terroristische Aktivitäten zugeschrieben. Burundi ist ein **Post-Konfliktland**. Auch wenn man seit

2005 von guten Fortschritten bei der Friedenskonsolidierung sprechen kann, sind doch die Auswirkungen des Bürgerkrieges noch deutlich zu spüren. Die **demokratischen Strukturen** sind **noch nicht gefestigt**. Teilweise erhebliche Defizite bestehen in Fragen wie der Lage der Menschenrechte, der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols oder der Schaffung unabhängiger politischer und zivilgesellschaftlicher Gruppen. Auch das Justizsystem bedarf einer dringenden **Reform**; durch die nur bedingt funktionierende Strafverfolgung können sich **Rebellenbewegungen** leicht formieren. Durch die politischen Entwicklungen seit der umstrittenen Wiederwahl Nkurunzizas als Präsident wie z.B. die Einschränkung der Pressefreiheit, die Beschneidung von Menschenrechten usw. steuerte das Regime 2018 eher auf eine **Diktatur** zu als demokratische Strukturen zu festigen. Auf dem **Demokratie-Index** (BTI) ist Burundi in zwei Jahren von 2016 bis 2018 von Rang 82 auf Rang 93 (von 129 Staaten) abgerutscht.

Zentrale staatliche Funktionen können zur Zeit nur mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft aufrechterhalten werden. Die Leistungs- und Durchsetzungsfähigkeit der Verwaltung ist schwach, Kriminalität, **Korruption, Amtsmissbrauch und Straflosigkeit** sind weit verbreitet und werden kaum verfolgt. Dies gilt v.a. für die Armee. Die Justiz wird von politischer Seite **stark beeinflusst**. Die staatliche Gewaltenteilung wird reell nicht oder nur kaum umgesetzt: der Präsident bestimmt die Politik, deren Aussehen er informell mit den politischen Entscheidungsträgern und der Armee aushandelt. Positiv zu verzeichnen ist die **Abschaffung der Todesstrafe** 2009, die Einführung von härteren Strafen für Gewalt gegen Frauen und die Einführung der Straftatbestände Folter, Völkermord oder Kriegsverbrechen. Die Entwicklung war vielversprechend bis 2014.

Ende 2008 hat die Verabschiedung eines neuen Strafrechts die Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft erschwert. Trotz internationaler Proteste wurde **Homosexualität strafbar**. Bei einem Outing von Homosexuellen droht diesen bis zu drei Jahren Haft. Die Opposition, in den letzten Jahren mit wenig Chancen einer realen Regierungsbeeinflussung, **formierte** sich Anfang 2013 neu im Hinblick auf die anstehenden Wahlen 2015. Doch 2014 kam es zu einer **Regierungskrise**. Aufgrund der lauter werdenden Kritik am Präsidenten **verließen** immer mehr UPRONA-Mitglieder die Regierung, wurden **verhaftet** oder ausgewiesen.



Republik Burundi, © Sailing Nomad (CC BY-NC-ND 2.0)

Justiz, Sicherheit und Militär



Werbung gegen den Besitz und die Nutzung von Kleinwaffen, © The Advocacy Project (CC BY-NC-SA 2.0)

In der Verfassung Burundis ist eine unabhängige Justiz vorgesehen. Das Verfassungsgericht (**Cour Constitutionnelle**) und der Oberste Gerichtshof (**Cour Suprême**) sind die höchsten Instanzen. Das Militärgericht (**Cour militaire**) verhandelt Verbrechen von Soldaten bzw. Militär. Die Polizei - die **Police Nationale/PN** - und der Geheimdienst - **Service National de Renseignement/SNR** sind für die innere Sicherheit in Burundi zuständig. Polizei und Justiz sind in Burundi stark von **Korruption** betroffen. **Menschenrechtsverletzungen** der staatlichen Sicherheitsorgane sind in einem Klima von Gewaltkriminalität und fehlenden Ordnungsstrukturen an der Tagesordnung. Eine besondere Rolle spielt in Burundi die "**justice de proximité**", eine Art Nachbarschaftsjustiz bzw. lokale Justiz. Problematisch ist die Selbstjustiz oder die "**mob justice**", wo Individuen von Privatpersonen für kleine Verbrechen wie z.B. Diebstahl verfolgt, gefoltert oder ermordet werden, ohne dass offizielle Stellen informiert bzw. eingeschaltet werden.

Das Militär (**Forces de Défense Nationale, FDN**) gliedert sich in die **Armee** und die nationale Gendarmerie. Nach dem Arusha-Friedensabkommen 2000 wurden Militär und **Polizei** in Burundi neu formiert, wobei jedoch erst ab 2003 von einer eigentlichen Wende

gesprachen werden kann. 2001 wurde außerdem ein von der Regierung unterstütztes **Selbstverteidigungsprogramm** ins Leben gerufen, das der ländlichen Bevölkerung bei Überfällen durch Rebellen zur Seite stehen soll. Problematisch war die **Neustrukturierung** der jahrzehntelang durch **Tutsi dominierten Armee** und der Polizei. Da Polizei und Militär auch ethnisch ausgewogen sein sollten, war schon von diesem Gesichtspunkt her gesehen eine Neustrukturierung notwendig. Ab 2004 wurde mit der **Demobilisierung, Entwaffnung** und **Wiedereingliederung** zehntausender Kombattanten begonnen. 2008 und 2009 wurden auch Kämpfer der FNL-Miliz in die regulären Streitkräfte integriert, was einen dauerhaften Frieden garantieren und weitere Kämpfe verhindern sollte. Die Wiedereingliederung stellt das Land jedoch vor enorme Herausforderungen: Perspektivlosigkeit, Arbeitslosigkeit, Landstreitigkeiten und Armut sind direkte Konsequenzen von diesen für den Frieden existenziellen Aktivitäten. Gleichzeitig ist die Reintegration teuer und die Regierung stark auf ausländische bzw. internationale Hilfen angewiesen. Auch die **GIZ** unterstützt die burundische Polizei bei Effektivität und Bürgerverantwortung.

Wie in vielen afrikanischen Ländern ist die Existenz von **Kindersoldaten** in **Burundi** und deren Entwaffnung und Wiedereingliederung besonders problematisch. Oft finden sie nicht mehr ihren Platz in der Gesellschaft und sind von Armut, **Traumata** und Orientierungslosigkeit stark betroffen. Auch hier sind oftmals nur mit internationaler Unterstützung **Fortschritte** zu erzielen.

Burundi stellt ausländische Truppen in Darfur/Sudan und in anderen afrikanischen Ländern und ist mit über 2000 Soldaten an der für die Soldaten **gefährlichen AU-Friedensmission in Somalia** beteiligt.

Die **Armee** scheint seit 2015 zerrissen zu sein. Ihre Zusammensetzung aus Ex-CNDD-Kombattanten, der ehemaligen (Tutsi-) Armee der Präsidenten Micombero, Bagaza, Buyoya und ehemaligen FNL-Rebellen, die schwierige politische Situation seit 2015 und innere Probleme von Bevorzugung und Ausgrenzung, stellen die Armee vor eine **Zerreißprobe**.



Militär in Bujumbura, © Alain Dyumishigije



Polizei in Bujumbura, © Alain Dyumishigije

Innenpolitik

Die innenpolitische Lage in Burundi wird nach wie vor von den Nachwirkungen des Bürgerkrieges beeinflusst. Nationale Entwicklungsstrategien werden nur sehr **langsam umgesetzt**, die Regierung zögert bei Liberalisierung und Privatisierung im ökonomischen Bereich. **Landkonflikte** bremsen die Entwicklung. Die Überwindung der sozialpolitischen und ethnischen Probleme stellt zwar die Basis allen Handelns auf politischer Basis dar, verhindert aber gleichzeitig eine zügige Entwicklung.

Im internationalen Kontext wurden die Wahlen von 2005 als **Hoffnungsschimmer** angesehen. Die kriegsmüde Bevölkerung sah die gewaltfreien Urngänge als Startpunkt einer **neuen Zukunft**. Der Wille und die Fähigkeit der Ethnien zu politischem Kompromiss und gesellschaftlichem Konsens wurden vor 2015 auch international anerkannt. Burundi war auf einem guten Weg, die Überbrückung der ethnisch-sozialen Spaltungslinien in der Gesellschaft durch eine **Machtteilung** in der Regierung zu ermöglichen.

Doch mittlerweile macht sich Ernüchterung breit. Die Steuerungsfähigkeit der Regierung ist momentan nur eingeschränkt gegeben, langfristige Reformstrategien sind aufgrund der politischen Verhältnisse nur schwer umzusetzen. Zielformulierungen und die Implementierung nachhaltiger Maßnahmen zur Stabilisierung der politischen Verhältnisse und zur wirtschaftlichen Entwicklung bzw. Armutsbekämpfung werden durch die teils widersprüchlichen Erwartungen unterschiedlicher Gruppen und Ziele der Ethnien sowie durch regionale und lokale Interessen erschwert. In der jüngeren Vergangenheit sind die Konflikte im Zusammenhang mit der 3. Amtszeit des Präsidenten für einen Rückschritt der Demokratie und der gesamten Entwicklung Burundis verantwortlich.

Nachdem 1993 der erste Versuch einer Demokratisierung des Landes durch die Ermordung Melchior Ndadayes scheiterte, schien 2005 der politische Wendepunkt für die positive Entwicklung Burundis gekommen, als der Hutu Pierre Nkurunziza zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Um ethnisch-

soziale Probleme zu vermeiden, wurde für Regierung und Parlament die **60/40-Regel** verabschiedet, nach der 60 % der Hutu und 40 % der Tutsi-Volksgruppe angehören müssen. 2009 wurde die Oppositionspartei PALIPEHUTU-FNL als politische Partei zugelassen und änderte aus ethnischen Gründen ihren Namen in "FNL".

Nach 5 Jahren im Amt wollte der Staatspräsident 2010 wiedergewählt werden. Die Opposition wurde jedoch massiv unterdrückt, bedroht und eingeschüchtert. Diese Abkehr von **demokratischen Grundprinzipien** 2010 in Burundi traten auf, nachdem mehrere Oppositionsparteien die Kommunalwahlen im Mai als massiven Betrug bezeichneten und die folgenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen boykottierten. Die Opposition bildete eine neue Partei, die "Alliance des Démocrates pour le Changement au Burundi (**ADC-IKIBIRI**) 2010, in der sich Mitglieder von CNDD, FNL, FRODEBU und MSD befanden. **Agathon Rwasa**, der Anführer der 2009 als politische Partei zugelassenen FNL, setzte sich in den Untergrund ab. Auch der Anführer der oppositionellen MSD (Mouvement pour la Solidarité et le Développement), der populäre Journalist **Alexis Sinduhije**, sah sich 2010 gezwungen, das Land zu verlassen.

Als einzig verbliebener Kandidat wurde Nkurunziza am 28. Juni 2010 zum unangefochtenen **Sieger** der Präsidentschaftswahl. Seitdem unterstellte die burundische Regierung der FNL kriegerische Vorbereitungen im Untergrund bzw. Exil und die Beteiligung an Anschlägen, was sich jedoch bisher **nicht beweisen** ließ. Dabei galt hauptsächlich der Anschlag in einem Camp von Banyamulenge-Flüchtlingen in **Gatumba** als Streitpunkt, bei dem 2004 mindestens 152 Menschen ermordet wurden. Rwasa **leugnete** die Beteiligung der FNL an dem Massaker. Sinduhije wurde 2012 in Tansania **verhaftet**, kehrte jedoch Anfang 2013 nach **Burundi zurück**. Auch **Rwasa, Kopf der FNL**, tauchte im **August 2013** wieder in Bujumbura auf, um sich für die Wahlen 2015 **vorzubereiten**, wie es hieß. Nkurunziza **verhinderte** daraufhin offenbar **politische Aktivitäten** der Rückkehrer.

Ab Anfang 2014 kam es zu mehreren **Demonstrationen** in Bujumbura. **Alexis Sinduhije** wurde im März 2014 des **militanten Aufstands** beschuldigt. Der **Opposition** drohten **Gefängnisstrafen**. Jegliche Aktivität, die als Demonstration gegen die Regierung **angesehen** werden konnte, wurde streng geahndet. Die Demokratie in Burundi schien **weniger als je** zu funktionieren. Amnesty International **beschuldigte** die burundische Regierung außerdem, die Opposition einzuschüchtern, was Regierungskreise vehement zurückwiesen. Mit Sorge blickte die **internationale Gemeinschaft** auch auf die **Inhaftierung** des Bürgerrechtlers Pierre Claver Mbonimpa. Bereits 2013 wurden Stimmen laut, die einen erneuten Krieg befürchteten - weniger aufgrund von ethnischen Differenzen als aufgrund politischer Ursachen um Macht und Einfluss in Burundi. Denn der Kampf um die politische Macht verläuft schon länger nicht mehr anhand von ethnischen Konfliktlinien, sondern wird zwischen unterschiedlichen Hutu-Parteien ausgetragen. Der zunehmend autoritäre Führungsstil innerhalb der Regierungspartei erschwert zudem gesamtgesellschaftlich das Entstehen von tragfähigen parteiübergreifenden Kompromissen. Reformkräfte haben nur einen geringen Einfluss.

Mehr als die Nachbarstaaten hat Burundi ein **Flüchtlingsproblem**: Menschen, die schon 1972 während der Hutu-Verfolgungen v.a. nach Tansania flüchteten, erneute Flüchtlingsströme in die Nachbarländer während der Kriegsjahre ab 1993, rückkehrende Flüchtlinge ab **2009** oder Binnenflüchtlinge aufgrund von Unruhen in der Region um Bujumbura. Angehörige der Oberschicht, die aufgrund von politischer Instabilität und wirtschaftlicher Misere auf ein besseres Leben in Europa oder USA/Kanada hoffen, verlassen häufig für immer ihr Heimatland. Dabei gibt es immer wieder auch gewaltsame Konflikte in **Flüchtlingslagern**, gegenseitige Abschiebung von Flüchtlingen und Problemen bei deren Reintegration, v.a. Landbesitzstreitigkeiten von rückkehrenden Flüchtlingen, die Land beanspruchen, das bereits seit Jahrzehnten von Ortsansässigen bewirtschaftet wird. Die Gefahr besteht daher, dass die Konflikte um knappes Land auch ethnische Ressentiments wieder aufflammen lassen. Historisch sind politische Gruppierungen, die sich extern in den Nachbarländern Burundis formierten (die **CNDD-FDD**, die **PALIPEHUTU**, die FNL u.a.) für die vielfältigen politischen Probleme der Regierungsbildung mitverantwortlich. Bis heute fürchtet Burundis Regierung **Tutsi-** und auch Hutu-Rebellen-Gruppierungen im Kongo und deren politisch-militärische Intentionen. Außerdem destabilisieren offenbar **Waffenschmuggel** und Rebellenaktivitäten die Grenzregion zur DR Kongo.

Die sich nach dem missglückten Putsch formierte Rebellenorganisation FOREBU (Forces Populaires du Burundi, engl.: Popular Forces of Burundi) agiert hauptsächlich von diesem Gebiet aus. **Seit den gewaltsamen Konflikten** 2015 sind mehrere hunderttausend Burunder in die Nachbarstaaten geflohen. Die Flüchtlingsströme bleiben **aktiv**. Die Situation in den Lagern in Tansania oder Ruanda bleibt weiterhin besorgniserregend.

Wahlen

Allgemein sieht die Verfassung alle 5 Jahre Wahlen vor. Die **Kommunalwahlen** im Mai 2010 wurden überschattet von dem Vorwurf der **Opposition** an die Regierung, die **Wahlergebnisse** massiv gefälscht zu haben. Im Juni 2010 fanden in Burundi die **Präsidentenwahlen** statt. Da die Opposition zuvor massiv eingeschüchert worden war, **boykottierte** sie diese Wahlen, so dass der amtierende Präsident der einzige Kandidat war. Im Juli 2010 wurde ein neues Parlament **gewählt**. Der demokratische Grad der Wahlen galt insgesamt als Hinweis auf die Verbesserung oder Verschlechterung der Entwicklung Burundis. Bereits 2014 - also ein Jahr vor den Wahlen 2015 - war das politische Klima angespannt, die kommenden Wahlen wurden **kritisiert**. Präsident Nkurunziza ließ verlauten, er wolle wieder kandidieren, was **kontrovers** diskutiert wurde, da der Präsident gemäß der Verfassung nur einmal wiedergewählt werden darf. Absehbar war bereits zu diesem Zeitpunkt, dass der Präsident die **Verfassung ändern** wird, um weiter regieren zu können und seine Machtposition nicht zu verlieren.



Wahlen 2010, © Alain Kabwari



Fingerabdruck Wahlen 2010, © Brice Bindel (CC BY-NC 2.0)

Burundi vor den Wahlen 2015

Die Wahlen 2015 wurden im Vorfeld von internationaler Seite mit **Besorgnis** und **Nervosität** betrachtet, da sich politische Spannungen in Burundi verstärkten und die Akteure der politischen Schicht, der Zivilgesellschaft und verschiedener Milizengruppen in einem Diskurs standen, der bereits Ende 2014 keine erfolgreichen Verhandlungen erwarten ließen. Es war **nicht davon auszugehen**, dass sich wie in Ruanda 1994 ein Völkermord ereignen könnte, aber die Situation war dennoch beunruhigend.

In einem Klima der weitestgehenden Straflosigkeit wurde die Justiz immer mehr durch die Exekutive **beeinflusst**. Die an der Regierung beteiligte UPRONA war **geschwächt**. Sie stand mit der amtierenden Regierungspartei CNDD-FDD in einem Konflikt, der sich u.a. auf Unstimmigkeiten bezüglich der Flüchtlingsfrage in Burundi gründete. Außerparlamentarische Oppositionsparteien wie die MSD oder die FNL hatten Probleme in ihrer innerparteilichen Organisation. Die **MSD** wurde 2014 von der Regierung nach Demonstrationen für 4 Monate **gesperrt** bzw. suspendiert, was wiederum gewalttätige **Proteste** auslöste. Die FNL bestand auf einer Kandidatur bei den Wahlen, obwohl sowohl der MSD als auch der FNL Parteiaktivitäten im Land von der Regierung bis dato untersagt waren. Die Oppositionsparteien wie die FNL hatten zwar Anhänger in Bujumbura, die Regierungspartei war jedoch durch Wahlversprechen auf dem Land populärer. Die zaghafte burundische Demokratie, die sich durch freie und gerechte Wahlen sowie Pressefreiheit auszeichnete, geriet zunehmend in Gefahr.

Die im Land bis Ende 2014 agierende BNUB (Bureau des Nations Unies au Burundi) äußerte sich

besorgt über die zunehmenden politischen Spannungen in Burundi. Die Einschüchterung der Presse, die Verhaftung von Menschenrechtsakteuren wie **Pierre Claver Mbonimpa** (Chef der Menschenrechtsorganisation APRODH), der 2014 nur auf internationalen Druck wieder freigelassen wurde, und vor allem die Aufrüstung der Jugendorganisation der CNDD-FDD, der Imbonerakure, bereitete insgesamt ein Klima der Besorgnis über die weitere Entwicklung Burundis hin zu einem dauerhaften Frieden. Die Imbonerakure wurden verdächtigt, durch ihre **Gräueltaten** in der Bevölkerung ein Klima aus Hass, Gewalt und Aufruhr in der Bevölkerung herstellen zu wollen, um so Opposition, Presse, Zivilgesellschaft und Menschenrechtsorganisationen einzuschüchtern. Die CNDD-FDD wurde ihrerseits beschuldigt, **Kontakte mit der FDLR** in Ruanda zu unterhalten, unter denen sich die Interahamwe, die ehemaligen Drahtzieher des Genozids in Ruanda, befinden.

Die Wiederwahl Nkurunzizas zum Präsidenten - im Vertrag von Arusha ausdrücklich als unzulässig deklariert - wurde immer wahrscheinlicher. Anhänger Nkurunzizas betonten, dass sein Wahlgewinn 2005 durch **direkte Wahlen kein Mandat** darstelle, Gegner hielten dagegen, dass er - egal durch welche Wahlprozesse - als Präsident schon 2005 vereidigt worden sei. Durch eine Wiederwahl könnte Nkurunziza - so **befürchteten** die Opposition und die Zivilgesellschaft - auch die ethnisch-sozialen Errungenschaften in der politischen Organisation (**power sharing**) wieder kippen. Als Nkurunziza im Februar 2014 seinen der Tutsi-Partei UPRONA angehörenden Vizepräsident entließ, kam es so bereits im Vorfeld der Wahlen zum Regierungskonflikt.

Ende 2014 kam es zum **Eklat** zwischen der **Opposition**, der Wahlkommission und der Regierung, nachdem es **Unstimmigkeiten** in der Verteilung von Wahlausweisen kam. Die FNL, der größte Teil der UPRONA und die FRODEBU schlossen sich im Januar 2015 zu einer neuen Opposition unter dem Namen RNC (Rassemblement National pour le Changement) **zusammen**.

Menschenrechtsorganisationen wie die FOCODE (Forum pour la Conscience et le Développement) und ihre **Vorsitzenden** gerieten derweil immer mehr **unter Druck**. Im Januar 2015 wurde der Chef der Radiostation RPA (Radio Publique Africaine), Bob Rugurika, **verhaftet**. Die Verhaftung wurde als weiterer Schlag **gegen die Pressefreiheit** gewertet, Menschenrechtler waren **alarmiert**, auch international stieß die Aktion auf **Kritik**. Die Vereinigung der burundischen Journalisten **forderte** die **schnelle Freilassung** ihres Chefs. Die burundische Regierung gab nach: Rugurika wurde am 19. Februar 2015 **aus der Haft entlassen**.

Aber **politisch motivierte Gewalttaten** nahmen unterdessen in allen Teilen des Landes zu. Die Hintergründe waren oft unklar: die Regierung sprach von **Rebellenaktivitäten**, die die Wahlen behindern wollen und beschuldigte die Opposition, die Regierung so schwächen zu wollen. In der Demokratischen Republik Kongo (DRC) vermutete die burundische Regierung Rebellenaktivitäten der **Opposition**, die Opposition beschuldigte im Gegenzug die Präsidentenpartei CNDD-FDD, im Grenzbereich Trainingslager ihres Jugendarms, der **Imbonerakure**, zu unterhalten.

Je näher die Wahlen rückten, desto größer wurde die Anspannung im Land, auch in der Bevölkerung. Der Nachbarstaat Ruanda fürchtete Ausschreitungen in Burundi durch die angespannte Situation, auch weil immer mehr Burunder nach Ruanda **flüchteten**. **Gewaltsame** Ausschreitungen während Demonstrationen gegen die dritte Präsidentschaft Nkurunzizas häuften sich. Am 25. April verkündete die CNDD-FDD, dass Pierre Nkurunziza ein **drittes Mal** als Präsident kandidieren werde. Während der Proteste waren auch Todesopfer zu beklagen; die Situation drohte fast eine Woche nach Nkurunzizas Ankündigung außer Kontrolle zu geraten. Internetdienste wurden gesperrt, Universitäten und Radiostationen geschlossen. Viele Menschen in Bujumbura verbarrikadierten sich in ihren Häusern. Die Opposition drohte mit Wahlboykott wie schon im Jahr 2010.

2015

Am **13. Mai 2015** kam es schließlich auf dem **Höhepunkt** der Spannungen zu einem **Putschversuch**

des **Generals Godefroid Niyombare**, während sich der Präsident bei einem Krisengipfel in Tansania aufhielt. Niyombaré war von Nkurunziza im Februar als Chef des Geheimdienstes entlassen worden. Die Putschisten kämpften **heftig** gegen regierungstreue Truppen und verkündeten die Absetzung Nkurunzizas. Die ländliche Bevölkerung war in die Konflikte nur marginal involviert. Die Demonstranten und viele Burunder, die die Absetzung Nkurunzizas gefordert hatten, tanzten in den Straßen. Erleichterung und Hoffnung war zu spüren. Obwohl die EAC und die Afrikanische Union den Putsch insgesamt **verurteilten**, gab es doch auch **Gegenstimmen**. **Zwei Tage** nach dem Putschversuch erklärten die Putschisten ihren Versuch, Nkurunziza abzusetzen, als **gescheitert**. Anscheinend waren die regierungstreuen Truppen den Aufständischen zu stark. Die Gründe für das Scheitern waren vielfältig. Derweil kehrte Nkurunziza nach Bujumbura **zurück** und nahm seine Regierungsgeschäfte wieder auf, während **Nyiombaré** und andere **Putschisten verhaftet** und der **Staatsanwaltschaft** überstellt wurden.

Tausende flohen in die Nachbarstaaten wie Ruanda, Tansania und den Kongo. Nach Angaben der UNO waren es mehr als **100.000** Menschen. Freie und demokratische Wahlen waren nun nicht mehr denkbar. Die politische Führung in Kigali **beunruhigte** die Tatsache, dass Mitglieder der Hutu-dominierten FDLR-Rebellen, die sich seit Jahrzehnten im Ostkongo aufhalten, in Burundi mehr Macht erlangen könnten, als dass Ruanda möchte. Die USA bekräftigten ihr **Nein** zu einer dritten Amtszeit Nkurunzizas.

Die **Lage** nach dem Putschversuch war zunächst **ruhig**. Die USA hatten sich entschieden, ihre Bürger aus Burundi zu **evakuieren**. Die staatliche Radiostation RTNB wurde von der Regierung **kontrolliert**; andere Radiostationen wurden gar zerstört. Die Wahlen wurden verschoben. Das **Militär** schien **gespalten** zu sein; etliche Soldaten sollen auch die Demonstranten beschützt haben. In der **spannungsgeladenen** Atmosphäre kam es zu tödlichen **Granatenexplosionen**, die Nkurunziza der Al Shabaab zuschrieb. Am 24. Mai wurde Zedi Feruzi, der Vorsitzende der Oppositionspartei **UPD** (Union for Peace and Development) ermordet.

Als erstes europäisches Land drohte **Belgien** klar mit der Einstellung seiner Entwicklungshilfe, sollte Nkurunziza auf einem dritten Mandat bestehen. Im Juni suspendierte das **BMZ** alle regierungsnahen Aktivitäten der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit Burundi. Die **Länder der EAC** äußerten sich hingegen **nicht klar** gegen Nkurunziza.

Kurz vor den neu angesetzten Parlamentswahlen am 29. Juni verließen der 2. Vizepräsident **Gervais Rufyikiri** und der Präsident der Generalversammlung **Pie Ntavyohanyuma** das Land. Trotz massiver Proteste und des Wahlboykotts der Opposition hielt die burundische Regierung an den **Parlamentswahlen** fest. Internationale Wahlbeobachter hatten schon vorher das Land **verlassen**.

Die verspätete, von internationalen **Protesten** begleitete und von der Opposition **boykottierte** **Präsidentenwahl** am 21. Juli **bestätigte** wenig überraschend den amtierenden Präsidenten in seinem Amt mit **fast 70 %** der Stimmen. Dabei hat Nkurunziza zwar auf dem Land, aber nicht in Bujumbura selbst die meisten **Stimmen** bekommen. Die EU drohte mit **Konsequenzen**, die **Afrikanische Union** war beunruhigt. Der bekannte Oppositionspolitiker Alexis Sinduhije schlug **vor**, einen Nationalen Übergangsrat zu gründen, Agathon Rwasa hingegen wollte mit der Regierung eine **Union** bilden, um einen erneuten Bürgerkrieg zu verhindern. Verschiedene Oppositionsparteien gründeten die **CNARED** (= Conseil National pour le respect de l'accord d'Arusha et la restauration d'un Etat de droit au Burundi).

Im August 2015 überschlugen sich die Ereignisse: zunächst wurde der Geheimdienstchef und als rechte Hand Nkurunzizas geltende General Adolphe Nshimirimana bei einem **Attentat getötet**, nur einen Tag später wurde ein **Anschlag** auf den Bürgerrechtler Pierre Mbonimpa verübt, eine Woche später der frühere **Generalstabschef** der burundischen Armee **ermordet**. Anfang September wurde der Sprecher der UPD **Patrice Gahungu** bei einem Anschlag getötet; der Generalstabschef **Prime Niyongabo** entging nur knapp einem Attentat. Seit dem Putschversuch ist die **Armee gespalten**. Nkurunziza **verweigerte** die Zusammenarbeit bzw. den Dialog mit Oppositionellen, die am Putsch beteiligt waren. **Belgien** reagierte auf die Situation, indem die Regierung große Teile der finanziellen

Unterstützung strich, die UNO beschloss Sanktionen gegen Vertraute des Präsidenten.

Die Beziehungen zwischen Burundi und Ruanda **verschlechterten** sich. Man fürchtete einen Bürgerkrieg, der auch die gesamte **Große-Seen-Region** destabilisieren könnte. Zu befürchten war auch das Abgleiten in **ethnisierte Gewalt**, da der Präsident den Rebellen ein **Ultimatum** stellte, nach dessen Ablauf er diese mit allen Mitteln der **Gewalt** verfolgen wollte. Senatspräsident Révérien Ndikuriyo sprach sogar von "Arbeiten" an Regierungskritikern, was an die Horrorsprache in Ruanda 1994 erinnerte. Anfang November 2015 wurde der Sohn des Bürgerrechtlers Mbompinga getötet.

Angesichts eines drohenden neuen Genozids in Burundi - obwohl der Konflikt eigentlich im Grunde politisch und nicht ethnisch begründet ist - erwog die Afrikanische Union im Dezember 2015 die **Entsendung** einer Friedenstruppe nach Burundi. Diese als **MAPROBU** bezeichnete Friedensmission der AU sollte den Konflikt entschärfen. Doch Bujumbura **lehnte** die Einmischung in die Länderangelegenheiten bzw. ihre **Souveränität** ab und wiederholte, dass in Burundi Frieden herrsche. Daher beschloss dann auch die AU, **keine Eingreiftruppe** nach Burundi zu senden. Seit dem missglückten Putsch vom Mai 2015 bilden sich Abspaltungen und Untergruppen verschiedener Parteien, die zunehmend unübersichtlich werden. Besorgniserregend sind Vermutungen, die diversen **Rebellengruppierungen** militante Aktivitäten unterstellen. Im Februar beschuldigte Burundi die Regierung Ruandas, Rebellen im benachbarten Land zu **unterstützen**, die das Ziel hätten, Nkurunziza zu stürzen. Kigali dementierte vehement. Ruanda kündigte an, die burundischen Flüchtlinge auf ruandischem Boden in **Nachbarländer zu verlegen** - Bujumbura reagierte mit **Demonstrationen** und scharfen Tönen.



Werbung für die Regierungspartei, © counterculturecoffee (CC BY-NC-ND 2.0)



Straßenkämpfe in Bujumbura 13. Mai, © Globovisión (CC BY-NC 2.0)



Straßenkämpfe mit der Polizei in Bujumbura 13. Mai, © Globovisión (CC BY-NC 2.0)



Straßenkämpfe in Bujumbura 13. Mai, © Globovisión (CC BY-NC 2.0)



Straßenkämpfe mit der Polizei in Bujumbura 13. Mai, © Globovisión (CC BY-NC 2.0)

Aktuelle Entwicklungen ab 2016

Aufgrund der anhaltenden **konfliktreichen Situation** in Burundi strich die Europäische Union im März 2016 ihre **direkte finanzielle Unterstützung** für das Land. Das betraf öffentliche Finanzmittel und die Budgethilfe, nicht aber humanitäre Projekte im Land. In Deutschland **diskutierte** man die Lage in Burundi. Außerdem wurden die **Gehälter der Soldaten**, die Burundi mit der AMISOM in Somalia unterstützt, nicht mehr über die burundische Regierung abgewickelt. Der ehemalige tansanische Präsident **Benjamin Mkapa** wurde von der EAC als Mediator eingesetzt; eine Entscheidung, die auch **kritisiert** wurde. Derweil wurden zwei Militäranghörige kurz hintereinander ermordet. Colonel **Buzubona**, der als gemäßigt galt, starb bei einem Attentat Mitte April 2016. Die USA **prangerten** die dramatische Situation an. Auch die politischen Beziehungen zu Ruanda wurden immer schlechter, seit im April Jacques Bihozagara, ehemaliger ruandischer Minister, im Gefängnis in **Bujumbura gestorben war**. Er war wegen Spionagevorwürfen in Burundi verhaftet worden. Die Internationale Gemeinschaft schien wie **gelähmt** vor so viel Willkür und externer Ablehnung. Anfang August 2016 schloss Burundi seine Grenzen zu Ruanda, ein wirtschaftliches **Desaster**. **Vorschläge**, wie die Situation entspannt werden könnte, wurden heftig diskutiert. Die Entsendung von 228 UN-Polizisten zur Beobachtung der Lage wurde durch die burundische Regierung **abgelehnt**, die Lage blieb **angespannt** und der Ton der burundischen Regierung wurde **schärfer**.

Schon Ende 2015 war die Rede davon, dass sich Nkurunziza anscheinend in eine ausweglose Situation manövriert hatte. Die wirtschaftliche Situation des Landes insgesamt wird zwar schlechter, aber offenbar verfügt die stark korrupte Regierung noch über genügend Finanzmittel, um nicht ganz in die Armutsfalle abzugleiten. Die Lage für die Zivilbevölkerung wird aber schwieriger. Internationalen sowie nationalen Journalisten wird die Arbeit extrem erschwert. Ob die ethnische Zugehörigkeit im Konflikt in Burundi eine Rolle spielt, wird kontrovers diskutiert.

Die Lage der nach Ruanda geflüchteten Burunder bleibt derweil ungewiss, die Flüchtlingslager in Tansania werden größer. Insgesamt ist die Situation bedrückend. Die Flüchtlingskommission der UN warnt vor einer Eskalation der Lage. Der Frieden in der Heimat scheint fern. Viele Intellektuelle fliehen nach Ruanda, die Mehrheit jedoch nach Tansania, nach Uganda oder auch in die DRK.

Anfang 2017 wiederholte die EU ihre große Besorgnis bezüglich der Lage in Burundi und forderte die Regierung auf, freie Medien wieder zuzulassen, politisch Gefangene freizulassen und die Gewalt einzustellen. Dabei schienen die Imbonerakure - die Jugendorganisation der CNDD - wieder mehr im Vordergrund der Gewalttaten zu agieren. Im Juni 2017 wurde ein neuer Mediator - der ehemalige Präsident Burkina Fasos Michel Kafando - aktiv.

Im September 2017 wurden in einem Flüchtlingslager in der DR Kongo burundische Flüchtlinge ermordet. Die Menschen äußerten Angst vor einer Rückkehr. Obwohl sich die Lage nicht änderte, forderten der ugandische Präsident Museveni und der tansanische Präsident Magufuli im Mai 2017 die Aufhebung der Sanktionen gegen Burundi. Die EU hielt jedoch daran fest. Ende 2017 forderte die burundische Regierung die Flüchtlinge zur Rückkehr auf, Uganda und Tansania erkannten den Status von burundischen Flüchtlingen nicht mehr automatisch an. Nkurunziza erwog die Änderung der Verfassung, in der wohl die Begrenzung der Präsidentschaftsmandate wegfallen würde und verbietet die Oppositionspartei MSD für 6 Monate - ein weiterer Schlag gegen die Demokratie in Burundi. Er beschuldigte zudem die EU, sein Land destabilisieren zu wollen.

Im Laufe des Jahres kam es zu weiteren Konflikten: der Umweltminister wurde getötet, ein Militärcamp attackiert, die Menschenrechtsorganisationen offensichtlich stark unter Druck gesetzt. Bis heute reißt die Gewalt nicht ab, immer wieder verschwinden oppositionelle Politiker oder Journalisten, man hört von Ermordungen und Folter. Zwei Jahre nach dem Beginn der Krise sorgte Nkurunziza mit seiner Ankündigung, auch 2020 wieder kandidieren zu wollen, bei der Bevölkerung in Burundi sowie der UNO für neue Besorgnis. Der einberufene Mediator und ehemalige tansanische Präsident Benjamin Mkapa kam nach Gesprächen zu dem Schluss, die aktuelle Kandidatur Nkurunzizas widerspreche nicht der Verfassung, die Regierung wäre also legitim. Die Opposition CNARED war empört. In der vermeintlichen Ruhe herrschte offenbar ein Klima der Angst in Burundi; das Land wurde zu einem Überwachungsstaat.

Der Austritt Burundis als Mitglied der Organisation des Internationalen Strafgerichtshof (CPI = Cour pénale internationale) wurde mit Sorge hinsichtlich der Straftaten im Land angesehen. Denn diese scheinen unvermindert weiterzugehen. Die burundische Regierung begründete ihren Entschluss mit der Aussage, der Internationale Strafgerichtshof sei ein Instrument der Weltmächte, um arme Länder einzuschüchtern. Der Entschluss der CPI, die Menschenrechtslage in Burundi untersuchen zu wollen, stieß auf kategorische Ablehnung von Regierungsseite. Diese verwies weiterhin vehement auf die ruhige Lage im Land und widersprach den Anschuldigungen, die Menschenrechte kontinuierlich zu verletzen.

Im Dezember 2017 erwog Nkurunziza ein Referendum, um bis 2034 an der Macht bleiben zu können. Die Wahlen 2020 sollten durch eine Art Steuer durch die Bevölkerung finanziert werden. Die Angst war groß, dass beim Referendum die für Nein stimmenden Personen oder die Opposition stark eingeschüchtert werden könnte. Mit dem Näherrücken des Referendum wurde deutlich, wie stark die Regierung Nkurunziza das auch tatsächlich verfolgte. Auch internationale Medien wurden verbannt. 3 Tage vor dem Referendum kam es zu erneutem Ausbrechen von Gewalt. Dabei spielen die Imbonerakure weiterhin eine bedeutende Rolle, was viele Burunder als zunehmende Bedrohung ansehen. Das Ergebnis des Referendums überraschte derweil niemanden: nach Auszählung der

Stimmen kann Nkurunziza nun weitere 16 Jahre **regieren**. Nur zwei Wochen später überraschte der Präsident bei einer Versammlung in Gitega mit seiner Aussage nationale sowie internationale Beobachter: er **kündigte an**, den neuen, 2020 gewählten Präsidenten, unterstützen zu wollen. Interpretationen und **Spekulationen** häuften sich anschließend. Beifall seitens der EU und Ungläubigkeit durch die Opposition wurden von weiteren Interpretationen von Insidern dahingehend verstärkt, dass Nkurunziza ein Regierungsspiel à la Putin anstrebe. Durch die Tatsache, dass seine Regierungspartei CNDD-FDD den zukünftigen Präsidentschaftskandidaten auswählt, werde eine Marionette als Präsident gewählt, während Nkurunziza weiterhin im Hintergrund regiere. Dadurch würde die Mehrheitsregierung durch Hutu in Burundi gewährleistet bleiben, während gleichzeitig auch internationale Kritiker besänftigt würden, Hilfsgelder wieder fließen und der Machtzirkel in der Regierung kaum verändert würde.

Unterdessen scheint die Bevölkerung nach einer längeren Phase der Resignation wieder mehr Mut zu fassen und Demonstrationen werden wieder häufiger, **zuletzt aufgrund** der von der UNO veröffentlichten Informationen zur desaströsen Lage der Menschenrechte in Burundi 2018. Insgesamt scheint sich aber eher eine "ruhende Spannung" auszubreiten; man äußert öffentlich seine Meinung **nicht zu vehement**, um nicht aufzufallen und dadurch Nachteile zu erleiden. Der Staat scheint Ende 2018 in finanziellen Schwierigkeiten zu sein: Steuer- und Preiserhöhungen sind an der Tagesordnung.

Ende 2018 verkündete Nkurunziza, Gitega zur neuen politischen Hauptstadt machen zu wollen. Viele sehe darin den Versuch, zur **Monarchie** zurückzukehren, da Gitega ehemals die royale Wirkungsstätte war.



Widerstand in Bujumbura - ein Jahr nach dem Putschversuch, © Jean-Régis Nduwimana

Menschenrechte und Korruption

Fermeture de notre bureau au Burundi

17 DÉCEMBRE 2018

Comme toutes les ONG internationales présentes au Burundi, Avocats Sans Frontières a vu ses activités dans le pays suspendues par le Conseil national de sécurité depuis le 1^{er} octobre dernier, pour motif de ne pas s'être mise en conformité avec la loi sur les organisations non gouvernementales étrangères (ONGE) adoptée en janvier 2017.

Le Ministère de l'intérieur burundais a conditionné la levée de cette suspension au dépôt et à la validation, avant le 31 décembre de cette année, d'un dossier comprenant quatre documents.

Il s'agit plus précisément d'une convention de partenariat avec le Ministère des relations extérieures, d'un protocole d'accord avec le Ministère de la Justice, d'un engagement à respecter les lois bancaires et la loi sur les ONGE, et d'un plan d'action pour mettre en place des mesures de recrutement visant à atteindre des quotas déterminés en termes de composition ethnique de notre personnel.

Après mûre réflexion, nous estimons que répondre favorablement à certaines demandes des autorités serait contraire au fondement même de notre organisation et à ses valeurs. Nous ne serons donc pas en mesure d'obtenir la levée de notre suspension.

Après 20 ans de présence ininterrompue au Burundi, nous sommes ainsi contraints, à notre plus grand regret, de fermer notre bureau à Bujumbura et de quitter le pays à la date du 31 décembre 2018.

Notre volonté d'agir en faveur de l'accès à la justice pour les populations burundaises reste, elle, intacte, et nous espérons pouvoir y contribuer à nouveau dans le futur.

Nous remercions vivement toutes les personnes, associations et institutions ayant soutenu notre action au Burundi depuis 1999, et leur souhaitons une bonne continuation.

N'hésitez pas à nous contacter pour toute information complémentaire à ce sujet.

Photo © ASF/Monica Rippe

Published in Burundi | Bess

Die ASF schließt ihr Büro und beendet die Aktivitäten in Burundi (© G. Hermann)

Auch **regional** war bereits in der Vergangenheit die Menschenrechtslage kritisiert worden, **seit den Wahlen 2010** hat sich die Kritik noch **verstärkt**. Daher wird die Forderung nach der Einhaltung von Menschenrechten auch international als Basis für wirtschaftliche Kooperation und Entwicklungszusammenarbeit gefordert. Die **Menschenrechtslage** wird als angespannt bis besorgniserregend eingestuft. Gravierende Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte (willkürliche Verhaftungen, Anschläge, Folter, Vergewaltigungen usw.) scheinen seit 2015 an der Tagesordnung zu sein und bleiben ohne Konsequenzen. Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit von NRO und Menschenrechtsorganisationen werden häufig verletzt. Seit 2013 haben Repressionen der Regierung, der Sicherheitskräfte und der Imbonerakure gegen die Opposition und gegen Menschenrechtsaktivisten **stark zugenommen**. Besorgniserregend ist, dass bis Oktober 2016 fünf Menschenrechtsorganisationen **verboten** wurden, neben dem Forum pour le renforcement de la société civile (FORSC) das Forum pour la conscience et le développement (FOCODE), die Action chrétienne pour l'abolition de la torture (ACAT), die Association burundaise pour la protection des droits humains et des personnes détenues (APRODH) und das Réseau des citoyens probes (RCP).

Die politische Krise um die Präsidentschaft Pierre Nkurunzizas nach 2015 wird seit den Unruhen von allen burundischen Menschenrechtsorganisationen angeprangert. **Pierre Clavier Mbonimpa** als bekanntester Menschenrechtler Burundis und Begründer der Menschenrechtsorganisation APRODH und seine Familie sind dabei besonders aktiv und daher gleichzeitig gefährdet, da sie **offen** über Burundi und die Gefährdung, in einen andauernden Konflikt abzugleiten, sprechen. Zuletzt griff Mbonimpa in seinem 2017 erscheinenden **Bericht** über die Menschenrechtslage den Präsidenten scharf an. Die **FIDH** (Fédération Internationale des droits de l'homme) berichtet immer wieder von den **alarmierenden Zuständen** von Menschenrechtsverletzungen in Burundi, z.B. im **Juli 2017**. Die FIDH und auch die ITEKA äußern sich Anfang 2018 **besorgt** über die Gewaltausschreitungen im Zusammenhang mit dem angekündigten Referendum bezüglich der kommenden Präsidentschaftswahlen. Die **ASF** (Avocats sans Frontières = Anwälte ohne Grenzen) schließt im Dezember 2018 ihr Büro in Bujumbura. Auch **Handicap International** schließt im Januar 2019 das Büro, nachdem die Behörden verlangt hatten, das Personal strikt nach Quoten zu beschäftigen. Dies impliziert aber, dass die Menschen nach ihren Ethnien gefragt werden müssten, was die meisten NGOs ethisch-moralisch ablehnen.

Der **Korruptionsindex (CPI)** für Burundi bleibt hoch und hat sich im Vergleich zu 2015 nicht verbessert. Sein Rang lag 2017 bei 157 von 180 Ländern. **Regional** in Ostafrika gilt Burundi als das **korrupteste** Land. Auch der Bestechungsindex (**bribery index**) ist im

ostafrikanischen Vergleich hoch. Neben den Menschenrechten ist die Bekämpfung der Korruption eine der **dringlichsten Aufgaben** der burundischen Regierung, wobei deren **Anteil** im Korruptionswirrwarr häufig nicht klar zu sein scheint. Immer wieder kommt es zu Korruptionsskandalen, die die Regierung schwächen. Problematisch ist das Fehlen einer klaren politischen Agenda, die noch zögerlichen Eingriffe der Zivilgesellschaft, eine eingeschüchterte Presse und eine fehlende Reform im Ressourcenmanagement. Insbesondere Organisationen wie **Human Rights Watch**, **Freedom House**, **OLUCOME**, OAG oder FORSC, die sensible Themen wie **Korruption** und Menschenrechte thematisieren, sind immer wieder Drohungen und Gerichtsverfahren ausgesetzt. 2010 wurden Mitarbeiter von Human Rights Watch ausgewiesen. 2011 und auch 2012 waren durch offenbar **politische Anschläge** gekennzeichnet, die die Opposition schwächten und Regierungsgegner einschüchterten. Immer wieder wird über Transparenz und Korruption diskutiert, die Bevölkerung zur Vermeidung der Korruption **aufgerufen**. Doch eine große Veränderung der bestehenden Situation ist bislang nicht eingetreten.

Ein hochsensibles Thema in Burundi ist menschenrechtlich gesehen die Verfolgung von **Albinos**. Sie werden als unnützlich angesehen, verfolgt, ausgegrenzt und häufig sogar **ermordet**. Die Extremitäten gelten dabei als **Glücksbringer**, ein brutaler Aberglaube. Die burundische Regierung ergreift nicht genügend Maßnahmen, um diese Praxis einzudämmen.



Medienlandschaft



Presse in Burundi: Die Zeitung IWACU, © Iwacu, Burundi

Die **Medien**, die im regionalen Vergleich bis 2013/2014 als relativ freiheitlich zu bezeichnen waren, werden seit 2015 massiv unter Druck gesetzt. Das "Observatoire de la Presse Burundaise" (**OPB**) veröffentlichte bis 2015 regelmäßig Berichte über die Aktivitäten und die Situation der Medien in Burundi. Seit 2017 ist die Seite jedoch nicht mehr aktiv und die Organisation scheint nicht mehr zu arbeiten. Die "Union burundaise des journalistes" (**UBJ**) und das Centre burundais pour la liberté de la presse (**CBLP**) sind aktiv. Es gibt einige **nationale Zeitungen**, die mehr oder weniger unabhängig berichten können, darunter L'Avenir, **Le Renouveau**, La Nation, **Iwacu**, La Vérité und La Lumière. Seit 2011 sind zunehmend **Meldungen** über die **Einschränkung der Pressefreiheit** und Verhaftungen von Journalisten laut geworden.

Ein neues, im Juni 2013 verabschiedetes Gesetz, schränkte die **Pressefreiheit** erheblich ein und **beschneidet** so mehr und mehr die Berichterstattung. Immer wieder kommt es seitdem zu Behinderungen der Journalisten, auch mit **Polizeigewalt**. Der populäre Journalist **Hassan Ruvakuki** wurde 2013 **inhaftiert**, weil ihm die Komplizenschaft zu Rebellenaktivitäten vorgeworfen wurde, dann im **März 2013** wieder freigelassen. Häufig wird die Pressefreiheit mit der **Begründung** eingeschränkt bzw. Journalisten verhaftet mit der Aussage, Rebellenaktivitäten im Kongo reduzieren zu müssen. Die politische Krise spitzte sich 2014 weiter zu. Der private Radiosender RPA (Radio Publique Africaine) wurde von der Regierung im April 2014 **verboten**. Im Zuge der Unruhen im Zusammenhang mit den Wahlen 2015 wurden öffentliche Radiostationen verwüstet, Journalisten flohen vor Gewalt in die Nachbarländer oder verschwanden in der Folgezeit. Bis heute sind Journalisten stark **gefährdet**. Von Pressefreiheit kann nun **nicht mehr** gesprochen werden, die Journalisten leben in ständiger Angst. Auf der **Rangliste** der Pressefreiheit hat sich Burundi nach drei Jahren Unruhen weiter **verschlechtert**: 2018 lag das Land auf Rang 159 von 180 Staaten.

Blogger im Internet (z.B. bei Twitter) und Fotografen sind vor allem bei der Jugend populär, auch wenn nicht alles uneingeschränkt und frei gesendet wird. Beliebt ist der junge Fotograf **Teddy Mazina**, der die politischen Zustände in Burundi seit 2012 **dokumentiert**.

Das Radio als Informationsmedium ist, wie in vielen ostafrikanischen Staaten, von besonderer Bedeutung. Die meisten national bedeutsamen Nachrichten werden über das Radio verbreitet. Dabei ist die Sprache meist **Kirundi** oder **Französisch** bzw. beides. Es gibt verschiedene Radiosender, sowohl **nationale** als auch regionale, die in Burundi empfangen werden können. Die Sendestation **RTNB** (=

Radio Télévision Nationale du Burundi) ist ein staatlicher kombinierter Radio- und Fernsehsender. Der private Fernsehsender **Télé Renaissance** wurde 2008 gegründet und hat sich die Friedenskonsolidierung zwischen den Ethnien der Hutu und der Tutsi zur Aufgabe gemacht.

Das Internet als Informationsmedium wird nur von ca. **5,5% der Bevölkerung** (2017) **genutzt**. Obwohl dieser Wert in den letzten Jahren stark angestiegen ist, bleibt er jedoch insgesamt niedrig. Und auch hier wird die **Freiheit eingeschränkt**. Insgesamt sind jedoch die Zeitung als gedrucktes Exemplar und das Radio bzw. Fernsehen die hauptsächlichen Pressemedien.



Presse in Bujumbura, © Verni22im (CC BY-NC-ND 2.0)

Zivilgesellschaft

In Burundi wurde eigentlich erst ab 2005 mit der Einführung einer demokratischen Verfassung die gesetzliche Grundlage für zivilgesellschaftliche Tätigkeiten geschaffen. Darin wird unter anderem ausdrücklich die Vereinigungs- und Meinungsfreiheit garantiert. Problematisch blieb jedoch von Beginn an bis heute, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure **nicht ausreichend** in politische Prozesse eingebunden werden. Hier fehlt es an einer Finanzierungsgrundlage, beruflichen Ausbildungen sowie an Basiskompetenzen wie Verhandlungs- oder Dialogmethoden. Die Bedeutung und Aktivität der Zivilgesellschaft ist dabei eng an den Demokratisierungsprozess gekoppelt. Eine Partizipation an Entscheidungsprozessen staatlicher Institutionen durch die Bürger ist daher bisher nur sehr

rudimentär ausgeprägt. Vor dem Hintergrund der Geschichte Burundis, der Bürgerkriegsjahre und der autoritär geprägten Gesellschaft kann von einer realen Beteiligung ziviler Gruppierungen an gesellschaftspolitischen Entscheidungen nicht gesprochen werden. Seit den Wahlen 2010 haben sich repressive Handlungen der Regierung nicht nur gegenüber Oppositionellen, sondern auch der Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen gegenüber verstärkt, die von wiederholten **Behinderungen**, Einschüchterungen oder Inhaftierungen von gesellschaftspolitischen Akteuren und Journalisten berichteten. Der Bericht von Human Rights Watch **2018** sieht bezüglich Demokratie und Pressefreiheit keine wesentlichen Verbesserungen der Gesamtsituation, das Gegenteil ist der Fall. In Bujumbura gibt es jedoch trotz zunehmender staatlicher Restriktionen einige starke Akteure der Zivilgesellschaft wie z.B. die **APDH** (= Association pour les droits de l'homme) oder die **OSCAR** (= Organisation de la Société Civile Appuyées et Renforcées), die ihre Ziele klar und engagiert verfolgen. Sie engagieren sich für Good Governance, den Menschenrechtsschutz, die Förderung von Frauen und Jugendlichen oder die Bearbeitung von Landkonflikten durch die Förderung von Versöhnungsinitiativen und Traumaarbeit. Die Zivilgesellschaft ist für Burundi bedeutend, um demokratische Strukturen aufzubauen, v.a. weil sich in letzter Zeit starke autokratische Tendenzen in der Regierung beobachten lassen. Verschiedene Gewerkschaften, u.a. die COSYBU (Confédération des syndicats du Burundi) organisieren in letzter Zeit Streiks gegen die Politik, die aktuell starke Erhöhung der Nahrungsmittelpreise und die Inflation, außerdem im Bereich der Bildung und der **Energieproblematik**. Diese werden zwar engagiert durchgeführt, aber die Effektivität der NRO in Bujumbura ist trotz ihrer mutigen Arbeit aufgrund der finanziellen Abhängigkeit von externen Gebern und der vermehrten Einschüchterung durch die Regierung eingeschränkt.

Konflikte, Bürgerkriege, Friedenskonsolidierung und Aufarbeitung

Burundi ist seit langem Schauplatz **blutiger Konflikte**, Genozide und Bürgerkriege, die hauptsächlich in ethnisch-sozialen Differenzen und Landstreitigkeiten begründet liegen. Anders als im Nachbarland Ruanda wurden unter den verschiedenen Präsidenten in Burundi nach der Unabhängigkeit 1962 mehrheitlich **tutsi-dominierte Regierungen** geschaffen, die Hutu-Aufstände **niederkämpften** oder Rachefeldzüge von Hutu-Rebellen verhinderten. Immer wieder aufflammende Konflikte zwischen der Mehrheit der Hutu und der Minderheit der Tutsi im Land begleiteten die junge Nation und führten **1993** zu einem Bürgerkrieg, der zwar nicht wie in Ruanda in einen kurzen, aber vernichtenden Genozid an den Tutsi mündete, aber dennoch schreckliche Gräueltaten sowohl gegenüber Hutu als auch Tutsi forderte.

Mehrere **Flüchtlingswellen** erfassten das Land, als die größten Flüchtlingsströme sind die Migration von Tausenden von Hutu-Burundern 1972 nach Tansania zu nennen und die Wanderungsbewegung Tausender Tutsi-Burunder 1993/1994 nach Zaire, der heutigen Demokratischen Republik Kongo. Manche Flüchtlinge fühlen sich trotz jahrelangem Aufenthaltes im Ausland als Burunder und drängen auf die Heimkehr, andere gehen nur auf Zwang hin zurück und sehen sich selbst als ewige Flüchtlinge. Die **Rückführung der Flüchtlinge** stellt Burundi selbst, aber auch die Nachbarstaaten vor **Probleme**. Es kommt immer wieder zu **Gewalt** und Konflikten. Rebellengruppen, die sich größtenteils im Ausland bildeten, versuchen teilweise die jeweiligen Regierungen zu destabilisieren oder politische Entscheidungen zu boykottieren. Darunter befanden sich die **PALIPETHUTU** (1980 in Tansania gegründet - mit ihrem militärischem Flügel, der FNL) oder die **CNDD-FDD**, die seit 2005 den Präsidenten Pierre Nkurunziza stellt. Die **Aufarbeitung** des Genozids in Burundi und die Erinnerung an die zahlreichen Toten findet in Burundi nur wenig statt - zumindest im offiziellen Rahmen. Von der internationalen Öffentlichkeit **viel weniger** im Fokus des Weltgeschehens gesehen als der Genozid in Ruanda, werden die Konflikte im aktuellen Politikumfeld zwar wahrgenommen, die Vergangenheit und die Auswirkungen der Konflikte auf die Menschen selbst jedoch kaum öffentlich aufgearbeitet. Es gibt nur **wenige Dokumente**, die die Gräueltaten auf beiden ethnischen Seiten gleichermaßen berücksichtigen. Manche Journalisten erinnern an 1972, andere eher an 1993.

Der Konflikt der Großen Seen schließt auch Burundi mit ein, auch wenn das Land nicht so wie z.B. Ruanda unmittelbar involviert ist. In der kaum kontrollierbaren Süd-Kivu-Region der DR Kongo werden jedoch auch neben der FNL oder der MSD andere, kleinere **Rebellenbewegungen** vermutet, die im direkten Zusammenhang mit Regierungskonflikten und Anschlägen in Burundi stehen sollen.

Die **Friedenskonsolidierung** wird als Voraussetzung demokratischer und wirtschaftlicher Entwicklung gesehen. Verschiedene Friedensorganisationen sind in Burundi aktiv, z.B. die APD (Action for Peace and Development), die APRODH (Association Burundaise pour la Protection des Droits Humains et des personnes détenues), die **AMEPCI** (Association pour la Mémoire et Protection de l'Humanité contre les Crimes Internationaux) oder die COPA (Coalition for Peace in Burundi) mit mehr oder weniger Aktivität und Erfolg auf dem Friedenssektor. Die innerethnische Verständigung und Versöhnung spielt im Friedensprozess Burundis die wichtigste Rolle. Nachdem allgemein auch offiziell die ethnische Problematik angesprochen und diskutiert werden kann, sind vor allem **Jugendliche** ohne Traumata von Bürgerkrieg und Gewalt auf einem guten Weg in eine friedliche Zukunft. Bedeutend für Stärkung der Konfliktsensibilität der lokalen Bevölkerung ist auch das Einbeziehen der traditionellen Dorfrichter, der **Bashingantahe**, in den Friedensprozess. Die Rückbesinnung auf die traditionellen lokalen und kleinräumigen Konfliktvermeidungsstrategien und Mechanismen der Befriedung verfeindeter Gruppen kann im ländlichen Bereich Burundis als äußerst positiv eingeschätzt werden.

Der seit zwei Jahren andauernde Konflikt stellt bereits erreichte Friedensbemühungen allerdings wieder in Frage. Auch die ethnische Unterscheidung als konfliktauslösendes Moment wird wieder befürchtet. Neuere Ausschreitungen zwischen Hutu und Tutsi entzündeten sich an **Ressourcenkonflikten**: es geht um **Landstreitigkeiten** durch rückkehrende Flüchtlinge oder Zugang zu Wasser und Bildung. Die **Internationale Konferenz der Region der Großen Seen** (= International Conference of the Great Lakes Region = ICRGL) hofft auf eine **Verständigung** der ostafrikanischen Konfliktstaaten - darunter auch Burundi. Auch die Mitgliedschaft in der EAC und die damit verbundene regionale Integration des Landes sind zwar hoffnungsvolle Ansätze, aber in den letzten beiden konfliktreichen Jahren hat es auch hier mehr Spannungen als positive Entwicklungen gegeben. Anders als bei der KSZE existiert in der Region eine Vielzahl von Konflikten und die Initiative der Konferenz kommt nicht von den betroffenen Staaten, sondern von der UN. Auf die **Konfliktforschung** bzw. die Zusammenhänge von Konflikten, Gewalt und politischer Stabilität wird in letzter Zeit sehr viel Wert gelegt. Die Stärkung des Justizsystems und der Zivilgesellschaft sind weiterhin zentrale staatliche Aufgaben Burundis.

Die Flüchtlingsproblematik stellt das Land in der Friedenskonsolidierung vor große Herausforderungen: zwischen 2002 und 2009 sind nach UNHCR-Schätzung 500.000 Flüchtlinge ins Land zurückgekehrt, 2013 bis 2015 flüchteten mindestens 200.000 Burunder aufgrund der konfliktreichen politischen Situation in Burundi in die Nachbarländer wie Ruanda und in den Kongo (DRC). Die seit 2015 andauernde problematische Situation, die nicht nur politische (kritisierte Regierung), sondern auch gesellschaftliche (Flüchtlingsproblematik, Gewalt, Folter, eingeschränkte Pressefreiheit, willkürliche Polizeigewalt usw.), wirtschaftliche (erhöhte Preise für Lebensmittel und Benzin) und soziale (Verschlechterung der Ernährungssituation) Konsequenzen hat, scheint auch für regionale Mediatoren zu komplex zu sein, um schnell gelöst zu werden. Der Konflikt in Burundi **schwelt weiter** - bis heute.



Die texanische Nationalgarde zeigt burundischen Soldaten 2010 best practices im Umgang mit Waffen, © Public Domain



United Nations entwaffnet Rebellen in Süd-Burundi 2005, © United Nations Photo (CC BY-NC-ND 2.0)

Außenpolitik

Die Unterhaltung guter **außenpolitischer Beziehungen** ist für Burundi bedeutsam, da mehr als die Hälfte des Haushaltes von externen Finanzgebern abhängig ist. Die **Europäische Union** ist als bilateraler Partner besonders wichtig. Dabei unterstützt **Belgien** als ehemalige Kolonialmacht Burundi intensiv.

Regional bemühte sich Burundi seit dem Friedensprozess 2009 besonders um gute politische Beziehungen zu den Nachbarländern Ruanda, Tansania und der Demokratischen Republik Kongo, nachdem es Ende der 1990er Jahre zum sogenannten **Afrikanischen Weltkrieg** kam, in dem es v.a. um Rohstoffkonflikte ging. Im **Konflikt der Großen Seen** kommt es jedoch immer wieder auch zu Unstimmigkeiten, wenn es um Rohstofffragen, die **Flüchtlingsproblematik**, v.a. mit Tansania oder **Ruanda** oder politisch-ökonomische Kooperationen geht. **Die internationale Konferenz der Großen Seen** soll auch in Fragen der Rohstoffrechte und Schmuggelverminderung vermitteln. Eine für Burundi eingerichtete **Mission der Vereinten Nationen** bemühte sich um das Fortkommen im Versöhnungsprozess Burundis, wobei auch nach 2009 – als ein großer Schritt in Richtung Aussöhnung und Befriedung durch die Beteiligung der FNL-Rebellengruppen an der Regierung gemacht wurde – nur ein fragiler Friede herrschte. Das UN-Mandat wurde bereits mehrmals verlängert - zuletzt bis zum **Dezember 2014**. Nach der Schließung wurden alle Verantwortlichkeiten der **UNDAF** (Plan Cadre d'Assistance des Nations Unies au Burundi) übertragen. Die seit 2015 konfliktreiche Lage Burundis beunruhigt auch die unmittelbaren Nachbarn des Landes. Im September 2017 wurden 36 burundische **Flüchtlinge** in der DR Kongo ermordet, was die Beziehungen der beiden Länder sehr belastet. Auch die Beziehungen zu Ruanda sind durch die aus Burundi flüchtenden Menschen angespannt. Im April 2018 sendete Ruanda über 1000 Flüchtlinge nach Burundi **zurück**.

Dabei flüchten vor allem **Intellektuelle** nach Ruanda, während die ländliche Bevölkerung eher Tansania als Zielland wählt. Bewaffnete Rebellengruppen in Ruanda und Angriffe, die Kigali Bujumbura zur Last legt, verschlechtern **seit Juli 2018** die Beziehungen zwischen Ruanda und Burundi weiter.

Burundi hat sich sicherheitspolitisch profiliert, indem es 2500 Soldaten für die Friedensmission der Afrikanischen Union in Somalia (**AMISOM**) stellte. Auch durch die Entsendung von Polizeikräften in andere Friedensmissionen übernimmt Burundi trotz erheblicher interner Probleme internationale Verantwortung. 2007 ist Burundi der **East African Community (EAC)** beigetreten, was für die ökonomische **Entwicklung** bedeutsam ist und die politischen Beziehungen zu den Nachbarstaaten festigen soll. Die EAC spielt auch eine besondere **Rolle** in der aktuellen politischen Krise Burundis, indem sie zu vermitteln versucht. Ebenso sind **ICGLR und die AU** aktiv.

Seit 2011 unterstützt das burundische Militär Kenia bei der Bekämpfung der somalischen militanten **al-Shabaab**-Bewegung. Seit den **Anschlägen in Uganda und Kenia 2013** fürchtet auch Burundi Vergeltungsschläge der Gruppe in Bujumbura. Wie einige andere ostafrikanische Staaten hat auch Burundi Ende 2013 Soldaten in die **Zentralafrikanische Republik** entsendet. Intensiver werden die Beziehungen mit der Volksrepublik **China** seit einigen Jahren.

Die **Beziehungen zu Deutschland** sind gut. Die Fortschritte im Versöhnungsprozess durch politische Friedensverhandlungen bis 2004 haben zunächst dazu geführt, dass Deutschland seine Aktivitäten der **Entwicklungszusammenarbeit** im Jahr 2004 wieder aufgenommen hat. Auf die jüngsten Probleme im Land **reagiert Deutschland** jedoch mit der **Kürzung** seiner Ausgaben für Burundi. Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit wird stark von den künftigen politischen Entwicklungen abhängen. Deutschland genießt allerdings generell einen guten Ruf als Partner in der globalen Wirtschaftskooperation und als Vermittler im Friedensprozess. Die kurze Kolonialzeit (1888 - 1916) hat bei den meisten Burundern ein positives Bild der Deutschen und Deutschlands erzeugt.



Die UN in Bujumbura, © Dave Proffer (CC BY 2.0)



B. Cissé, Direktor von UNDP trifft Nkurunziza 2009 in Burundi, © UNDP (CC BY-NC-ND 2.0)



Der südafrikanische Präsident Jacob Zuma besucht Burundi 2013, © GovernmentZA (CC BY-ND 2.0)



B. Cissé, Direktor von UNDP trifft Nkurunziza 2009 in Burundi, © UNDP (CC BY-NC-ND 2.0)



Der südafrikanische Präsident Jacob Zuma besucht Burundi 2013, © GovernmentZA (CC BY-ND 2.0)



Burundische Soldaten in der Zentralafrikanischen Republik, © US Army Africa (CC BY 2.0)



Burundische Soldaten bereiten sich für den Einsatz von AMISOM in Somalia vor, © US Army Africa (CC BY 2.0)

Wirtschaft & Entwicklung

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im März 2019 aktualisiert.)

Burundi zählt zu den ärmsten Staaten der Welt. Die wirtschaftliche Lage ist durch jahrelangen Bürgerkrieg, innenpolitische Instabilität und ethnisch-soziale Spannungen als desolat zu bezeichnen. Zusätzliche Probleme entstehen durch die Flüchtlingssituation, Missernten, hohes Bevölkerungswachstum und eine geringe Industrialisierung.



Frauen pflanzen Tomaten © Eva Biele

Geschätztes BIP

3,81 Mrd US-Dollar (2018)

Pro Kopf Einkommen (Kaufkraftparität)

928 US-Dollar (2018)

Rang der menschlichen Entwicklung (HDI)

Wert: 0,417, Rang 185 (von 187), 2017

Anteil Armut (MPI=Multidimensionaler Armutsindex)
81,8% (2010)

Einkommensverteilung (Gini-Koeffizient)
33,27 (2006) (Rang 180 von 187)

Wirtschaftlicher Transformationsindex (BTI)
Rang 101 von 129 (2018)

Wirtschaftslage und Wirtschaftssystem

Burundi zählt **wirtschaftlich** zu den ärmsten Staaten der **Welt**. Durch jahrelangen Bürgerkrieg, innenpolitische Instabilität und ethnisch-soziale Spannungen ist die Wirtschaft Burundis extrem **geschwächt**. Die Rückkehr und Integration der vertriebenen Flüchtlinge stellt eine zusätzliche Problematik dar. Missernten und die **schlechte Ernährungslage** der Bevölkerung auf dem Land führen dazu, dass ein Großteil der Einwohner (ca. 70-80%) Burundis unterhalb der **Armutsgrenze** lebt. Während sich einige Staaten Afrikas in letzter Zeit weiterentwickeln können - darunter das Nachbarland Ruanda - scheint Burundi seine Probleme nicht in den Griff zu bekommen. Dazu trägt auch die andauernde politische Konfliktsituation seit 2015 bei. 2016 wurde Burundi sogar als **ärmstes Land** der Welt eingestuft. Bei dem multidimensionalen Armutsindex (MPI) von 2010 (aktuellere Zahlen sind nicht verfügbar) rangierte Burundi auf Stufe 99 von 108 Staaten, der HDI (Human Development Index) hat sich seit Jahren kaum verändert (**2017; 0,417**) und veranschaulicht die prekäre Lage Burundis im globalen Vergleich (Rang 185 von 189).

Die **Wirtschaftsentwicklung** wird behindert durch die deutliche Überbevölkerung, die von auftretenden Hungersnöten besonders stark getroffen wird, die sehr geringe Produktivität im **primären Sektor**, v.a. in den östlichen Landesteilen und die stark angespannte politische Situation seit 2015. Die geographische Lage Burundis als Binnenstaat ist ein grundsätzliches Entwicklungshindernis. Hohe Transportkosten sowohl für Im- als auch für Exporte und sich auf die Wirtschaft unmittelbar auswirkende politische Konflikte sind weitere Hemmfaktoren. Der Staat ist bis heute auf internationale Finanzgeber angewiesen und verzeichnet, bis auf wenige Ausnahmen, geringe Investitionen z.B. von wichtigen Handelspartnern wie Südafrika. Die Regierung hat offenbar große Schwierigkeiten, Wachstumsimpulse richtig zu lenken und Finanzmittel langfristig einzusetzen. Auf fast allen Ebenen werden Initiativen der Armutsreduzierung zu gering umgesetzt.

Bodenschätze sind zwar vorhanden (Kobalt, Gold, Uran, Erdöl, **Nickel** und Kupfer), werden aber kaum abgebaut, obwohl eine Intensivierung des Abbaus einen deutlichen Wirtschaftsimpuls zeigen würde. Aber für einen starken Wachstumsimpuls fehlt Burundi eine eigene materielle Ressourcenbasis. Die Industrie konzentriert sich auf die Textil- und Nahrungsmittelverarbeitung. Fast alle wichtigen Infrastrukturprojekte, insbesondere Wasserkraftwerke, sind auf externe Hilfe angewiesen. Der wichtigste Wirtschaftssektor ist die Landwirtschaft, die nur eine sehr **geringe Produktivität** aufweist. Für den Export relevant ist einzig Kaffee, hingegen müssen vor allem Nahrungsmittel und Maschinen eingeführt werden. Faktoren wie eine unvermindert hohe Armutsrate, **mangelnder Zugang zu Bildung** und Arbeit, ein schwaches Justizsystem und eine hohe Korruption sowie die aktuell äußerst schwierige politische Lage behindern die wirtschaftliche Entwicklung. Das Wirtschaftswachstum von ca. **4%** jährlich bleibt weit hinter den Raten der Nachbarländer, wie z.B. Ruanda, zurück. Aufgrund seiner geringen Einbettung in das internationale Finanzsystem blieben die **negativen Auswirkungen** der globalen Finanzkrise aber gering. Burundis Wirtschaft wird zu einem Großteil durch bi- bzw. multilaterale Partner finanziert. Trotz jüngster Fortschritte bei der Verbesserung der

Investitionsrahmenbedingungen bleibt der Privatsektor infolge bürokratischer und politischer Hemmnisse sowie weit verbreiteter Korruption schwach ausgeprägt und kann sich nur **schwer entwickeln**, auch wenn Burundi sich in den letzten Jahren seit dem Beitritt zur East African Community (EAC) darum **bemüht**. Viele Übereinkommen - wie z.B. eine **einheitliche Steuerpolitik** - sind noch zu treffen. Die überwiegend schlechte **Infrastruktur** und der Energiemangel, der sich auch in immer wiederkehrender **Stromknappheit** widerspiegelt, sind weitere Hemmnisse für die wirtschaftliche Entwicklung. Eine **Verbesserung des Straßennetzes** gehört zu den wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre. Die Inflation von gegenwärtig rund 20 Prozent führt zu einer weiteren Verschlechterung der Einkommensverhältnisse der Bevölkerung. Die **Geschäftsbedingungen** in Burundi bleiben anhaltend schlecht (**Doing Business Ranking** 2018: 164 von 190 Staaten, 2019: 168 von 190 Staaten). Auch der Global Competitiveness Index (GCI) zeigt, dass Burundi eine der am wenigsten kompetitiven Volkswirtschaften weltweit ist. Burundi liegt hier 2017/2018 auf Rang **129 von 140 Staaten**.

Burundi hat Ende 2009 im Rahmen der Internationalen **Entschuldungsinitiative** (HIPC) den Completion Point (Vollendungszeitpunkt) erreicht, so dass Schulden von 800 Mio. US-Dollar erlassen wurden. 2008 hatte die starke Erhöhung der Preise für Importöl direkte Auswirkungen auch auf die Nahrungsmittelproduktion, so dass die Preise für Lebensmittel anstiegen. Gleichzeitig verringerte sich die Pro-Kopf-Produktion von Nahrungsmitteln von 120 kg 1996 auf nur 40 kg 2008. Das Benzin wird immer teurer und lag bereits Mitte 2014 bei umgerechnet **1,50 USD**. Im März 2015 gab es zum wiederholten Mal Schwierigkeiten bei der Versorgung mit **Benzin bzw. Treibstoff**, ebenso **im Jahr 2017**.

Durch die konfliktreiche Situation ab 2015 und die Streichung von Hilfsgeldern durch die EU ist die **wirtschaftliche Lage desaströs**, die Nahrungsmittelpreise steigen, **Medikamente** gehen aus. Um die Staatskassen aufzufüllen, erhebt die Regierung höhere **Steuern**, was sich auch auf die Nahrungsmittelpreise auswirkt - ein weiterer Schritt in die Armut vieler Burunder. Die **wirtschaftliche Entwicklung** hat zwar einige positive Aspekte, mehrheitlich jedoch negative Prognosen vorzuweisen. Nach dem Referendum von 2018 verzeichnet die Wirtschaft **weitere Einbußen**. 2019 wird ein weiterer **Anstieg** der Staatsverschuldung prognostiziert.



Gitega Kaffeeabrik, © Dave Proffer (CC BY 2.0)

Wirtschaftssektoren



Landwirtschaftlicher Hackbau auf dem Land, © Eva Biele

Landwirtschaft

In Burundi leben über 90% der Bevölkerung von der **Landwirtschaft**, zum größten Teil wird Subsistenzwirtschaft betrieben. Burundis Landwirtschaft ist **wenig produktiv** und hat sich mit einer Vielzahl von **limitierenden Faktoren** auseinanderzusetzen. Die Produktion ist zwar in den letzten Jahren insgesamt **gestiegen**, doch durch Bevölkerungswachstum, Subsistenzwirtschaft und wenig Technologie in der Landwirtschaft haben heute **weniger Einwohner** genügend zu essen als früher, d.h. die Pro-Kopf-Produktion ist gefallen.

Das Land lässt sich in verschiedene Agrarzonen einteilen, je nach klimatischer und bodenökologischer Ausstattung. Hauptanbauprodukte sind Bananen, Maniok, Mais,



Rinder am Straßenrand, nördliche ländliche Gebiete, © Eva Biele

Kartoffeln, Süßkartoffeln und Reis. Für den **Export** werden hauptsächlich **Kaffee** und **Tee** angebaut. Der **Baumwollanbau** ist in den letzten Jahren stark reduziert worden. Burundis Landwirtschaft ist kaum diversifiziert. Da die Devisenerwirtschaftung einseitig vom Hauptexportprodukt Kaffee abhängig ist, spürt die Wirtschaft Burundis die Preisschwankungen auf dem Weltmarkt unmittelbar. Der Teeanbau wird in den letzten Jahren - ähnlich wie in Ruanda - **bedeutender**, kann sich auf dem Weltmarkt jedoch **kaum behaupten**. Kaffee- und Teeanbau werden überwiegend in kleinbäuerlicher Produktion angebaut. Die Teewirtschaft erwägt die Privatisierung, hat aber noch Anlaufschwierigkeiten, während der **Kaffeesektor** auf dem Weg dorthin ist. Kaffee ist das **Hauptexportprodukt** des Landes - 80% des Exportes wird durch Kaffee bestritten. Die Exportlandwirtschaft ist insgesamt durch natürliche, aber auch politisch schwierige Situationen **fragil** in ihren Produktions- und Absatzzahlen.

Die naturräumlichen Bedingungen der Landwirtschaft erlauben zwar meist zwei Ernten im Jahr, doch durch den **Klimawandel**, durch verstärkte **Dürreperioden** im Osten Burundis und die doch zum Teil nur **mäßig fruchtbaren Böden** bleibt die Produktion insgesamt gering. Krankheiten einzelner Kulturpflanzen wie **Bananen** oder **Maniok**, der Preisanstieg für Nahrungsmittel in den letzten Jahren und die **Inflation** gefährden die Produktion und verschlechtern die Ernährungssituation der Bevölkerung zusätzlich. **Agrobusiness** ist kaum verbreitet. Dort, wo sich der Anbau aufgrund von klimatischen und bodenökologischen Bedingungen lohnt, sind häufig **Bodenerosion** oder eine schlechte Infrastruktur zum Verkauf von Überschussprodukten limitierende Faktoren der Landwirtschaft.

Die **Viehzucht**, v.a. die Rinderhaltung ist kaum entwickelt, hat aber noch traditionelle Bedeutung. Kleinbauern halten häufig Ziegen, die die Fleischversorgung im ländlichen Bereich garantieren. Ziegenmilch wird aus traditionellen Gründen nicht konsumiert.

Die landwirtschaftliche Nutzfläche pro Einwohner nimmt ab. Diese Problematik wird sich angesichts des hohen Bevölkerungswachstums weiter verschärfen. Die **Nahrungsmittelproduktion** wird außer durch naturräumliche Hemmfaktoren auch durch regionale Konflikte und die Rückkehr von Flüchtlingen erschwert. Die **Ernährung** der Bevölkerung wird zunehmend zum Problem, v.a. in den **ländlichen Bereichen**. Rund ein **Drittel** der

Bevölkerung sind ständig von Hunger bedroht. Die Folgen vor allem für Kinder **unter 5 Jahren** sind dramatisch - eine gesunde Entwicklung wird stark beeinträchtigt. Lösungsansätze sind z.B. die Integration der **Fischzucht** in das ländliche Produktionssystem oder die verstärkte Hühnerproduktion. Aber auch hier gibt es Probleme, wenn Krankheiten auftreten. Die Regierung versucht neuerdings, die landwirtschaftliche Produktion durch Subventionen mit chemischem Dünger zu erhöhen - Kritik an dieser Art der Produktionssteigerung wird jedoch von jenen laut, die die ökologische Landwirtschaft als einzige langfristig wirksame Alternative sehen.

Das galoppierende Bevölkerungswachstum macht es unbedingt notwendig, in der landwirtschaftlichen Produktion **neue Wege** zu finden, genügend Nahrungsmittel für die burundische Bevölkerung zu produzieren, um nicht vollständig von externen Lebensmittellieferungen abhängig zu werden. Es bestehen Zusammenhänge zwischen Landwirtschaft, Umwelt und Konflikten. Nur wenn es gelingt, in die Landwirtschaft zu **investieren** und die Bevölkerung dauerhaft zu ernähren, werden **Konflikte gemindert** und die Umwelt geschützt werden können.



Die Teeproduktion auf Plantagen, © Trade for Development (CC BY-NC-ND 2.0)



Trocknen von Kaffeebohnen, © couterculturecoffee (CC BY-NC-ND 2.0)



Die Teeproduktion auf Plantagen, © Trade for Development (CC BY-NC-ND 2.0)



Trocknen von Kaffeebohnen, © couterculturecoffee (CC BY-NC-ND 2.0)



Teeanbau in Burundi, © Eva Biele



Ziegen im kleinbäuerlichen Bereich sind von großer Bedeutung, © Eva Biele



Teeanbau in Burundi, © Eva Biele



Ziegen im kleinbäuerlichen Bereich sind von großer Bedeutung, © Eva Biele

Industrie

Insgesamt sind nur ca. 2 % der Bevölkerung in der Industrie beschäftigt. Der Bergbau beruht auf dem Abbau geringer Mengen an Gold und Kassiterit, einem Zinnerz. Bedeutende Uran-, Nickel- und Torfvorkommen wurden wirtschaftlich noch nicht genutzt, obwohl größere Vorkommen an **Bodenschätzen** vermutet werden. Das soll sich in Zukunft aber ändern: Burundi setzt ab 2018 verstärkt auf den **Bergbau** in der Wirtschaftspolitik. Dabei sind potenzielle Partner v.a. Europa, China und Länder der EAC, wobei Ruanda eine Sonderrolle einnimmt. Die Zusammenarbeit mit Ruanda im Bereich des Bergbaus war geplant, ist aber vor dem Hintergrund der aktuellen Spannungen beider Länder wieder in die Ferne gerückt.

Die verarbeitende Industrie in Burundi beschränkt sich weitgehend auf die Erzeugung von Agrarprodukten, darunter besitzt die Bierindustrie einen hohen Stellenwert bzw. ist wirtschaftlich von Bedeutung. Weitere Erzeugnisse sind **Textilien**, Zucker aus **Zuckerrohr**, Zement und Insektenvernichtungsmittel. Die Industrie **leidet** v.a. unter dem Infrastrukturproblem und unter dem Energiemangel, der eine kontinuierliche und lukrative Produktion unmöglich macht. **Potenzielle Investoren** scheuen bis heute die politische Unsicherheit im Land, Stabilität und Sicherheit sind grundlegende Voraussetzungen für eine dynamische industrielle Entwicklung.



Industrieviertel in Bujumbura, © Dave Proffer (CC BY 2.0)

Dienstleistungssektor

Der Dienstleistungssektor ist für die **burundische**



Burundi präsentiert sich auf der ITB in Berlin, 2012,
© Burundi Safari & Souvenirs

Wirtschaft von nur sehr untergeordneter Bedeutung. Ca. 4% der Bevölkerung arbeitet im Bereich der Dienstleistungen, allerdings ist der **informelle Sektor** als wesentlich zu bezeichnen. Obwohl Burundi über einen vielfältigen Naturraum mit überwältigender Flora und Fauna verfügt, ist der Tourismus aufgrund der politischen Instabilität und der infrastrukturellen Mängel nur wenig ausgebaut. Die Regierung bemüht sich jedoch, potenzielle Touristen auf Burundi aufmerksam zu machen, z.B. mit einer visuell schön gestalteten Seite der offiziellen Tourismusbehörde und mit Werbung bei der jährlichen ITB in Berlin.

Investitionen im Tourismus sollen die Wirtschaft ankurbeln. Das Land wird auch per **Film** dargestellt. Dabei ist es eine Attraktion, ein noch sehr ursprüngliches Land anbieten zu können. Die Infrastruktur in den Nationalparks und Naturreservaten wird zwar langsam wieder aufgebaut, doch muss sich der Tourist noch auf viele Unvorhersehbarkeiten einstellen. Die größten **drei Nationalparks** locken mit einer noch unberührten Natur, man könnte hier durchaus von einem Ökotourismus sprechen. Es gibt mittlerweile einige gehobene **Hotels** und Restaurants in Burundi, die meisten davon in Bujumbura oder in der Umgebung der Nationalparks. Außerdem lohnt ein Besuch der Museen, des islamischen Kulturzentrums und des ausgezeichneten Marktes in Bujumbura. Der Tanganjikasee bietet eine Vielzahl von Wassersport- und Erholungsmöglichkeiten. Andere Sehenswürdigkeiten sind die alten Königsstädte Muramvya und Gitega. Die schwierige politische Situation ist ein großer Nachteil für den noch jungen Tourismus.

Wirtschaftspolitik und Entwicklungspotenzial



Der Beitritt Burundis zur **East African Community (EAC)** 2007 war ein wichtiger Schritt zur wirtschaftlichen Entwicklung des ostafrikanischen Kleinstaates. In der EAC ist Burundi das wirtschaftlich **schwächste Glied** und liegt auch in der Infrastruktur und im Entwicklungsstand weit hinter den anderen Mitgliedstaaten zurück. Die Situation hat sich seit 2015 weiter verschlechtert. Ein **gemeinsamer Markt** der fünf Mitgliedstaaten existiert seit 2010. Dadurch soll der Warenaustausch erleichtert werden, eine

Niederlassungsfreiheit für Arbeitskräfte ist geplant. Nach dem Vorbild der EU sollte es sogar eine **gemeinsame Währung** geben. Das Datum der **Einführung 2012** konnte hier aber nicht eingehalten werden: Kenia fürchtete z.B. als wirtschaftsstärkste Kraft in Ostafrika finanzielle Nachteile, Burundi kann durch die politische Situation dem starken wirtschaftlichen Wettbewerb nicht standhalten. Die Pläne der gemeinsamen Währung wurden auf Eis gelegt. Neuere Überlegungen erwägen eine **Einführung 2024**. Positive kurz- und mittelfristige Auswirkungen der Zollunion der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) sind bis heute nur wenig spürbar. Eine echte Integration des Landes in die Wirtschaftsunion findet nur **unzureichend** statt. Deutlich wird, dass Burundi seine Reformanstrengungen deutlich erhöhen muss, um in der Konkurrenz mit den anderen Mitgliedstaaten nicht abgehängt zu werden bzw. von der Integration profitieren zu können. Allerdings bietet die EAC die Möglichkeit der verbesserten regionalen Integration und Chancen auf eine effizientere wirtschaftliche Entwicklung in Burundi, z.B. auf dem Kaffeesektor. 2008 hat Burundi bescheidene Anstrengungen unternommen, den Kaffeesektor zu reformieren und zu privatisieren, doch bis heute sind hier wenig Exportsteigerungen verzeichnet worden. Bislange konnte Burundi seine Interessen innerhalb der EAC nicht vehement genug einfordern, was nicht zuletzt auch an der **englischen Verhandlungssprache** liegen mag.

Burundi ist Mitglied in der Afrikanischen Union und der **NEPAD**. Die NEPAD (= Initiative New Partnership for Africa's Development) wurde 2001 von den Staats- und Regierungschefs der "Organisation für Afrikanische Einheit" ins Leben gerufen. Damit verpflichteten sich die Staaten Afrikas zu Demokratie, Einhaltung der Menschenrechte, Good Governance und stabiler Wirtschaftspolitik. 2009 hat Burundi das Programm CAADP (= Comprehensive Africa Agriculture Development Programme), in Französisch PDDAA (= Programme détaillé de développement de l'agriculture en Afrique) unterschrieben, in dem die Staaten Ostafrikas durch die Initiative der NEPAD auf dem Agrarsektor gemeinsame Anstrengungen zu einer Verbesserung der Produktivität vereinbaren. Das CAADP wird durch die **COMESA** gesteuert.

Burundi hat Anfang 2017 die Mitgliedschaft bei der **SADC** (Southern African Development Community = Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika) beantragt. Gründe sind wohl wirtschaftlicher als auch politischer Natur. Zuletzt hatte Burundi sich

sehr zurückhaltend gegenüber der EAC verhalten, denn auch die EAC äußerte sich kritisch zu der politischen Situation in Burundi. Doch aufgrund stockender Friedensgespräche im Februar 2017 wird Burundi wohl länger auf den Eintritt in die SADC warten müssen. Im August 2017 stockten die Gespräche. Es bleibt abzuwarten, wann die Verhandlungen wieder aufgenommen werden.

Burundi möchte seine Wirtschaft und Verwaltung modernisieren, indem der Fokus auf die Stärkung staatlicher Institutionen und Verbesserungen im Infrastrukturbereich gelegt wird. Auch der Tourismus soll nachhaltig gefördert werden. 2010 wurde die National Public Finance Management Strategy auf den Weg gebracht, die Burundi bei der Reduzierung der Inflation und der Erhöhung von Steuereinnahmen unterstützen soll. Burundi hat als entwicklungspolitisches Ziel die Vision 2025 verabschiedet, in der als Hauptbereiche die Verbesserung des Justizsystems, die Transformation der Wirtschaft, die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Vereinbarkeit von Landmanagement mit Naturschutz angestrebt werden. Große Anstrengungen unternimmt Burundi in der Armutsbekämpfung. Außerdem wirbt Burundi für Investitionen aus aller Welt, verbessert Konditionen im eigenen Land für Exporte und versucht, das doing business kleinerer Unternehmer zu stärken. Viele sehen Burundi auf einem guten Weg in eine bessere wirtschaftliche Zukunft, doch die Entwicklung wird stark von der Kontinuität der innenpolitischen Stabilität und der regionalen Integration in die EAC sowie der Demokratieentwicklung gesteuert werden. Burundi hat sich in der Vergangenheit hoch verschuldet. Das Verschuldungsproblem bremste die wirtschaftliche Entwicklung und das Interesse an Investitionen in dem kleinen ostafrikanischen Staat. 2009 erhielt Burundi einen Schuldenerlass im Rahmen der HIPC-Initiative von ca. 800 Mio. US Dollar. Trotz der relativ geringen Kreditwürdigkeit und der Gefahr der Überschuldung des Landes hat Burundi Ende 2011 neue Kredite vom IMF zum Bau eines Staudammes erhalten, um seinen Energiemangel zu decken bzw. die Infrastruktur zu verbessern.

Insgesamt wird es darauf ankommen, grundlegende strukturelle Probleme, die die Herausbildung einer funktionierenden Marktwirtschaft behindern, abzubauen: dazu zählt die vorherrschende Subsistenzwirtschaft zugunsten anderer Beschäftigungsmöglichkeiten zu verringern, das niedrige Einkommensniveau der

dispers lebenden Bevölkerung anzuheben, die Aufsplitterung von Grund und Boden zu verhindern, Anreize für Investoren zu schaffen, die Wirtschaft insgesamt zu diversifizieren, ökologische Probleme zu erkennen und zu bekämpfen sowie die Abhängigkeit von Rohstoffen auf dem Weltmarkt abzubauen. Dies alles gestaltet sich als gewaltige Aufgabe für das Land und erschwert die wirtschaftliche Transformation Burundis in dem Maße, in dem auch die politische Stabilität und Rechtsstaatlichkeit nur geringe Fortschritte macht. Da der Wert des burundischen Franc hauptsächlich von externen Finanzströmen bzw. deren Schwankungen abhängt, kann auch die Wirtschaft insgesamt auf finanzielle Probleme nur schwer reagieren, so dass die Inflation dadurch wiederum auch die Erholung der Wirtschaft erschwert. Seit 2009 existiert in Burundi eine Steuerbehörde, die OBR (Office Burundais des Recettes). Trotz Korruptionsschwierigkeiten scheint die Arbeit des Instituts langsam Früchte zu tragen. Es bleibt abzuwarten, wie die Steuereinnahmen im Staatshaushalt eingesetzt werden.

Die politischen Unruhen 2015 haben der Wirtschaft Burundis stark geschadet. Ausländische Investitionen und Zahlungen der Entwicklungszusammenarbeit wurden gesenkt oder ausgesetzt. Die Regierung hat Schwierigkeiten, die Gehälter von Staatsbeamten weiter zu zahlen und auch der Export von Kaffee wird durch die Unruhen eingeschränkt. Die von der Europäischen Union beschlossene Aussetzung der finanziellen Unterstützung der Regierung im März 2016 bedeutet für die burundische Wirtschaft einen empfindlichen Rückschlag.

Handel und Handelsbilanz

Burundi verzeichnet in seiner Handelsbilanz einen hohen Importüberschuss. Maschinen, Investitionsgüter und Fahrzeuge werden importiert. Exportiert werden im Wesentlichen nur Kaffee und Tee, die zudem auf dem Weltmarkt starken Preisschwankungen unterliegen. Daneben werden noch Gold und Bier exportiert. Die zentralafrikanische Binnenlandlage ist ein stark limitierender Faktor für den wettbewerbsfähigen Handel Burundis mit dem globalen Markt. Transporte werden hauptsächlich mit Lastwagen auf der Straße bis Dar-Es-Salaam in Tansania abgewickelt. Burundi importiert in der Regel sechs bis acht Mal so viel wie es exportiert - ein Handelsungleichgewicht, das selbst im afrikanischen Kontext extrem hoch ist. Die Einfuhren sind aktuell wegen der angespannten politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Lage stark rückläufig.

Wichtige Abnehmerländer sind mit 60% die Arabischen Emirate, daneben in Asien Pakistan und China, in Afrika Ruanda und Kenia, in Europa Deutschland, Schweden, Frankreich, Belgien-Luxemburg. In die USA wird insgesamt relativ wenig exportiert. Aufgrund der politischen Spannungen dürften die Handelsbeziehungen zu Ruanda mittlerweile sehr viel geringer

ausfallen. **Importiert** wird hauptsächlich aus Afrika (Ruanda, Tansania, Uganda), Asien (China, Indien) und aus Europa (Belgien, Niederlande, Frankreich, Deutschland).

Die logistische Leistungsfähigkeit, die für eine nationale Wirtschaft von Bedeutung ist, ist in Burundi so schlecht wie nirgendwo sonst auf der Welt. Der **Logistic Performance Index** ist zwar für viele andere ostafrikanische Staaten niedrig, aber Burundi hat vor allem mit dem Transportproblem für Im- und Exporte zu kämpfen. Bei der Kalkulation von Einzelhandelspreisen machen die Transportkosten mit fast der Hälfte den Großteil der Kosten aus. Es ist nicht abzusehen, dass sich die Transitkosten in Zukunft verringern werden.

Burundi ist Mitglied in verschiedenen multilateralen bzw. internationalen Organisationen wie z.B. der **African Union**, der **WTO**, der **Weltbank**, der **Afrikanischen Entwicklungsbank**, der **COMESA** - Common Market for Eastern and Southern Africa, der **EAC** - East African Community (seit 1.7.2007), der CPGL (Economic Community of Great Lakes Countries) und der EU-AKP. Die **regionale Kooperation** ist für Burundi fast ebenso bedeutsam wie die internationale Einbindung in das globale Handelsgeschehen. Da durchgreifende marktwirtschaftliche Reformen, die die wirtschaftliche und soziale Perspektive für Burundi verbessern könnten, bislang nur zögerlich angelaufen sind, bleibt auch die Handelsbilanz weiterhin negativ. Es gab Projekte für gemeinsame Verbesserungen, z.B. bei der **Infrastruktur**, aber im Zuge des politischen Konflikts haben sich z.B. die Kontakte zu Ruanda stark verschlechtert. Außerhalb der East African Community möchte Burundi auch den Handel mit der **DR Kongo** und **Kongo-Brazzaville** ausbauen. Durch die Regionalkonflikte im Gebiet der Großen Seen sind die politischen Beziehungen zur DRC (Demokratische Republik Kongo) aber schwierig, worunter auch die wirtschaftliche Kooperation leidet. Gute Handelsbeziehungen bestehen zu den Vereinten Arabischen Emiraten, Saudi-Arabien, **Kenia**, Uganda, (immer noch) der **EU** - u.a. Frankreich, Belgien und Deutschland - daneben Kanada und **China**.

Entwicklung und Entwicklungspolitik

Von den Millennium Development Goals (MDGs) zu den Sustainable Development Goals (SDGs)

Burundi hatte sich - wie alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen - verpflichtet, bis 2015 die **Millennium Development Goals** zu erreichen. Die **Armutsbekämpfungsstrategie** (inklusive mehrerer **Aktualisierungen**) ist dabei das Instrument der Umsetzung. Allerdings bietet diese Strategie keinen zentralen Orientierungsrahmen für die Politik der burundischen Regierung. Und so ist die **Umsetzung** schwierig. Auch **Teilziele** werden nur in geringem Maße erreicht. Ein positiver Ausblick ist, dass die Rahmenvereinbarungen bzw. deren Umsetzung und Monitoring stärker als bisher in die Regierungsprogramme integriert werden sollen. Leider schafft es Burundi jedoch bis heute **nicht**, die Gesamtziele zu verwirklichen; zu groß sind die Defizite in den meisten Bereichen. Burundi hat keines der MDGs erreicht. Die größten Probleme bestehen in der Beseitigung der extremen **Armut** und des Hungers sowie in der Bildung und im **Umweltschutz**. Dabei scheint z.B. auch die **Bevölkerungsdynamik** als Thema der Entwicklungspolitik in Vergessenheit geraten zu sein: die Bevölkerung in Burundi wird sich bei ungebremsstem Wachstum bis 2050 auf ca. 15 Mio. fast verdoppelt haben. Auch im Gesundheitsbereich sind bislang nur wenig Fortschritte gemacht worden. Die **HIV-Aids-Rate** ist zwar gesunken, aber die **Malariafälle** sowie die **Kinder- und Säuglingssterblichkeit** und die Müttersterblichkeit (**MDGs 4 und 5**) gingen im Vergleich zu 2000 und 2005 kaum zurück. Die Einführung einer freien Gesundheitsversorgung für Schwangere und Kinder unter fünf Jahren wird nur dann positive Effekte zeigen können, wenn gleichzeitig Anstrengungen zur Verbesserung der Qualität und Quantität der Gesundheitsversorgung unternommen werden. Um stärkere Fortschritte bei den MDGs zu erreichen, ist weiterhin ein höheres, breitenwirksames

Wachstum in Burundi erforderlich. Nationale Strategien werden durch verschiedene Initiativen nationaler NGOs unterstützt. Die **Wasser- und Sanitärverbesserung** ist dabei ein Fokus staatlicher und internationaler Entwicklungsziele, aber auch hier fehlen nachhaltige Fortschritte. Nur etwas über die Hälfte der Bevölkerung hat Zugang zu **sauberem Trinkwasser**. Auch die **SDGs** (Sustainable Development Goals) zeigen für Burundi einen schlechten Rang, z.B. bei der Armutsbilanz, die die schlechteste in ganz Ostafrika ist. Die politische Situation seit 2015 hat auf die Entwicklung einen stark negativen Einfluss. Die Regierung ist jedoch **gewillt**, Schritte in die Realisierung der SDGs einzuleiten und dafür auch Geld in die Hand zu nehmen.

Friedenskonsolidierung

Frieden und Stabilität in Burundi sind **fragil**, aber von entscheidender Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Trotz positiver Entwicklungen, wie den **Friedensverhandlungen 2002**, der Wahlen 2005 und des Friedensschlusses mit der letzten Rebellengruppe FNL in 2009, bleibt das Land von den langfristigen Folgen des jahrelangen Bürgerkriegs und politischer Instabilität **beeinträchtigt**. Die Fragmentierung der Parteienlandschaft, **Gewaltbereitschaft** und **Feindbilder** sind große **Probleme** für die Friedensperspektive. Die **Friedenskonsolidierung** bzw. die Unterstützung des Friedensprozesses haben sich verschiedene internationale Organisationen zur Aufgabe gemacht, da nur durch einen dauerhaften Frieden und Stabilität die wirtschaftliche Entwicklung Burundis und der gesamten zentralafrikanischen Region gesichert werden kann. Der Frieden in Burundi ist dabei stark von der regionalen Verständigung mit den Nachbarstaaten - wie der Demokratischen Republik Kongo oder Ruanda - abhängig. Dabei ist die Problematik der Instrumentalisierung von Konflikten, die **Rekrutierung von Kindersoldaten** und der in der Bevölkerung weit verbreitete **Waffenbesitz** bzw. der Waffenhandel immer noch sehr Besorgnis erregend. Der **Anfang des Jahrtausends** noch hoffnungsvoll erwartete Frieden hat sich **nicht erfüllt**.



Burundisches Flüchtlingscamp in Nord-Kivu (DRC) © European Commission DG ECHO (CC BY-NC-ND 2.0)

Ausländische bzw. multilaterale Kooperationen



Übersicht zu den staatlichen Leistungen der wichtigsten bilateralen Partner © OECD/DAC: Aid at a glance charts by recipient

Burundi ist stark von bi- und multilateralen Gebern der internationalen Gemeinschaft abhängig. Die **Entwicklungszusammenarbeit** hat einen hohen Anteil an der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Burundis. Die OECD unterstützt Burundi seit der Jahrtausendwende in verschiedenen Bereichen. Auch die Aktivitäten des **UNDP/PNUD** und des **IFAD** sind außerordentlich wichtig für das Land. Für die Aufrechterhaltung der elementaren staatlichen Funktionen in Burundi ist die Unterstützung durch die African Development Bank Group (**AfDB**), die **Weltbank**, die **EU** (2011, 30,9 Mio. Euro durch die COMESA; das Projekt PIN = **Programme Indicatif National** mit voraussichtlich 432 Mio. Euro für den Zeitraum 2014-2020) und die **USAID** bedeutsam, denn über die Hälfte des burundischen Staatshaushaltes werden von externen Finanzgebern getragen. Dabei ist die EU einer der größten Finanzgeber. Aber auch Belgien, **Norwegen**, die **Schweiz**, **Japan** oder **Frankreich** unterstützen Burundi. Die Beziehungen zu **China** werden intensiver. Gegenseitige **Erleichterungen** im Visaverkehr sollen die Aktivitäten zwischen China

und Burundi fördern. Die FAO - kofinanziert durch die EU - hilft Burundi im landwirtschaftlichen Bereich, die **UNICEF** bei der Unterstützung von Kindern und die **WHO** im Ernährungs- und Gesundheitsbereich. Deutschland konzentriert sich auf die Wasser- und Sanitärversorgung. Im Finanzmanagement hat Burundi auf Drängen der Geberländer einige Fortschritte gemacht, doch bleibt das Problem der Korruption fast unverändert stark. Auch der **IMF** ist in Burundi sehr aktiv.

Die internationalen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit sind in Burundi sehr bedeutend im Bereich der Armutsreduzierung, der Nothilfe oder der Unterstützung im Bildungs-, Gesundheits- und Wirtschaftsbereich auf lokaler Ebene. Im September 2018 irritiert Nkurunziza die internationale Gemeinschaft mit seiner Ankündigung, die Arbeit vieler NGOs zunächst für 3 Monate **zu stoppen**, da sie nicht das 2017 in Kraft getretene Gesetz über Freilegung der Finanzen und ethnische Quotenregelung korrekt anwenden.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit

Deutschland war mit ca. 50 Mio. € insgesamt (für den Zeitraum 2014/2015) bisher ein mittlerer bilateraler Geber. Es wurde eine Reihe von Schwerpunkten unterstützt, bei denen von 2000-2011 rund 181 Mio. US-Dollar ausgegeben wurden. Aufgrund der negativen politischen Entwicklungen hat Deutschland die Regierungsverhandlungen 2015 jedoch bis auf weiteres verschoben und die Zusammenarbeit mit der burundischen Regierung **ausgesetzt**. Nur die Aktivitäten, die direkt der Bevölkerung zugutekommen, werden weitergeführt. Auch im Rahmen der **finanziellen Zusammenarbeit** gab es seit 2015 keine neuen Zusagen.

Im Schwerpunkt Wasser ist Deutschland bisher noch der federführende und größte Geber (GIZ). Die **GIZ** hat ihre Aktivitäten in Burundi 2002 wieder aufgenommen, von 1996 an ruhte die Zusammenarbeit. Aber erst 2005 begann man mit intensiveren Projektaktivitäten. Dabei konzentriert sich die GIZ auf die Verbesserung der **Wasser- und Sanitärversorgung**. Daneben existieren u.a. Projekte zur **Dezentralisierung und Armutsbekämpfung**, zur **Förderung von Frieden und Sicherheit in der EAC**, zur **regionalen Integration Burundis** und zur **Unterstützung der Internationalen Konferenz Große Seen**. In der Provinz Bujumbura Rural fördert das BMZ die Ernährungssicherheit und den sozialen Zusammenhalt. Gemeinsam mit dem ZFD und UNICEF wird zudem an einem psychosozialen Versorgungssystem für traumatisierte Frauen und Kinder gearbeitet. Seit 2011 arbeitet GIZ International Services im Auftrag der holländischen Regierung an der Reform des burundischen Sicherheitssektors mit. In **Kooperation** mit dem Zivilen Friedensdienst (**ZFD**) werden auch sozialintegrative Maßnahmen wie "Fußball für den Frieden" organisiert. Am ZFD sind auch die deutschen EZ-Organisationen **Eirene**, der **Weltfriedensdienst** und die **AGEH** **beteiligt**. Im Programm **Weltwärts** sind seit 2009 immer wieder Jugendliche in verschiedenen Projekten in Burundi aktiv. Seit 2013 engagiert sich die GIZ für zwei neue Vorhaben: zum einen handelt es sich um die regionale Unterstützung der Zentralafrikanischen Waldkommission (**COMIFAC**), zum anderen um die Stärkung der **Gesundheitsstrukturen** für die Familienplanung sowie für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte. Die **BGR** engagiert sich im Bereich des Schutzes von Grundwasserressourcen und der Verbesserung der Trinkwasserversorgung.

Eine Vielzahl von Spendenorganisationen sind in Burundi aktiv, z.B.

- Burundikids
- Patenschaft der Stadt Albstadt
- Projekt Human Aid
- Liebenzeller Mission
- SOS-Kinderdorf
- Caritas
- Muslime helfen
- Ora Kinderhilfe

Mit dem Land Baden-Württemberg verbindet Burundi eine **Partnerschaft**, die in den letzten Jahren **wiederbelebt** wurde. 2013 förderte das Land Baden-Württemberg ein **Klimaschutzkonzept** in Burundi durch die Bereitstellung von Geldern zur Anpflanzung von Bäumen und zur Verbesserung der Energienutzung. Auch die **Welthungerhilfe** und die **Sparkassenstiftung** sind in Burundi sehr aktiv.



Der Bau von Brunnen durch das Rote Kreuz, © Laurent De Ruyt



Das Rote Kreuz in Burundi, © Laurent De Ruyt



Der Bau von Brunnen durch das Rote Kreuz, © Laurent De Ruyt



Das Rote Kreuz in Burundi, © Laurent De Ruyt

Gesellschaft & Kultur

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im März 2019 aktualisiert.)

Die Gesellschaft Burundis zeigt eine starke Stadt-Land-Differenzierung mit Armut und Hunger in ländlichen Bereichen und einer städtischen, materiell besser gestellten, jedoch nur kleinen Bevölkerungsschicht. Überwiegend dem christlichen Glauben angehörend, ist die Gesellschaft tolerant gegenüber anderen Religionen. Die Bildungssituation ist immer noch als schlecht zu bezeichnen.



Kinder auf dem Land, © Eva Biele

Anteil alphabetisierte Erwachsene
59% (2019)

Bedeutende Religionen
Christlich 78 %, Islam 3-4%, andere Religionen

Städtische Bevölkerung
12,67 % (2017)

Lebenserwartung
60,5 Jahre (2016)

Gender Inequality Index (GII)
Rang 114 von 160 (2017)

Geburtenrate pro 1000 Einwohner
41,5 (progn. 2020)

Kindersterblichkeit
63,4 pro Tausend Lebendgeburten (2014)

Soziale Struktur

Volksgruppen oder Ethnien

Ähnlich wie in Ruanda leben in Burundi drei unterschiedliche Volksgruppen oder Ethnien: die **Hutu**, die zahlenmäßig die größte Gruppe darstellen (ca. 80%) und zu den Bantu-Völkern gehören, die **Tutsi**, eine Minderheit von ca. 10-15% wahrscheinlich nilotischen Ursprungs und die **Twa**. Letztere stellen mit ca. 1-2% nur noch eine **Randgruppe** dar, gelten aber als die eigentlich ursprüngliche Bevölkerung Zentralafrikas. Die Twa oder Batwa sind heute eine Randgruppe, die von den beiden anderen Volksgruppen **marginalisiert** wird. Ursprünglich Jäger und Sammler, haben die Twa diese Lebensweise bis in das 20. Jahrhundert hinein beibehalten. Seit in den 1970er Jahren das Jagen in Burundis ohnehin bereits sehr stark gerodeten Wäldern offiziell verboten wurde, konnten die Twa diese Tradition nicht mehr fortführen. Sie leben häufig in separaten Vierteln und bestreiten ihren oftmals kargen Lebensunterhalt mit Betteln, Prostitution oder einfachen Arbeiten. Man **versucht** in den letzten Jahren, die Rechte der Twa zu stärken und Vorurteile abzubauen. Historisch ist der **Konflikt** zwischen den Hutu und Tutsi um politische Vormachtstellung und wirtschaftliche Ressourcen eine der **Hauptursachen** der Genozide in Ruanda, aber auch in **Burundi**.

Die Verwendung des Begriffs der Ethnie ist wissenschaftlich nicht korrekt. Denn Ethnien unterscheiden sich in vielen Bereichen. Die Menschen in Burundi jedoch sprechen die gleiche Bantusprache Kirundi, bilden eine gemeinsame Sozialstruktur und teilen religiöse Überzeugungen. Eine gemeinsame Geschichte verbindet sie ebenso wie die gleiche **Kultur** und der Lebensraum. Eine ursprünglich ähnliche Sozialstruktur und die gleiche koloniale Vergangenheit mit dem Nachbarland **Ruanda** ist den Ländern gemeinsam. **Vielfältige Ursachen** werden dafür verantwortlich gemacht, dass die Bevölkerung Burundis im Laufe der Geschichte ein "ethnisches" Bewusstsein entwickelt hat, so dass eine **Spaltung der Gesellschaft** anhand von **ethnischen Linien** entstanden ist und die Menschen sich mit einer der Gruppen identifizieren. Fest steht, dass die **Kolonialmächte Deutschland** und Belgien hierbei auch eine Rolle gespielt haben. Kontrovers diskutiert wird bis heute die Frage der politischen Macht: ethnisch oder demokratisch orientiert? Auch die Besiedlungsgeschichte bzw. die zeitlichen Abläufe von Einwanderung und Siedlungskolonisation sind nicht klar, ähnlich wie in Ruanda. Man geht davon aus, dass die ursprüngliche Bevölkerung der Twa durch die Besiedlung der hauptsächlich aus Westafrika stammenden Bantu-Völker, der Hutu, in den Jahren 1300 n.Chr. stark dezimiert wurde. Die Ackerbau betreibenden Hutu haben wahrscheinlich dann in den darauffolgenden 1000 Jahren die Ankunft der Tutsi erlebt.

Bei der Jugend von Burundi scheinen zwischenethnische Differenzen immer weniger eine Rolle zu spielen: Hoffnung auf ein zukünftig konfliktfreies Zusammenleben der Bevölkerungsgruppen im

Land.

Sprachen

In Burundi wird von der Mehrheit der Bevölkerung **Kirundi** gesprochen. Sie ist eine Niger-Kongo-Sprache und mit dem im Nachbarland Ruanda gesprochenen **Kinyarwanda** nahezu identisch. Nationalsprache ist außerdem **Französisch**. Bis heute ist Französisch Unterrichtssprache und die offizielle Amtssprache, während als Verkehrssprache Kirundi benutzt wird. Kirundi ist eine komplizierte Tonsprache. Als Besonderheit gilt, dass L und R häufig simultan benutzt bzw. ausgewechselt werden können, ohne dass dies am Bedeutungsgehalt etwas ändern würde. Das führt jedoch auch manchmal dazu, dass dies im Französischen beibehalten wird: "Cafetaliat" statt "Cafetariat", "l'oldle" anstatt "l'ordre" usw. Am Tanganjika-See und in der Region der Hauptstadt Bujumbura wird auch in Swahili kommuniziert. Da viele Jugendliche - zumindest in Bujumbura und Umgebung - mit Swahili, Kirundi und Französisch aufwachsen, wird bei der Verständigung oftmals ein Mix aus unterschiedlichen Wörtern der verschiedenen Sprachen genutzt, ein Umstand, der das Verstehen durch Ausländer häufig erschwert.

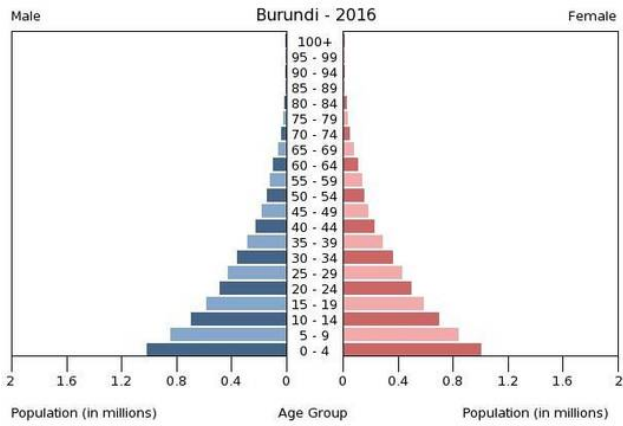
Englisch wird nicht gesprochen, aber die Bevölkerung ist durchaus an der Sprache interessiert. Da die Verkehrssprache der EAC Englisch ist, ist Burundi in der Formulierung klarer Ziele und Vereinbarungen innerhalb der wirtschaftlichen Gemeinschaft oftmals gehandicapt. Stimmen werden laut, die Englisch auch in Burundi "gesellschaftsfähig" machen wollen bzw. auf die **Notwendigkeit** hinweisen, wie wichtig eine Sprachenvielfalt im Land ist. Im Nachbarland Ruanda, das eine weitgehend ähnliche Geschichte hatte wie Burundi und ebenfalls unter belgischer Kolonialherrschaft stand, wurde 2009 als Amtssprache **Englisch** eingeführt. Durch rückkehrende Flüchtlinge, die Kirundi nicht mehr als ihre Muttersprache kennen, sondern eher Swahili (Tansania) oder **Lingala** (Demokratische Republik Kongo) bzw. Kinyarwanda (Ruanda) sprechen, wird allein schon durch die **Verständigungsprobleme** in der Bevölkerung Burundis Unmut erzeugt. So sind z.T. bereits nicht allein ethnisch-soziale Konflikte, sondern auch linguistisch begründete Auseinandersetzungen häufig. Die Integration von Flüchtlingen bzw. deren Kindern, die in **Tansania mit Englisch** aufwuchsen, ist in Burundi problematisch.

Altersstruktur



Jung und alt in Burundi, © Alain Dyumishigije

Die **Altersstruktur** in Burundi zeigt einen hohen Anteil an jungen Menschen. Fast die Hälfte der Bevölkerung (46%) ist unter 15 Jahre alt, sind also Kinder. Die Herausforderungen an das Bildungssystem und die Wirtschaft sind dadurch enorm. **Kinderarbeit** ist verbreitet und gehört neben anderen Faktoren zu den Risiken, denen Kinder in Burundi bis heute ausgesetzt sind. Kinder und **Jugendliche** sind oft **benachteiligt** in der Ernährung, Gesundheit und Bildung. Das Problem der **Kindersoldaten** ist auch in Burundi verbreitet. Die Gruppe der Erwachsenen bzw. der Jugend bis 50 Jahre ist vom HIV-Ansteckungsrisiko besonders betroffen. **Über 65 Jahre** werden nur ca. 2-3 % der Bevölkerung. Dies liegt an dem unzureichenden **Gesundheitssystem** (wenig Gesundheitsfürsorge, kaum Schwangerenvorsorge oder



Geburtenbegleitung, kaum Möglichkeiten zu schwierigen Operationen, wenig Kenntnisse über Krankheiten und Hygiene usw.) und schwierigen Lebensverhältnissen auf dem Land (häufig schlechte Ernährungssituation, schwere Arbeit).

Bevölkerungspyramide von Burundi 2016, © CIA (public domain)



Alte Frau, © Eva Biele



Neugeborenes Baby in einer ländlichen Familie, © Eva Biele



Alte Frau, © Eva Biele



Neugeborenes Baby in einer ländlichen Familie, © Eva Biele

Soziale Klassen/Stadt-Land-Dualismus



Bei armen Dorfbewohnern, © Eva Biele



Wohnzimmer der Mittelschicht, © Laurette Biashare

Die burundische Gesellschaft zeigt eine Differenzierung in eine städtische Bevölkerung mit höheren Einkommen und eine ländliche Bevölkerung mit mehr oder minder **schwerer Armut**. Dabei überwiegen die ländlichen ärmeren Bevölkerungsschichten. Dieser starke Stadt-Land-Dualismus ist neben ethnisch-sozialen Problemen für vielfältige Unterschiede und **Konflikte** verantwortlich. Die soziale Realität im heutigen Burundi zeigt eine immer noch stark von **Armut und Hunger** bedrohte, breite Bevölkerungsschicht, die zudem meist in den **ländlichen Bereichen** und von der Landwirtschaft lebt. In anderen **Niedriglohnbereichen** wie als Wächter oder Hausangestellte verdienen die Menschen ebenso nur wenig. Hier wird täglich um das **Überleben** gekämpft, die Wohnsituation ist schlecht, die Ernährung unzureichend in quantitativer als auch qualitativer Hinsicht, der Zugang zu Gesundheitsdiensten beschränkt, die Bildungschancen schlecht. Demgegenüber existiert eine kleine "Mittelschicht" und eine wohl noch zahlenmäßig geringere **"Oberschicht"**, die sich hauptsächlich in der Hauptstadt Bujumbura konzentriert und der überwiegend die Volksgruppe der Tutsi anzugehören scheint. Auch wenn die soziale Differenzierung historisch nicht ethnisch determiniert war - ein Hutu konnte durchaus zum Tutsi werden - so waren doch Tutsi schon vor, aber auch nach der Kolonialzeit - mehrheitlich in der "upper class", Hutu hauptsächlich in der "under class" zu finden. Die Konflikte in der politischen Landschaft Burundis tangieren die ländliche Bevölkerung kaum, außer dass sich ihre Lage weiterhin verschlechtert.

Die ländliche Bevölkerung arbeitet fast gänzlich in und für die Subsistenzwirtschaft. Das Handwerk hat nur einen geringen Anteil am BIP, der **informelle Sektor** ist von Bedeutung. Eine intensive Förderung des **Handwerks**, v.a. für die ländlichen Bereiche, würde sich positiv auf die Einkommensverhältnisse der stark von der Landwirtschaft abhängigen Bevölkerung auswirken. Dazu behindern Korruption und Misswirtschaft die korrekte Besteuerung der Bevölkerung bzw. Verwendung der Steuergelder. Viele Eliten haben das Land verlassen oder wandern aufgrund der politisch und wirtschaftlich schlechten Situation seit 2015 aus. Allerdings wird ihr **Einfluss aus dem Ausland** auf die Entwicklung des Landes diskutiert. Minoritäten in Burundi sind zum einen ethnisch bedingt und kaum angesehen wie die **Twa**. Wirtschaftlich-soziale Ausgrenzung

erfahren **Straßenkinder**. Auch **Behinderte** werden von der Gesellschaft oft ausgegrenzt.



Eine wohlhabende Familie bei einem Sonntagsausflug an den Tanganjikastrand in Bujumbura, © Eva Biele



Wohnzimmer der Oberschicht, © Alain Dyumishigije



Eine wohlhabende Familie bei einem Sonntagsausflug an den Tanganjikastrand in Bujumbura, © Eva Biele



Wohnzimmer der Oberschicht, © Alain Dyumishigije



Alltag auf dem Land, © Laurent De Ruyt



Hochzeit in Bujumbura, © Maurice Bugabekazi



Hochzeit auf dem Land, © Alice Nibimbashuka



Hochzeit in Bujumbura, © Maurice Bugabekazi



Hochzeit auf dem Land, © Alice Nibimbashuka

Familie und Frauen



Reiche Familie in Bujumbura, © Aimable Nkarambaye

Die **Familie** hat einen hohen Stellenwert in Burundi. Die **Polygamie** ist offiziell verboten, existiert aber weiterhin illegal, v.a. in den ländlichen Bereichen. Traditionell unterliegt die burundische Gesellschaft dem Patriarchat. Die **Stellung der Frau** ist in den ländlichen Bereichen noch sehr traditionell, d.h. die Frau ist dem Mann unterstellt. **Vergewaltigungen** und Gewalt an Frauen werden leider häufig nicht strafrechtlich verfolgt. Das galt v.a. für die Bürgerkriegsjahre und kurz danach. Ganz traditionell darf die Frau sich nicht in Anwesenheit von Männern zu Wort melden. Auch **andere** Arten von Gewalt

gegen Frauen existieren: Zwangsprostitution, Hausmädchen, die wie Sklavinnen arbeiten müssen oder Gewalt in der Ehe. Doch langsam, v.a. im **städtischen Umfeld**, mit verbesserter beruflicher Qualifikation und Zugang zu Wirtschaft, Justiz und Regierung **ändert** sich das Bild und damit die Stellung von Frauen in Burundi erheblich. 2017 hat der Präsident ein **Gesetz** erlassen, nach dem alle unverheirateten Paare offiziell heiraten müssen, um zusammenleben zu dürfen. Frauen kämpfen für bessere Rechte, **Mitspracherechte** in der Politik, Teilhabe an **wirtschaftlichen Prozessen** wie z.B. dem exportorientierten **Kaffeesektor**, und für ein **Ende der Gewalt**.

In Bujumbura ist die Jugend sehr stark global orientiert, auch die weibliche. Auch international fördert man die Stärkung von Frauen in Burundi. Man verspricht sich hiervon auch ein **verbessertes politisches Umfeld** und durch Förderung von Frauen erhebliche **Fortschritte** in Frieden und Entwicklung und zur **Verringerung der Armut** in Burundi. Besonders die Friedenskonsolidierung setzt auf die Förderung von **Frauenaktivitäten**. Einiges gilt es noch zu **verändern**, hauptsächlich in ländlichen Bereichen, so z.B. die mögliche **Erbfolge für Mädchen** und dem Recht für Frauen **Land** zu erwerben. Viele internationale Organisationen sind v.a. in der Unterstützung von Kindern und Frauen tätig. Die Gleichberechtigung ist zwar im Gesetz verankert, doch in der Realität ist hier noch viel zu tun. Das galoppierende Bevölkerungswachstum in Burundi liegt wie in vielen Entwicklungsländern begründet in mangelnder sozialer Absicherung im Alter, **unzureichendem Zugang zu Verhütungsmitteln** und der **Stellung der Frau** in der Familie. Die Regierung erkennt zwar die Notwendigkeit der Drosselung des Bevölkerungswachstums insgesamt, propagiert jedoch nur die **3-Kind-Familie**, ohne beeinflussende Faktoren zu verhindern oder verändern zu können. Die Batwa-Frauen werden sowohl ethnisch als auch **frauenrechtlich** diskriminiert, was man jedoch in letzter Zeit zu verändern versucht.



Familie in Bujumbura, © Alain Dyumuishigije



Ältere Herren bei einer Hochzeitsgesellschaft, © Alain Dyumishigije



Oberschicht-Familie, © Eva Biele



Ältere Herren bei einer Hochzeitsgesellschaft, © Alain Dyumishigije



Oberschicht-Familie, © Eva Biele



Frauen auf dem Land, © Tony Heriza (CC BY-NC-ND 2.0)

Geschlechtervielfalt/LGBTQI/Homosexualität

Obwohl in der Verfassung von 2005 die Nicht-Diskriminierung von **LGBTQI** festgeschrieben ist, hat die Regierung **2009** z.B. gleichgeschlechtliche Ehen für verfassungswidrig erklärt. Viele Betroffene erklären, dass sich bis 2009 eine mehr und mehr tolerante Haltung gegenüber LGBT entwickelt habe, und dass die Gesetzesänderung ein herber Rückschlag für die Entwicklung der Menschenrechte und der Toleranz in Burundi sei. Seit 2010 steht **Homosexualität** gar unter Strafe und homosexuelle Menschen werden in Burundi **verfolgt**. Für **Homosexuelle** ist es in Burundi daher besonders hart, ihre Persönlichkeit frei zu entfalten. Selbst der Präsident spricht von einer **Geißel** für die Menschheit. Seit 2017 wurde die Situation für die Betroffenen ernster: die Regierung schürt eine **regelrechte Jagd** auf Homosexuelle bzw. LGBTQI. Die Diskriminierung hat schwere **gesellschaftliche Folgen**: Ausschluss aus den Familien und Schulen, Zunahme von Gewalt und Verfolgung. Einige Betroffene versuchen jedoch, für ihre **Rechte** zu kämpfen. Die Menschenrechtsorganisation "**Humure**" befasst sich mit dem Schutz von LGBTQI, muss aber nach außen einen neutralen Anstrich bewahren, damit sie nicht in Konflikt mit der Regierung gerät. Lesbische Frauen werden doppelt diskriminiert, da von ihnen erwartet wird, die Rolle einer Ehefrau und Mutter zu erfüllen.

Die Jugend

Alkohol spielt in der burundischen Gesellschaft eine Rolle in der sozialen Verständigung. Die Jugendlichen sind nicht selten der **Gefahr** der **Alkoholabhängigkeit** ausgesetzt. Mehr als 60% der Bevölkerung Burundis sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Sie sind besonders von Burundis Problemen betroffen wie Schwächen des Bildungswesens, unzureichendem Zugang zu

Gesundheitszentren oder **Arbeitslosigkeit**. Viele Studienabgänger werden trotz relativ guter Ausbildung arbeitslos. Mutig sind diejenigen, die aus eigener Kraft versuchen, **kleinere Projekte** im Dienstleistungssektor zu generieren. Auch die **Landwirtschaft** stützt sich zu einem großen Teil auf die Jugend. Doch kann auch sie keine gesellschaftspolitischen Veränderungen bewirken; diese müssen aus der Politik und der Wirtschaft kommen. So sind die Jugendlichen vielfach Verlierer der burundischen Gesellschaft, in den ländlichen Bereichen von Armut, Hunger und Perspektivlosigkeit betroffen. Mehr als jedes vierte Kind (27% der Mädchen und 26% der Jungen) sind von **Kinderarbeit** betroffen, viele Kinder arbeiten als Hausangestellte. Auch ethnische Probleme betreffen immer noch viele Jugendliche in Burundi. Zwar hat die Vision 2025 die Jugendlichen als besonders förderungswürdig eingestuft, doch die Umsetzung erfolgt nur langsam. Neuerdings gibt es mehrere Versuche, Jugendliche aktiv an der Politik zu beteiligen und ihnen auf der anderen Seite entgegenzukommen, z.B. mit einem neuen Radioprogramm für Jugendliche. Auch **andere**, z.T. internationale Programme, versuchen die burundischen Jugendlichen, besonders in der Bildungspolitik, zu **unterstützen**.

Eine besorgniserregende Entwicklung ist die politische Formierung von **Jugendgruppen**, die mehrheitlich der CNDD-FDD folgen, die sogenannten **Imbonerakure**. Ähnlich den Interahamwe in Ruanda, die 1994 in den Genozid verwickelt waren, ist auch die Jugend in Burundi stark manipulierbar und daher als lokale **Milizen** gefährlich.



Kind mit Schaf im ländlichen Bereich Burundis, © Eva Biele



Kinder haben unter Armut und Hunger besonders zu leiden, © Laurent De Ruyt



Kind mit Schaf im ländlichen Bereich Burundis, © Eva Biele



Kinder haben unter Armut und Hunger besonders zu leiden, © Laurent De Ruyt



Junge Frau Bujumbura, © Minette Twarigamungu



Jugend am Tanganjikasee in Bujumbura, © Eva Biele



Junge Frau Bujumbura, © Minette Twarigamungu



Jugend am Tanganjikasee in Bujumbura, © Eva Biele

Bildung



Viele Kinder in einer Grundschule im ländlichen Bereich, © Eva Biele



Kinder einer Sekundarschule auf dem Schulweg, © Eva Biele

Das **Schulsystem** in Burundi bestand bis 2011 aus einer sechsjährigen Grundschulzeit mit anschließender siebenjähriger Sekundarschulzeit. Nach der 10. Klasse konnte ein Fachabitur (Diplom A2) angestrebt werden, bspw. zur Krankenschwester oder zum Laboranten, das im Anschluss auch das Universitätsstudium erlaubte. **Seit 2011** wird die Grundschule 9-jährig besucht. Das **Schul- und Ausbildungssystem** orientiert sich insgesamt am europäischen Vorbild, v.a. am belgischen Bildungssystem. Die überwiegend **katholischen Missionare** hatten dabei einen wesentlichen Einfluss auf Struktur und Inhalte des Unterrichts.

Das Bildungswesen in Burundi ist insgesamt in einem **desolaten Zustand**, stark politisiert, des Öfteren durch Streiks paralyisiert, fällt durch Unregelmäßigkeiten in Abläufen auf und ist hochgradig von externer finanzieller Unterstützung abhängig, wie z.B. des **UNDP**, der **UNESCO**, der **UNICEF** und verschiedenen kleinen Spendenprogrammen, auch von deutscher Seite. V.a. in den Schulbau und in die Qualifizierung des Lehrpersonals muss investiert werden. Die



Schulkinder, © Norwegian Agency for Development Cooperation (CC BY-NC-ND 2.0)

durchschnittliche Klassengröße beträgt 80 Schüler, die Schulabschlussrate nur ca. 48 %. Der Durchschnitt der Schulzeit pro Kind wird mit ca. 2,5 Jahren angegeben. Der **Schulweg** ist oftmals sehr lang, da in Burundi die disperse Siedlungsweise überwiegt, die Wohnhäuser also oft weit auseinander liegen und dadurch eine Siedlungsagglomeration, außer in größeren Zentren, selten vorliegt. Kindergärten werden so gut wie gar nicht besucht: nur ca. 5% aller Kinder gehen in die sog. "école maternelle", die meisten Kindergartenkinder entstammen der Oberschicht.



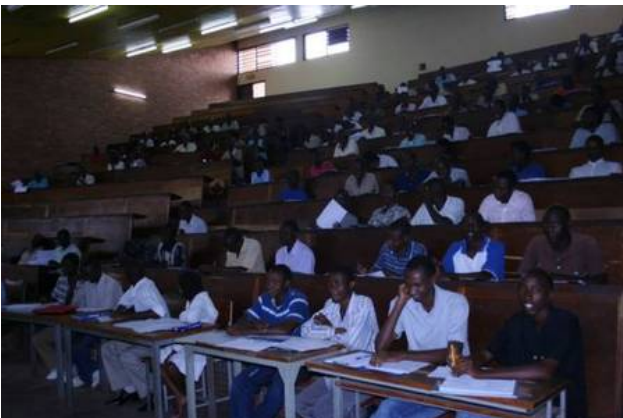
Verteilung von Schulmaterial, © Liebenzeller Mission Burundi

Die Grundschule ist seit 2005 zwar **kostenfrei**, ein großer Schritt für die Regierung und eine große Verbesserung gegenüber früheren Verhältnissen. Die **Einschulungsrate** ist seither von ca. 57 % auf 73,1 (Jungen) bzw. 74,3 (Mädchen) 2012 gestiegen, die Alphabetisierungsjahre bei Jugendlichen von 53 % 1990 auf 89,6% (15-24 Jahre, Jungen) bzw. 88,1% (15-24 Jahre, Mädchen) 2012. Trotzdem wird ein gutes Schulsystem damit nicht gewährleistet: zu groß sind noch die Kosten für Schuluniformen, Schuhe und für die Sekundarschule Schulgebühren, die sogenannte "**minerval**". **Mädchen** scheinen ebenfalls immer noch benachteiligt zu werden, die Zahl der **Schulabbrecher** ist recht groß.

Der allgemeine **Lehrermangel**, die schlechte Qualifizierung und auch **Bezahlung** des Lehrpersonals, die großen Klassen und überwiegend schlecht ausgestattete Schulen stellen die Bildung Burundis vor große Probleme. Die Schule wird oft vorzeitig abgebrochen. Man ist sich dessen bewusst und Strategien existieren, doch finanzielle Mittel zur Veränderung des Bildungssystems fehlen. Häufig werden die Gehälter der Lehrer nicht oder verspätet **bezahlt**, so dass diese keine andere Möglichkeit als den **Streik** sehen, um dennoch ihr Gehalt zu bekommen. Die unter internationalem Druck bzw. Rat durchgeführten Reformen ohne Schaffung nennenswerter Basisstrukturen, wie gut qualifiziertes Lehrpersonal oder genügend Lehrmaterial oder auch die Anerkennung der Notwendigkeit der Schulbildung in der Bevölkerung, scheinen sogar eher zu einer Verschlechterung der Bildungssituation in Burundi zu führen.

In Burundi gibt es eine staatliche sowie eine Vielzahl privater Universitäten, die allerdings **kaum leistungsfähig** sind und die häufig am **Rande der Legalität** arbeiten. Sie sind von den Wirkungen jahrzehntelanger Unruhen, dem **Mangel an qualifizierten Lehrkräften** sowie von **generellen**

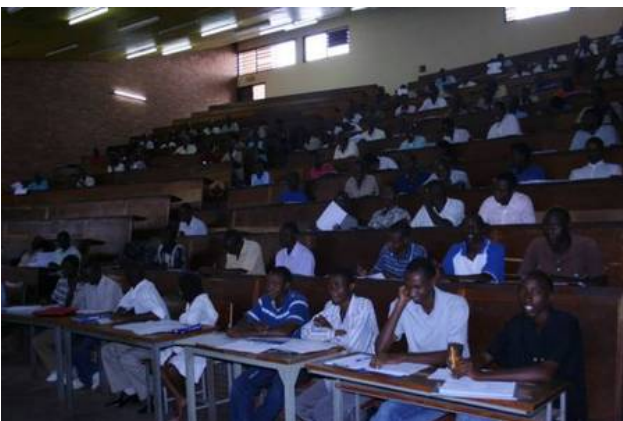
finanziellen Notständen besonders betroffen - ganz besonders die staatliche **Université du Burundi** - ebenso die Sekundarschulen und die technischen Fachschulen, die überwiegend als Internate organisiert sind. Einige davon sind religiös orientiert. Die Studenten der Nationaluniversität erhalten nur eine geringe Unterstützung des Staates. Platzmangel und **neue Restriktionen** der Regierung 2017 - u.a. ein Demonstrationsverbot und die Androhung, die kümmerliche Unterstützung von umgerechnet 17 Euro im Monat nach dem Studium zurückzahlen zu müssen - frustrieren viele Studierende. 18 % des Staatshaushaltes ist für die Bildung vorgesehen. Die Hälfte davon wird für die Sekundar- und Tertiärausbildung ausgegeben. Während die Einschulungsrate noch relativ hoch ist, schaffen gerade einmal knapp die Hälfte der Schüler den Sprung in die Sekundarschulen und nur **ca. 4,4 %** eines Jahrgangs besuchen eine Universität.



Hochschulbildung in der Universität von Burundi in Bujumbura, © Prof. Dr. H. Megerle



Geographisches Institut der Universität in Bujumbura, © Alain Dyumishigije



Hochschulbildung in der Universität von Burundi in Bujumbura, © Prof. Dr. H. Megerle



Geographisches Institut der Universität in Bujumbura, © Alain Dyumishigije

Gesundheit

In Burundi ist das Gesundheitssystem aufgrund von Materialmangel und Fehlen an qualifiziertem Personal in einem schlechten Zustand. Es gibt nur wenige gut ausgestattete Krankenhäuser. Privatkliniken sind teuer. Die meisten Menschen können sich eine kostenintensive Gesundheitsbehandlung nicht leisten, viele werden sogar nach Operationen in Krankenhäusern festgehalten, wenn sie die Rechnung nicht bezahlen können. 2006 hat die Regierung die Übernahme der Kosten für die Schwangerschaft von Frauen und für die Gesundheitsversorgung von Kindern unter 5 Jahren eingeführt, davor mussten die Patienten selbst bezahlen. Die Situation der Menschen hinsichtlich Gesundheit und Lebenserwartung ist sehr schlecht. Es gibt keine allgemeine Krankenversicherung für die ländliche Bevölkerung, obwohl Pläne hierfür existieren. Die Krankenversicherung für Funktionäre des Staates erreicht nicht eine reelle Umsetzung bzw. hat Probleme der Finanzierung. Bürgerkrieg und Armut verstärken die Gesundheitsprobleme in den ländlichen Bereichen Burundis. Auch die Korruption verschärft die Situation in den Krankenhäusern.

In Burundi existieren in allen Provinzen Gesundheitszentren und kleine Krankenhäuser. Die Ärztedichte wird jedoch nur mit 6 pro 100.000 Menschen angegeben. Malaria, HIV/AIDS und Tuberkulose sind immer noch weit verbreitet. Malaria ist bis heute die häufigste Todesursache im medizinischen Bereich, besonders bei Kindern. Bei Malaria kommt es immer wieder zu Epidemien, viele wissen nicht genug über die Übertragungswege und wirksamen Schutz durch Moskitonetze. Dazu kommen gynäkologische Probleme bei den Frauen, wie z.B. das gehäufte Auftreten von Geburtsfisteln durch häufige Geburten in schlechtem Zustand der Mütter. Auch Durchfallerkrankungen durch unsauberes Trinkwasser sind sehr häufig.

Die HIV/AIDS-Rate kann immer noch als relativ hoch bezeichnet werden, auch wenn hier in den letzten Jahren Erfolge bei der Prävention und Behandlung zu verzeichnen sind. Vor allem Frauen und Mütter müssen besser aufgeklärt werden. HIV/AIDS und Homosexualität sind hochsensible Themen. Die Stigmatisierung von HIV-Infizierten ist stark ausgeprägt, vielfach wird der Tod durch AIDS verschwiegen. Auch Cholera tritt immer wieder auf, v.a. in den Flüchtlingslagern. Die Zahl der Tuberkulose-Kranken ist hoch, auch in Begleitung mit HIV/AIDS. Auch die Lepra ist in Burundi keineswegs ausgerottet. Immer wieder tritt die Krankheit auf und das nicht nur vereinzelt. Die Säuglings-, Kinder- und auch die Müttersterblichkeit kann als unvermindert hoch bezeichnet werden, Mangelernährung ist v.a. bei Kindern häufig. 2/3 der Bevölkerung ist bis heute unterernährt, Burundi gehört zu den drei Ländern mit der höchsten Rate an Unterernährten weltweit. Quantitative und qualitative Unter- bzw. Fehlernährung (Eiweißmangel) beeinträchtigt das Immunsystem und die intellektuelle und körperliche Leistungsfähigkeit. Das ist v.a. bei Kindern gefährlich.

Die traditionelle Medizin hat in den ländlichen Gebieten einen hohen Stellenwert, hier gibt es auch noch viele traditionelle Heiler, die die moderne Medizin ablehnen. Vielfach können traditionelle Mittel gefährlich werden, aber die positiven Möglichkeiten des Einsatzes von Medizinalpflanzen in der Medizin sind noch nicht gut erforscht. Traditionell werden toxische Medizinalpflanzen des Öfteren zum Giftmord verwendet, bis heute gibt es Mordfälle aufgrund von Vergiftungen. In den Krankenhäusern - auch den besseren in Bujumbura - kommt es häufig zu Todesfällen aufgrund infrastruktureller Probleme wie Stromausfall, fehlenden Personals oder zu wenig Blutkonserven. Europäische Fachkräfte oder deren Angehörige werden bei schwierigeren oder ungeklärten Krankheiten am besten nach Kenia (Nairobi), Europa oder Deutschland ausgeflogen.



Hinweisschild zum Krankenhaus in Kirundo, © Eva Biele



AIDS-Plakat in Makamba, © Dave Proffer (CC BY 2.0)



Wohlhabende Mutter mit Neugeborenem im Krankenhaus, © Eva Biele



Frauen mit ihren Kindern in einem Krankenhaus, © European Commission DG ECHO (CC BY-SA 2.0)



Wohlhabende Mutter mit Neugeborenem im Krankenhaus, © Eva Biele



Frauen mit ihren Kindern in einem Krankenhaus, © European Commission DG ECHO (CC BY-SA 2.0)



Apothek in Bujumbura, © AFSC Development (CC BY-NC-ND 2.0)

Kultur



Langhornrinder, heute neben wirtschaftlicher Bedeutung auch noch immer ein Statussymbol für Reichtum und Ansehen, © Laurette Biashare

Kultur und Traditionen

Trotz jahrelanger Konflikte, Armut und Hunger ist die Solidargemeinschaft für die burundische Gesellschaft von hohem kulturellen Wert. Die auch kollektivistisch oder beziehungsorientierte burundische Gesellschaft achtet **kulturell** die Familie und persönliche Beziehungen und stellt sie vor Sachinhalte oder individuelle Interessen. Das **Bashingantahe-Justizsystem** ist vielleicht das beste Beispiel für das Funktionieren der traditionellen kollektivistisch orientierten burundischen Gesellschaft, in der Vertreter des Volkes, die Bashingantahe, die Rolle von Anwälten auf dem Land unternahmen. Dieses System kann auch heute wieder zur Förderung von Friedensbemühungen rehabilitiert werden. Soziales Miteinander, Kommunikation und Freundschaft haben einen hohen Stellenwert in der burundischen Gesellschaft. Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass sich die Gesellschaft in Burundi durch eine hohe Machtdistanz auszeichnet, d.h. dass eine starke Autoritätsorientierung herrscht. Gleichzeitig gibt es ein großes Verantwortungsbewusstsein in der traditionellen Gesellschaft. Das zeigt, dass die Definition der burundischen Gesellschaft in bestimmten kulturellen Orientierungen sehr delikate ist. DIE burundische Kultur **existiert nicht**. Zur **Vermeidung** von Stereotypen und Vorurteilen sollte man immer den Kontext beachten, die Sozialstruktur der Gesellschaft (= Binnendifferenzierung) und das Individuum.

Traditionell wird in Burundi die **Kuh (inka)** verehrt. Kühe zu besitzen ist bis heute ein Statussymbol. Daneben gibt es viele Bräuche auf dem Land, die traditionellen Glaubensriten zugeordnet werden können, so z.B. dass man Eidechsen nicht töten darf. Auch **Bäume** werden verehrt und haben eine historische Bedeutung.

Einheimische Literatur fehlt in Burundi aufgrund von Armut und weit verbreitetem Analphabetismus weitgehend. **Buchhandlungen** sind eine Seltenheit. Oral tradierte Geschichten, Fabeln und Gedichten existieren jedoch und werden von Generation zu Generation weitererzählt. Als bekanntere, auch international erfolgreiche Autoren sind **Roland Rugero** oder Esther Kamatari zu nennen.

Das **Theater** wird in letzter Zeit wieder aktiver, wobei es dem Land zugutekommt, dass es eine einheitliche Sprache besitzt, in der die Stücke aufgeführt werden können. Interaktive

Aufführungen oder auch das **Kino** sind zur **Sensibilisierung** der Bevölkerung, z.B. im Kampf gegen Malaria oder im Bereich Friedenskonsolidierung, Traumabewältigung oder auch als Präventivmaßnahme, sinnvoll.

Hochzeiten werden meistens sehr **traditionell** abgehalten. Wie in Europa werden **Ehen in der Kirche** geschlossen (die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ist christlich-katholischen Glaubens), außerdem amtlich bestätigt. Der eigentlichen Hochzeit geht ein Fest voraus, das man als "dot" bezeichnet, eine Art Brautpreisüberreichung. Symbole für Glück und Fruchtbarkeit - u.a. eine Kuh - werden gereicht, die Hochzeit ist ein großes Fest und bedeutendes Ereignis für die beiden Familien der Eheleute. Interessant ist die Übernahme von westlichen Kulturelementen bei Hochzeiten der Oberschicht, wie z.B. die mehrstöckige Torte, die man gemeinsam anschneidet. Die katholische Kirche hat insgesamt einen großen Einfluss. Vielfach sind die Hochzeiten für die Familien bzw. die Brautleute selbst sehr teuer - und nicht wenige verschulden sich für das Fest.

Zum Zeichen der Freundschaft nehmen sich junge Männer an die Hand - Händchenhalten unter Paaren in der Öffentlichkeit ist jedoch unüblich. Öffentliches Küssen ist ebenso unangebracht.

Dem globalen **Weltglücksbericht** zufolge (2018) liegt Burundi auf dem zweitletzten Platz (**Platz 154** von 155 Ländern), ein Wert, der wohl die Situation der Menschen - wenn man dem Bericht Glauben schenken kann - gut beschreibt.



Traditionelle Hochzeit, © Eva Biele



Traditioneller Kopfschmuck der Frauen bei einer Hochzeit, © Aimable Ndimenyaminy



Traditionelle Hochzeit, © Eva Biele



Traditioneller Kopfschmuck der Frauen bei einer Hochzeit, © Aimable Ndimenyamina



Traditionelles Bananenbier-Trinken, hier auf einer Hochzeit, © Silama Munyeshyaka



Zur burundischen Kultur gehört es auch, zum Zeichen der Freundschaft unter Männern Händchen zu halten, © Geordie Mott (CC BY 2.0)



Traditionelles Bananenbier-Trinken, hier auf einer Hochzeit, © Silama Munyeshyaka



Zur burundischen Kultur gehört es auch, zum Zeichen der Freundschaft unter Männern Händchen zu halten, © Geordie Mott (CC BY 2.0)



Musiker mit traditionellem Musikinstrument, © Aimable Ndimenyamina

Musik

Musik und Tanz ist in Burundi von hoher kultureller Bedeutung. Zu offiziellen Anlässen und bei Hochzeiten sind die Tänze Abatimbo und der schnelle Abanyagasimbo populär. Es existieren einige sehr traditionelle Lieder, wie der Imvyino (Familiengesang), der Kwishongora (ein Männergesang) oder der Bilito (ein Frauengesang). Meist wird auch in der Kirche oder zu festlichen Anlässen viel gesungen. Sprache aller traditionellen Lieder und Gesänge ist dabei Kirundi.

Als Musikinstrumente werden die Flöte, die Zitter und andere traditionelle Musikinstrumente wie die Ikembe, Indonongo, Urukayamba, Umuduri, Inanga und die Inyagara benutzt. Moderne Musiker verwenden Gitarre und andere westliche Musikinstrumente.

Burundi produziert heute eine Reihe von Musikstücken zeitgenössischer Sänger, die hauptsächlich in der Oberschicht angesiedelt sind (Popmusik, Hiphop etc.) Beispiele sind:

- Kitoko: Urukundo
- Big Fariouz: Let them say
- Big Fariouz: Sinoguhisha
- Christophe Matata: Kayengayenge
- Lolilo: Nyemerera

Internationalen Erfolg verzeichnete Ende der 1990er Jahre Khadja Nin:

- Khadja Nin: Mama
- Khadja Nin: Sambolera - das wohl bekannteste Lied der Künstlerin

Eine relativ junge Reggaeband in Bujumbura kritisiert musikalisch heutige Missstände in Burundi. Die Gruppe Lion Story hat aktuell einen großen Zulauf, v.a. in der jüngeren Oberschicht.

Burundi ist weltweit bekannt für seine besondere Trommler-Kultur. Vorführungen von speziell geschulten Trommlern werden v.a. für Touristen und auf Hochzeiten einstudiert, sind aber auch im Alltag Burundis wichtig. Das Trommeln ist sehr traditionell und teilweise religiös besetzt.



Trommler bei einer Vorführung in Bujumbura, © Eva Biele



Die burundische Reggaeband Lion Story, © Andrew Dubber (CC BY-NC-SA 2.0)



Junge Musiker in Bujumbura, © Aimable Ndimenyamina



Die burundische Reggaeband Lion Story, © Andrew Dubber (CC BY-NC-SA 2.0)



Junge Musiker in Bujumbura, © Aimable Ndimenyamina

Kunst

Die Bildende Kunst ist in Burundi weniger verbreitet als die Musik. Traditionell werden Mosaiken, Skulpturen und Gebrauchsgegenstände mit dekorativen Motiven hergestellt. Keramiken und **Malerei** sind ebenso verbreitet, wobei ihre Bedeutung v.a. durch **italienische Missionare** in den 1950er gestärkt wurde. Durch den Verkauf von Kunstgegenständen könnte auch die Wirtschaft gestärkt werden. 2012 war Burundi Gastgeber der Kunstbiennale der ostafrikanischen Länder (ESTAFAB). Von der Kunst **zu leben** ist indes in Burundi fast unmöglich.

Sport



Neben Fußball wird gern Basketball gespielt, © Eva Biele

Die ländliche Bevölkerung läuft oft kilometerlang zum Markt und wieder zurück, lebt vom landwirtschaftlicher Schwerstarbeit auf dem Feld und hat Probleme mit Hunger, Mangel- und Unterernährung: dadurch wird klar, dass Sport als Bewegungsausgleich nur für die städtische Bevölkerung mit überwiegend sitzender Lebensweise interessant ist. In Bujumbura findet man einige Fitnessstudios in wachsender Zahl, viele auch an **Hotels** angeschlossen. Eine Form des Workouts nennt man in Burundi "**GymTonic**". Männer spielen am Wochenende gern Fußball oder Basketball in lokalen Vereinen. Die bescheidenen Erfolge der burundischen Fußball-**Nationalmannschaft** (Spitzname: "Die kriegerischen Schwalben") beschränken sich auf das mehrmalige Erreichen des Viertelfinals der Ost/Zentralafrikameisterschaften. Eine Teilnahme an Welt- oder Afrikameisterschaften ist in der Verbandsgeschichte noch nicht geglückt.

Die Oberschicht - und hier v.a. die Jugend - trainiert ihre Fitness häufig am Strand, u.a. auch mit

Beachvolleyball. Es gibt einen **Reitstall** in Bujumbura, schwimmen kann man in den Schwimmbädern größerer Hotels und auch im Tanganjikasee.

Burundi nimmt regelmäßig auch an den Olympischen Spielen teil. **Vénuste Niyongabo**, 1973 in Burundi geboren, wurde 1996

Goldmedaillengewinner in der Leichtathletik über die 5000m. Das war lange die einzige Medaille für Burundi bei Olympischen Spielen. 2016 gewinnt die burundische Leichtathletin **Francine Niyonsaba** - 1993 geboren - die Goldmedaille über 800m bei den Hallenweltmeisterschaften. Auch 2017 gewinnt Niyonsaba die Silbermedaille über die 800m bei den Leichtathletikweltmeisterschaften in London.

Die Diskussion, ob die Athletin zu hohe **Testosteronwerte** aufweist, um bei den Frauen mitzulaufen, keimt immer wieder auf. Eine bekannte burundische Leichtathletin ist auch **Diane Nukuri**, die bereits viele Rennen gewonnen hat und noch aktiv ist.



Fußball ist ein beliebter Männersport, © Anastase Munezero



Diane Nukuri, © Tom Page (CC BY-SA 2.0)



Fußball ist ein beliebter Männersport, © Anastase Munezero



Diane Nukuri, © Tom Page (CC BY-SA 2.0)

Religion



Mann in islamischer Kleidung, © Silama Munyeshyaka

Der größte Teil der Bevölkerung in Burundi gehört dem **Christentum** an. 62 % sind römisch-katholischen, 5 % protestantischen Glaubens. 10% sind Muslime. Das Christentum brachten Ende des 19 Jh. die Missionare nach Burundi, allen voran die Weissen Väter oder **Pères Blancs**. Dabei gelang es den Missionaren erst viel später als in Ruanda, die Bevölkerung in Burundi vom Christentum zu überzeugen. Die burundische Bevölkerung ist zum größten Teil sehr gläubig. Dabei wird Kritik an der Kirche und an der Religion im Allgemeinen nur selten geäußert. Die katholische Kirche hat bis heute eine **gesellschaftspolitische** Bedeutung, z.B. im Friedensprozess und auch in der Politik - mit großem **Einfluss**. Die Kirche - Katholiken und Protestanten - unterhält außerdem viele Entwicklungsprojekte in Burundi, auch viele deutsche Initiativen waren bisher darunter. Der Islam konnte sich neben dem Christentum nur schwer durchsetzen, die Muslime fühlen sich marginalisiert. Auch die anglikanische Kirche ist in Burundi aktiv. Daneben können sich auch viele

neuere Religionsgemeinschaften in Burundi etablieren, eine Entwicklung, die jedoch nur von wenigen kritisch gesehen wird. Die burundische Bevölkerung ist größtenteils sehr tolerant gegenüber anderen religiösen Überzeugungen. Nur unter dem Bagaza-Regime wurde die Rolle der katholischen Kirche eingeschränkt, da Bagaza sie als Hutu-Versammlungsorte fürchtete. Auch die Zeugen Jehovas wurden 1986 als Religionsgemeinschaft verboten, nach dem Ende von Bagazas Regierungszeit jedoch wieder zugelassen. Neben den großen Kirchen bzw. Religionen sind auch Natureligionen verbreitet, v.a. im ländlichen Raum. Das anthropologische Denken der Burunder steht dabei wesentlich im Zusammenhang mit dem Glauben an IMANA (Gott). Imana ist der Schöpfer aller Dinge und Vater aller Menschen.



Moschee in Bujumbura, © Andreas31 (CC BY-SA 3.0)



Muslimische Frau, © Landry Nshimiye



Moschee in Bujumbura, © Andreas31 (CC BY-SA 3.0)



Muslimische Frau, © Landry Nshimiye



Betende Frau in einer Kirche, © Maurice Bugabekazi

Alltag & Praktische Informationen

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im März 2019 aktualisiert.)

Burundi ist ein vielfältiges, interessantes und landschaftlich schönes Land. Obwohl viel Armut herrscht, sind die Menschen gastfreundlich und tolerant. In Bujumbura kann man von vielen Angeboten im Versorgungs- und Freizeitbereich profitieren.



Spiel auf dem Land, © Eva Biele

Währung

Burundi-Franc (BIF)

Wechselkurs

2052,40 Burundi-Franc = 1 Euro (04.03.2019)

Zeitzone

UTC + 2

Landesvorwahl (Telefon)
+257

Klima (für Hauptstadt)
Tropisches Äquatorialklima, höhenreduziert

Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen

Bei der Botschaft der Republik Burundi in **Berlin** kann man das für die Einreise benötigte Visum beantragen. Man braucht dazu diverse Dokumente; auch Kinder brauchen z.B. einen eigenen Reisepass mit Foto. **Genauere Informationen** zu den Einreisebestimmungen erteilt das Auswärtige Amt. Die Ausstellung eines Visums am Flughafen ist nicht möglich, doch wer auf dem Landweg z.B. aus Ruanda einreist, kann an der Grenze ein Visum beantragen bzw. erhalten. Einreisebestimmungen für deutsche Staatsangehörige können sich kurzfristig ändern. Rechtsverbindliche Informationen zu den Einreisebestimmungen erhält man nur unmittelbar bei der Botschaft in Berlin oder dem **Honorarkonsulat in Stuttgart**.



Blick auf Bujumbura, © Dave Proffer (CC BY 2.0)

Wohnen und Versorgung



Das Zentrum von Bujumbura
2017, © Eliane Uwitonze

Bujumbura

In **Bujumbura** wohnen die meisten der vorübergehenden **Residenten** aus Europa, den USA oder Kanada. Das Klima ist relativ heiß und oftmals schwül aufgrund der Lage zum Tanganjikasee. Häuser für Ausländer werden relativ **teuer** vermietet. Die **Lebenshaltungskosten** in Bujumbura waren lange im Vergleich zu Kigali/Ruanda relativ niedrig, steigen jedoch seit einiger Zeit und hatten 2014 denselben Stand erreicht. Finanziell gut ausgestattete burundische Familien konzentrieren sich auf das Stadtzentrum, aber auch auf die benachbarten, kühleren Hänge rund um die Hauptstadt. Bujumbura war bis 2014 in 13 sogenannte Kommunen aufgeteilt, die wiederum Viertel ("Quartiers") beherbergten. Seit 2014 hat man im Zuge der Dezentralisierung **3 Megazonen** - Nordbujumbura, Südbujumbura und Bujumbura-Zentrum - geschaffen. Vor allem die Viertel Rohero und Kinindo werden von Weißen bzw. Expats bewohnt, da sie auch relativ zentrumsnah liegen. Im Viertel Gihosha - zu den Hängen hin gebaut, und auch in **Musaga** (im Süden Bujumburas) wurden in letzter Zeit Raubüberfälle gemeldet. Das Viertel Cibitoke ist seit 2015 im Rahmen der Proteste gegen Präsident Nkurunziza als sehr gefährlich einzuschätzen. Die ehemals rein ethnisch separierten Viertel wie Kamenge (Hutu-Viertel) oder Ngagara (Tutsi-Viertel) sind nicht mehr gefährlich, beherbergen doch eine **konfliktreiche Vergangenheit** (1993 - 2003) und werden deshalb wenn möglich auch von vermögenden Residenten oder reicheren Burundern gemieden. Es ist in der Regel möglich, die Entfernungen von den einzelnen **Vierteln** zum Zentrum innerhalb von 5-20 Minuten mit dem Auto oder einem Taxi-Motorrad zurückzulegen. Taxi-Motorräder sind in den Randvierteln Bujumburas, nicht jedoch im Zentrum der Stadt, erlaubt. Autofahren ist für den geübten Fahrer unproblematisch. Allerdings häufen sich in letzter Zeit Staus auf der Fahrt ins Zentrum. Der **Bau neuer Verkehrsachsen** soll hier Abhilfe schaffen. Die Zahl der Hotels und Restaurants in Bujumbura und Umgebung ist groß und unübersichtlich. Es empfiehlt sich der französische Reiseführer "petit futé" Burundi zum Nachschlagen.

Einkaufen und Alltag

Grundnahrungsmittel kann man überall einkaufen, am einfachsten auf Gemüsemärkten. Die lokalen Lebensmittel sind für europäische Verhältnisse preiswert. Im Norden Burundis findet man eine große Auswahl verschiedener **Gemüsesorten**, die auch auf der Straße sehr schön arrangiert verkauft werden. Importwaren, die in größeren Hotels und Supermärkten angeboten werden, sind dagegen sehr teuer. Als Supermärkte in Bujumbura sind zu nennen: Goshen, Burundi Trade Center, Alimentation International, Belladone. Bei Im- und Exporten ist Burundi auf die Transportwege über seine

Nachbarstaaten angewiesen. Touristische Waren werden in Bujumbura angeboten.

Bujumbura verfügt über eine Reihe guter Hotels, z.B. das Sun Safari Club Hotel, und Restaurants mit afrikanisch-europäischer Küche, die ebenfalls teuer sind (Bujumbura: Oasis, Restaurant Chinois, Le Safran, Isango, Tandoor, le Baobab, Le Kasuku, Chez André u.a.). Auch Geschäfte mit Shopping-Center-Charakter findet man: Rusca Plaza, Le Parisien, Dmitri Supermarket). Als **Adressen** für das Nachtleben in Bujumbura kommen Chez Ruhara, Club Eden du Lac, Havana Club oder Le Braisière in Frage. Am Wochenende kann man am Strand des Tanganjikasees entspannen. Hier gibt es einige Strandbars und Hotels, z. B. das Hotel du Lac Tanganjika. Bujumbura ist bekannt für abwechslungsreiche Sportmöglichkeiten. Andere Adressen für Unterkunftsmöglichkeiten in Burundi, Aktivitäten und touristische Attraktionen findet man im Petit Futé Burundi. **Reisen nach Burundi** sind interessant, aber ein touristisches Ziel im klassischen Sinne ist das Land nicht.

Zur Verständigung in Kirundi (u.a. auf den Märkten hilfreich) bietet sich ein Online-Wörterbuch **Englisch-Kirundi** an. Auch ist es gut, sich einige **Standardsätze** in Kirundi zu merken; die Burunder freuen sich darüber.

Kirchen

In Burundi sind viele Kirchen und religiöse Gemeinschaften aktiv, beispielsweise in Bujumbura die Regina Mundi Cathédral, den Mont Sion, die **Holy Trinity Church**, die Living Church of Jabe, das Center Pentecostal Ntahangwa (Protestantische Kirche), das Islamic Center (Muslimisch), die Pfingstkirche und das Hellenic Center (Orthodoxe Kirche).

Krankenhäuser und Schulen

Aufgrund des desolaten Gesundheitssystems in Burundi können Patienten nur auf wenige relativ gut ausgestattete und funktionierende Krankenhäuser zurückgreifen. Dazu gehört das Hôpital Roi Khaled oder die Polyclinique Centrale in Bujumbura. Die meisten Krankenhäuser arbeiten unter schwierigsten Bedingungen. Mit Unterstützung externer Finanzgeber sollen die Krankenstationen in Gitega und in anderen größeren Städten ausgebaut werden. Es gibt v.a. in Bujumbura eine Reihe weiterer **Krankenstationen** bzw. Ärzte, an die man sich wenden kann. Bei schwierigen oder ungeklärten Krankheiten wendet man sich am besten an die **deutsche Botschaft**.

Die Sekundarschulen, die häufig von Ausländern besucht werden, sind die **Ecole Belge** und die **Ecole Française** mit gutem schulischen Niveau ähnlich dem europäischen. Andere Sekundarschulen in Bujumbura wären die Ecole St. Michel, das Lycée International, die Ecole Indépendante, das Lycée du Saint Esprit, das Lycée St. Gabriel, das Lycée St. Albert, die Eden International School, die Burundi **American International Academy** und eine Reihe weiterer

Privatschulen und Sekundarschulen mit hauptsächlich burundischen Schülern.



Verkehr in Bujumbura, © Anastase Munezero



Sicht auf Bujumburas Straßen, © Mheidegger (Hubert Schonberg) (CC BY-SA 3.0)



Verkehr in Bujumbura, © Anastase Munezero



Sicht auf Bujumburas Straßen, © Mheidegger (Hubert Schonberg) (CC BY-SA 3.0)



Strandleben in Bujumbura, © Maurice Bugabekazi



Bujumbura, © Dave Proffer (CC BY 2.0)



Die Kathedrale von Bujumbura, © The Advocacy Project (CC BY-NC-SA 2.0)



Die Griechisch - Orthodoxe Kirche in Bujumbura, © The Advocacy Project (CC BY-NC-SA 2.0)



Die Kathedrale von Bujumbura, © The Advocacy Project (CC BY-NC-SA 2.0)



Die Griechisch - Orthodoxe Kirche in Bujumbura, © The Advocacy Project (CC BY-NC-SA 2.0)

Geld

Die offizielle Landeswährung Burundis ist der **Burundi-Franc**. Er ist in Centimes unterteilt, 100 Centimes haben einen Wert von einem Franc. Diese kleinere Währung wird allerdings in der Praxis heute aufgrund der geringen Wertigkeit des Burundi-Franc gegenüber den Leitwährungen so gut wie gar nicht mehr verwendet. 1000 Burundi-Franc haben einen Gegenwert von rund 0,50 Euro. Aus diesem Grunde gibt es auch nur zwei Münzen, nämlich mit einem Wert von 1 und 5 Francs. Die Banknoten sind in Werten von 10, 20, 50, 100, 500, 1000, 2000, 5000 und 10000 Burundi-Francs erhältlich. Der ISO-Code für den Burundi-Franc ist BIF. Fremdwährungen können am Flughafen, in den Banken in Bujumbura und in großen Hotels umgetauscht werden. Kreditkarten werden nur vereinzelt in größeren Hotels akzeptiert, daher sollte man immer auch Bargeld mitnehmen.

Geldtransfer über größere Transferorganisationen, auch z.B. über **Western Union** ist möglich. Die ansässigen Banken sind beispielsweise die **BCB**, die **INTERBANK**, die **FINBANK**, die **ECOBANK**, die **BANCOBU** oder die **BBCI**. Es gibt zahlreiche Geldautomaten für nationale Geldgeschäfte, aber nur wenige für **internationalen Währungstransfer**. Dazu gehören Standorte der BCB und der Interbank im Zentrum von Bujumbura. Es ist geplant, den **Zugang** zu finanziellen Ressourcen - auch der ärmeren Bevölkerung - zu verbessern. Relativ problemlos kann man in einer der zahlreichen Banken ein **Bankkonto eröffnen**, z.B. bei der **ECOBANK**.



Geldtausch an der Grenze Ruanda-Burundi in Akanyaru, © Eva Biele



Markt auf dem Land, © Eva Biele



Bujumbura bei Nacht, © Peter Eichenauer (CC BY-NC-SA 2.0)



Markt auf dem Land, © Eva Biele



Bujumbura bei Nacht, © Peter Eichenauer (CC BY-NC-SA 2.0)



An der Grenze zu Ruanda kann man an der Straße vielfach frisches Gemüse kaufen, © Eva Biele

Wohnen in anderen Städten

Gitega

Gitega ist die zweitgrößte Stadt Burundis und liegt im Zentrum des Landes, ca. 60 km östlich von Bujumbura. Die Lage hat die Stadt einst zur Königsstadt gemacht. Mit ca. 23.000 Einwohnern ist

Gitega viel kleiner und auch bedeutungsärmer als Bujumbura. Die Straße Bujumbura-Gitega ist relativ gut, sodass man für die Strecke ca. 2 Stunden braucht. Gitega hat ein recht großes **Distriktgefängnis** und ehemalige Kolonialbauten im Zentrum, das sich seit Jahrzehnten nicht sehr stark verändert hat. Gitega ist Zentrum der römisch-katholischen Erzdiözese des **Erzbistums Gitega**. Doch die Armut ist spürbar: die Landwirtschaft betreibende Bevölkerung lebt von der Hand in den Mund, es existieren bis heute keine funktionsfähigen Krankenhäuser, die Schulen haben große Probleme mit Infrastruktur und Lehrermangel. Es gibt einige aktive **Hilfsorganisationen** sowie Pläne einer **Straßenerneuerung nach Ngozi**.



Gitega, © Dave Proffer (CC BY 2.0)



Nyanza-Lac

Im Süden von Burundi, idyllisch am Tanganijka-See gelegen, befindet sich Nyanza-Lac. Die Ortschaft gehört zur Provinz Makamba, in der es immer noch viele Flüchtlingslager gibt. Nyanza-Lac hat v.a. **touristische Bedeutung**.

Nyanza-Lac, © Eva Biele

Ngozi

Ngozi ist eine Stadt im Norden von Burundi und die Hauptstadt der **Provinz Ngozi**. Es gibt eine 1999

gegründete **Universität**, was die Stadt regional bedeutend macht. Im Zuge der regionalen Entwicklung der verarmten Nordprovinzen Burundis führt die Regierung hier verstärkt eine wirtschaftliche Aufwertung durch. 2012 wurde in Ngozi ein industrieller Zweig der Brauerei Brarudi **errichtet**, der hauptsächlich Säfte und Wasser produziert.



Ngozi, © Laurette Biashare



Universität von Ngozi, © Xavier Damman (CC BY-NC-ND 2.0)



Ngozi, © Laurette Biashare



Universität von Ngozi, © Xavier Damman (CC BY-NC-ND 2.0)

Essen und Trinken

Die **burundische Küche** ist nicht sehr reichhaltig. Trotz eines geringeren Angebotes auf dem Land kann man **abwechslungsreich** essen. Als Hauptnahrungsmittel gelten kohlenhydratreiche Grundlagen wie Maniok, Hirse, **Kochbananen**, Süßkartoffeln, Mais, Bohnen und Reis. Maniok, Hirse und Mais werden häufig zu Brei gekocht und



Amandazi, frittierte Teigbällchen, sind eine Spezialität Burundis, © Eliane Rusanganwa



Traditionelles Essen, © Eva Biele

zusammen mit Gemüse gegessen. Brei kann man auch in eleganteren Restaurants mit den Fingern essen. Vor dem Essen wird dann traditionell ein Krug mit warmem Wasser und Seife zum Händewaschen herumgereicht. Bohnen sind als pflanzlicher Eiweiß- und Eisenlieferant von **großer Bedeutung** - v.a. für Kinder. Milchprodukte findet man wenig in Burundi - frische Kuhmilch wird schnell verbraucht, die Käseherstellung hat keine Tradition. Andere Milchprodukte wie Quark und Joghurt werden importiert. Auf dem Land ist oftmals die fehlende Strom- und damit Kühlmöglichkeit ein Hindernis bei der Lagerung und dem Verkauf von Milchprodukten, die schnell und leicht verderblich sind. Fleisch ist von **untergeordneter Bedeutung**, da sich in Burundi nur wenige Menschen Ziegen und/oder Rinder/Milchkühe halten können, der Bestand soll aber ausgebaut werden, um mehr Menschen eine ausreichende Eiweißversorgung zu bieten. Verbreitet und beliebt ist ein meist aus Ziegenfleisch hergestellter Fleischspieß - die **Brochette**. Sie ist über die Landesgrenzen hinaus bekannt und **beliebt**, in Bujumbura gibt es viele Brochette-Anbieter. Ziegenfleisch wird von allen Fleischsorten am meisten gegessen. Eine landestypische Spezialität ist gebratener Ndagara-**Fisch** aus dem Tanganjikasee, ebenso wie **Agatoki**, frittierter Fisch mit Bananen. Maniokblätter werden zu Gemüse gekocht und gegessen, Amaranth ebenso. Die belgische Kolonialmacht hat auch die Tradition des Frittierens nach Burundi gebracht: Pommes frites werden oft gegessen. Traditionell, kulturell und auch wirtschaftlich von Bedeutung ist der Konsum von **Bananenbier** (Pombe in Ostafrika), in Burundi "urwagwa" genannt. Der **Herstellungsprozess** ist vielen Einwohnern Burundis vertraut. Bananenbier wird bei festlichen Anlässen zusammen aus einem Krug - traditionell mit langen Strohhalmen - getrunken. Dieser Brauch stärkt die soziale Gemeinschaft. Der Brauch wurde früher nach Frauen und Männern getrennt - das ist heute vielfach nicht mehr so. Auch Sorghumbier ist von Bedeutung (impeke). Industriell werden v.a. **Amstel Beer** und **Primus-Beer** hergestellt, die von der Bevölkerung - die es sich leisten kann - sehr geschätzt werden. Bier war in den Bürgerkriegsjahren auch als **Droge und Aufputzmittel** bedeutsam; die Bierbrauerei in Bujumbura extrem gut bewacht. Bis heute hat die Bierindustrie keine Absatzprobleme. Bananen sind ein wesentliches landwirtschaftliches Produkt - sowohl als festes Nahrungsmittel als auch als Grundlage des Bananenbiers. Kochbananen und süße Bananen erweitern den Speiseplan, wohingegen für die Herstellung von **Bananenbier**

nur für diesen Zweck angebaute "Bierbananen" verwendet werden.

In Bujumbura gibt es viele verschiedene Restaurants, die traditionelle wie auch internationale Gerichte anbieten. Häufig sind internationale Restaurants sehr teuer und werden daher fast nur von "Expats" - internationalen Fachkräften - besucht.



Amstelbier und Brochette als sehr häufig angebotener Snack, © Alain Nshiminije



Mittagessen einer wohlhabenden Familie mit



Mittagessen in einem öffentlichen Buffet-



Mittagessen einer wohlhabenden Familie mit Kindern in Bujumbura, © Eva Biele



Mittagessen in einem öffentlichen Buffet-Restaurant, © Aimable Ndimenyamina



Bananenbier, eigentlich ein Wein aus Bananen, ist ein bedeutsames Getränk in Burundi, © Eva Biele



Zubereitung des Abendessen auf dem Land, © Eva Biele



Essen im Viertel mit Freunden, © Alain Dyumishigije

Reisen im Land

Die Straßen sind bis auf die Hauptstraßen oftmals schlecht, obwohl mehrere Projekte zur **Infrastrukturverbesserung** bestehen. Auch gibt es Verordnungen (le code routière) sowohl für Autos als auch für **Motorräder** und Fahrräder, aber häufig werden sie nicht oder nur **unzureichend beachtet** und bei Verstößen nicht geahndet. Das sollte sich 2014 ändern, aber bisher sind noch keine Gesetze umgesetzt worden. Bei guten Straßen ist die Verkehrssicherheit durch schnell fahrende Autos und/oder extrem langsam fahrende Lastwagen bzw. die dadurch zustande kommenden riskanten Überholmanöver oftmals schlecht ausgebildeter Autofahrer gefährdet. Auch voll besetzte Busse fahren oft mit überhöhter Geschwindigkeit und sind in ihrer technischen Ausrüstung nicht mehr sicher. Es kommt zu vielen **Unfällen**. Die **Verkehrssicherheit** ist extrem **schlecht** und verschlechtert sich stetig. Da das medizinische System keine oder wenig Notfallhilfe erlaubt, sind oftmals Schwerverletzte und **Tote** die **Folge**. Auch Starkregen und Hangrutschungen sind für **schwierige Straßenverhältnisse** verantwortlich. Nach 18 Uhr sollte man in Burundi wegen der Überfallgefahr nicht unterwegs sein. Seit 2012 liegt der im Straßenverkehr erlaubte Alkoholgehalt im Blut bei 0,40 Promille, Telefonieren am Steuer ist verboten.

Die Einreise z.B. von Ruanda aus ist mit dem **Bus** unproblematisch. Mehrere Busunternehmen in

Kigali bieten die **Fahrt nach Bujumbura** an (z.B. Volcano, Belvédère, Yahoo, Jaguar, Horizon), die ca. 6 Stunden dauert. Die Busse fahren entweder über die Grenze in Kayanza via Butare (Südrunda) oder über die Bugesera in Ruanda (**Kirundo-Gasenyi**), wobei die Grenzstation im Südosten Ruandas weniger Zeit in Anspruch zu nehmen scheint.

In Bujumbura kann man Motorradtaxi und auch Autotaxi in Anspruch nehmen. Auch **Fahrradtaxis** stehen zur Verfügung. Busse fahren auch von Bujumbura in die burundischen Städte. Die Busfahrten können häufig als recht abenteuerlich bezeichnet werden.

Pläne einer Eisenbahnstrecke Burundi - Ruanda - Tansania existieren seit 2011. Der Bau sollte 2016 abgeschlossen sein. Die Pläne sind jedoch schon mehrfach verschoben worden. 2012 sprach man noch von einer Fertigstellung in 2014. 2016 wollte sich **China** an der Finanzierung beteiligen. Anfang **2017** schienen sich die Akteure zu einigen. Neuere Aktivitäten bleiben abzuwarten. Von der Eisenbahnstrecke und der besseren Anbindung an den Hafen von Dar-es-Salaam verspricht man sich v.a. einen Aufschwung der wirtschaftlichen Entwicklung in Burundi. Inwieweit und in welcher Größenordnung auch Personen die Eisenbahn werden nutzen können, steht noch nicht fest.



Unfall auf der Straße zwischen Kayanza und Bujumbura, © Anastase Munezero



Der Bananentransport auf ländlichen Straßen ist häufig gefährlich für die Fahrradfahrer selbst, aber auch für andere Verkehrsteilnehmer, © International Institute of Tropical Agriculture (CC BY-NC 2.0)



Fahrradtaxis in Ngozi, © Xavier Damman (CC BY-NC-ND 2.0)

Sicher und gesund in Burundi

Kriminalität und Sicherheitslage

Aktuell ist die **Sicherheitslage** in Burundi aufgrund der instabilen innenpolitischen, wirtschaftlichen und kritischen menschenrechtlichen Lage unübersichtlich und **angespannt**. In der Hauptstadt Bujumbura kann es jederzeit zu gewaltsamen, politisch motivierten Auseinandersetzungen kommen. Gezielte Angriffe auf Angehörige des Regimes und der Sicherheitskräfte sowie Akteure der Zivilgesellschaft mit Schusswechseln und Angriffe unter Einsatz von Kriegswaffen können ohne Vorwarnung ausbrechen. Der Prozess der Normalisierung und der nationalen Versöhnung bleibt schwierig, auch wenn die Regierung Initiativen zeigt, die Kriminalität einzuschränken und die Justiz zu stärken.

Die **Kriminalität** und die Gefahr von gewaltsamen Übergriffen sind im ganzen Land sehr hoch. Ein schwacher Polizeiapparat und eine vielfach geringe Strafverfolgung verstärken die Kriminalität und Gewaltbereitschaft. Besonders nachts besteht im ganzen Land und auch in Bujumbura die Gefahr bewaffneter Raubüberfälle. Es wird daher dringend davon abgeraten, bei Dunkelheit zu Fuß unterwegs zu sein. Besonders in den Provinzen Bubanza, Cibitioke und Bujumbura rural ist die Zahl der Überfälle hoch.

Zusätzlich erschwert wird die Situation durch die Tatsache, dass viele Kriminelle, aber auch ein Großteil der Bevölkerung in Burundi, über **Waffen** verfügen. Unkontrollierter **Waffenbesitz** ist bis heute ein großes Problem. Gegen kleinere Überfälle in Städten und Orten haben sich Anfang 2014 eine "Volkspolizei" bzw. Bürgermilizen formiert, die dem Selbstschutz der lokalen Bevölkerung dienen sollen. Burundi unterstützt zusammen mit Uganda den Friedensprozess in Somalia mit einem Militärkontingent. 2010 gab es von somalischen Attentätern einen Anschlag in Uganda. Die Gefahr eines Anschlages der **Al-Shabaab** besteht auch für Bujumbura. Es werden häufiger vermeintliche **Terroristen** verhaftet. Gerüchte besagen, dass **Granatenanschläge** von der Regierung begangen werden, um sie dann der Opposition anzulasten. Man sollte daher große Menschenansammlungen aufgrund des Risikos von Granatenanschlägen vermeiden.

Problematisch sind auch die immer noch im Land vorhandenen **Landminen**, die sich vor allem in ehemaligen Militärstützpunkten befinden. 2015 hat sich die Sicherheitslage aufgrund der Proteste gegen eine dritte Amtszeit des Präsidenten Nkurunziza stark verschlechtert. Man sollte daher den Sicherheitsanweisungen von Botschaft bzw. Auswärtigem Amt unbedingt Folge leisten.

Gesundheit

Da die allgemeinen Gesundheitseinrichtungen in einem schlechten Zustand sind, sind Mütter- und Kindersterblichkeit hoch. Bei der **Lebenserwartung** werden unterschiedliche Angaben gemacht; offiziell lag sie 2016 bei 60,5 Jahren. Komplizierte Krankheiten können so gut wie nicht behandelt werden. Die hygienischen Verhältnisse in den Krankenhäusern und Gesundheitsstationen sind außerdem häufig ein Grund dafür, dass **harmlose Krankheiten** zu **Komplikationen** führen können. Fehlende Finanzen schränken die Ausstattung von Krankenhäusern und die Beschaffung von medizinischen Geräten erheblich ein. Meist wechselt auch das Personal in Krankenhäusern häufig oder es kommt zu Streiks. Die wenigen Ärzte können ihre erworbenen Fähigkeiten wegen Material- oder Personalmangels nur zum Teil einsetzen. Ein ausreichender Krankenversicherungsschutz und eine zuverlässige Reiserückholversicherung sind dringend empfohlen.

Impfungen und Vorsorgemaßnahmen

Da Burundi als **Gelbfiebergebiet** klassifiziert ist, ist für die Einreise eine Gelbfieberimpfung

vorgeschrieben. In der Vergangenheit wurde dies am Flughafen nur kontrolliert, wenn Reisende aus einem Infektionsgebiet kamen, doch seit 2011 gibt es wieder mehr Kontrollen über die bestehende Gelbfieberimpfung. Zudem sollten alle üblichen Standardimpfungen durchgeführt werden: Diphtherie, Polio, Tetanus, aber auch gegen Pertussis (Keuchhusten), Masern, Mumps und Röteln. In Deutschland und Europa fast bekämpfte Krankheiten wie die Kinderlähmung (**Polio**) treten in Burundi gelegentlich auf! Zudem wird für Reisende eine Impfung gegen Typhus und Hepatitis A empfohlen. Wer längere Zeit in Burundi leben oder arbeiten muss oder möchte, sollte sich zusätzlich gegen **Meningokokken**, Tollwut und Hepatitis B impfen lassen, im Zweifelsfalle auch gegen **Cholera**. Heute gibt es in Europa viele Kombinationspräparate, die die Impfungen einfacher machen.

Burundi ist **Malaria-Gebiet**. Die Übertragung der Krankheit erfolgt durch den Stich der Anopheles-Mücke, die hauptsächlich nachtaktiv ist. Häufig bricht die Erkrankung erst Wochen, manchmal sogar Monate nach der Infektion aus. Daher sollte man bei Fieber oder malariaähnlichen Symptomen wie Glieder- und Kopfschmerzen immer den Arzt oder eine Gesundheitsstation aufsuchen, wo man in einem Tropfen Blut (die "goutte epaisse") die für die Malaria-Erkrankung verantwortlichen Plasmodien im Blut nachweisen kann. Das Risiko der Infektion ist v.a. in den tiefer gelegenen Landesteilen hoch, aber auch in Nordburundi kommt es gelegentlich zu einer **Häufung** von Malaria-Erkrankungen. Deshalb werden neben denkbaren chemischen Vorsorgemaßnahmen auch die folgenden Verhaltenshinweise gegeben: stets helle, den gesamten Körper bedeckende Kleidung tragen, nachts unter Moskitonetzen schlafen und vor allem nachts und abends Insektenschutzmittel verwenden.

HIV/AIDS ist nach wie vor auch in Burundi ein Problem. Aktuell wird von einer Infektionsrate von ca. 1,1% ausgegangen, in Bujumbura dürfte diese Zahl höher sein, obwohl auch in manchen Regionen die Infektionskrankheit gehäuft auftritt. Mehrere staatliche (z.B. das National Aids Control Committee oder das Gesundheitsministerium) und nichtstaatliche Organisationen sowie die WHO versuchen den Kampf gegen AIDS zu unterstützen.

Weiterhin besteht die Gefahr von **Meningitis**, der Schlafkrankheit und Tollwut. 2014 sind wieder mehr Fälle von **Lepra** gemeldet worden.

Allgemeine **Gesundheitstipps** sollten vor Einreise **konsultiert** werden.

Telefon und Internet

In Burundi haben insgesamt nur 0,1% der Bevölkerung (!) einen Festnetzanschluss, das macht ca. 11.000 Telefone. Mittlerweile nutzen jedoch schon ca. 30% der Bevölkerung Mobiltelefone, die immens an **Bedeutung** gewonnen haben. Der internationale Telefoncode ist +257. Das Mobilfunknetz besteht aus insgesamt sieben Anbietern: Lacell, Telecel Burundi, Viettel Group (2017), **Africell** und **Econet Wireless**. Nur ONATEL Mobile und U-Com decken die Landesfläche ab, wenn auch nicht überall in derselben Leistungsfähigkeit. Pläne, ONATEL zu privatisieren, sind bis jetzt immer wieder verschoben worden. Auf dem Land kommt es häufig zu Funklöchern. Die schwach ausgeprägte Kommunikationsstruktur ist immer noch ein Problem, obwohl Burundi hier **investiert** hat und die Netzwerkanbieter einen zukünftig großen Markt sehen. Das Internet wird von ca. 5,5% der Bevölkerung genutzt (2017), Internetcafés bleiben auf die größeren Städte beschränkt und die Übertragungsrate ist **sehr langsam**. Die vor einigen Jahren ausgearbeiteten Pläne zur Verbesserung der ICT-Kommunikation stocken. Teilweise werden die Internetdienste wie in anderen ostafrikanischen Ländern **geblockt**, ein höchst brisantes politisches Problem. Durch die Verlegung von **Glasfaserkabeln** im ganzen Land soll Burundi den Anschluss an die ITC-Entwicklung der Nachbarstaaten nicht verpassen. **Satellitengestütztes Internet** hat im Zuge der Anbindung der Großen Seen-Region 2013 auch Burundi erreicht.



Telefonkiosk in Burundi, © Aline Muwenzurero



Werbung für die Telefongesellschaft LEO, © Christine Vaufrey (CC BY 2.0)



Telefonkiosk in Burundi, © Aline Muwenzurero



Werbung für die Telefongesellschaft LEO, © Christine Vaufrey (CC BY 2.0)

BMZ: Zusammenarbeit mit Burundi



Frau mit Sonnenschirm in der Region Gitega in Burundi © Ute Grabowski/phototek.net

Länderdarstellung des BMZ mit entwicklungspolitischen Daten sowie einem Überblick zur aktuellen Situation und Zusammenarbeit.

Die GIZ in Burundi



Informationen über die Struktur und die Arbeit der [GIZ in Burundi](#)

Trainingsangebote der Akademie

Die [Akademie der GIZ](#) gestaltet Lernangebote für die internationale Zusammenarbeit. Wir führen mehr als 2000 Fort- und Weiterbildungen durch und entwickeln innovative, wirksame und nachhaltige Lernkonzepte. Und das weltweit.

> Angebote aus dem [Weiterbildungskatalog](#)

Bei allen Fragen rund um das Fort- und Weiterbildungsprogramm der Akademie helfen wir Ihnen gerne weiter.

> Wir freuen uns über Ihre [Anfragen!](#)

Kontakt

Wir freuen uns auf Ihre Anregungen und Kommentare zu diesem Länderbeitrag oder zum LIPortal insgesamt. Richten Sie Ihre Anfrage an:

Thorsten Hölzer
(Akademie für Internationale Zusammenarbeit)

+49 (0)228 4460 2036

[Zum Kontaktformular](#)